

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Bfennt, monatlich
2.- Reichsmark voraus schiden.
Unter Streifen im 3. und
Ausland 5.30 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der „Mitteltags-
Sonntagsbeilage „Rost und Zeit“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Wissen“, „Aus der Welt“,
„Kultur“, „Der Ring“,
„Kriegs-„Vorwärts“, „Friede
in die Welt“, „Kultur-
erbt“ erscheint wochentlich am
Freitag, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumver-
teilung 60 Bfennt, Reklameweise
5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das feinstdruckte Wort 25 Bfennt
(inklusive zwei feinstdruckte Worte),
jedes weitere Wort 12 Bfennt.
Stellenanzeigen das erste Wort
15 Bfennt, jedes weitere Wort
10 Bfennt. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Kleinanzeigen für Abonnenten
Zelle 40 Bfennt.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft.
Lindenstraße 6, monatlich von
8 1/2 bis 17 Uhr.

Kredaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 14. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonten: Berlin SW. 68 - Bankkonto: Bank für Arbeit, Kapitalien
und Gewinne, Wallstr. 40; Telephon-Gesellschaft, Leopoldstraße 12.

Angst vor Neuwahlen.

Falsche Gerüchte über eine Landtagsauflösung.

In der Rechtspresse wird seit einigen Tagen gemunkelt
und geschrien, der Ministerpräsident Braun plane eine
plötzliche Auflösung des Preussischen Landtages. Die
kommunistische Presse würde ihrer Zweckbestimmung wider-
sprechen, wenn sie diese Lüge unverbreitet ließe. In Wahr-
heit kann von einer Auflösung jetzt keine Rede sein. Der
preussische Landtag wird sich heute oder morgen bis zum
14. November verlagern und wird voraussichtlich bis in den
Dezember hinein feierliche Abstimmung haben, aus der heraus
auch ein auflösungsbereiter Ministerpräsident einen Vorwand
zur Auflösung gewinnen könnte.

Aber warum sollte Genosse Braun den Landtag über-
haupt auflösen wollen? Die preussische Regierung sieht so fest
im Sattel, daß weit und breit nicht die geringste Gefahr für
sie zu erblicken ist. Sie hat eine geschlossene Mehrheit und
gegen sich eine total zerfallene Opposition, die sich vor
nichts mehr fürchtet als vor dem kleinsten Erfolg. Aus
dem Gerede über die Auflösung spricht nur die maß-
lose Angst der Deutschen Volkspartei vor Neuwahlen.
Diese Angst ist denn freilich auch voll berechtigt — aber
die Herren müssen ihre Angst noch einige Zeit mit
Fassung tragen.

Gegen die Todesstrafe.

Beschluß der strafrechtlichen Vereinigung der Berliner Anwälte.

Die Strafrechtliche Vereinigung der Berliner Anwälte hat
gestern in einer gut besuchten Versammlung fast einstimmig gegen
die Todesstrafe Stellung genommen. Das Referat hatte
Genossenschafts-Frensdorf.

An der äußersten rechten Diskussion beteiligten sich Dr. Löwenstein,
n. Gerlach, Dr. Bendig, Dr. Wsberg, Dr. Kübel, Dr. Kurt Rosen-
feld, Rechtsanwalt Bloch und Rechtsanwalt Sander. Angenommen
wurde eine vom Genossen Dr. Halpern eingebrachte Resolution, die
die Abschaffung der Todesstrafe fordert.

Kakowski von Moskau abberufen.

Dobgalewsky von Tokio nach Paris versetzt worden. Paris, 13. Oktober.

Wie Havas berichtet, hat die Sowjetregierung offiziell
am 13. Oktober von der Abberufung des Botschafters
Kakowski Kenntnis gegeben. Die Sowjetregierung gedenkt, an seiner
Stelle den ehemaligen Volkskommissar für Postwesen und derzeitigen
Sowjetbotschafter in Tokio Dobgalewsky zum Sowjetbotschafter
in Paris zu ernennen.

Kommunaler Fortschritt in Polen.

Überall sozialistische Wahlsiege.

Warschau, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Gemeindevahlen in einer Reihe von kleineren
polnischen Städten, deren endgültiges Ergebnis erst jetzt vorliegt,
zeigen die gleiche Tendenz wie das Wahlergebnis von Lodz.
Überall haben die Sozialisten gewonnen, während
die Rechtsparteien verloren und die eigentlichen Pilsudski-Gruppen
recht schwach blieben.

Die sozialistische Presse entwickelt bereits ein Arbeitsprogramm
für ihre Gemeindepolitik in Lodz, das bisher wohl die ruckstän-
digste große Industriestadt Mitteleuropas war. Der
bisherige rechtsstehende Magistrat hatte für diese Stadt
von 600 000 Einwohnern — ohne die großen nicht eingemeindeten
Vororte — noch nicht einmal eine Kanalisation und eine
städtische Wasserleitung geschaffen.

Die Ozeanfliegerin gerettet.

Von einem Ozeandampfer aufgenommen.

New York, 13. Oktober.

Das Flugzeug Ruth Elders „American Girl“ ist in unmittelbarer
Nähe eines holländischen Dampfers auf See niedergegan-
gen. Die Insassen des Flugzeuges sind gesund und wohlbehalten.

Ruth Elders hat der Pariser Vertretung von „Associated Press“
drachlos mitgeteilt, daß sie auf hoher See niedergehen mußte.

In der Nähe der Azoren.

Wie der Amsterdamer Berichterstatter des W.B. auf Anfrage
bei der Direktion der Rotterdammer Schiffsweert, der das Ozeanflugzeug
„Darendrecht“ gebietet, in Bestätigung der bisherigen Meldungen
erfährt, hat die „Darendrecht“ das amerikanische Flugzeug American
Girl nordöstlich der Azoren aufgefunden und deren Insassen
an Bord genommen. Der Kapitän der „Darendrecht“ beabsichtigt,
die Flieger am Sonnabend vormittag auf den Azoren, voraussichtlich
im Hafen von Horta, an Land zu setzen, falls die Flieger hiermit
einverstanden sind.

Die Flaggenverordnung bleibt!

Abrechnung mit den Schwarzweißrot im Landtag.

Gestern hatte der Preussische Landtag einen großen Tag:
Flaggendebatte. Das Oberverwaltungsgericht hat be-
kanntlich entgegen einem Erlaß des Preussischen Staats-
ministeriums entschieden, daß die Städte am Verfassungstag
flaggen könnten, wie sie wollten. (Fast am gleichen Tage hat
das thüringische Oberverwaltungsgericht entschieden, daß die
Städte keine Sowjetfahnen heraushängen dürften. Aber es
gibt keine Klassenjustiz!) Danach hat die preussische Regierung
mit Zustimmung des Ständigen Ausschusses eine Rotver-
ordnung mit Gesetzeskraft erlassen, die den Städten
befiehlt, am 11. August die Reichsfahnen zu zeigen. Wegen
dieser Selbstverständlichkeit große Entrüstung bei den Deutsch-
nationalen, der Wirtschaftspartei und den Völkischen. Große
Entrüstung aber auch bei den Kommunisten, die, obgleich
die Städte nicht die Sowjetfahne zeigen dürfen, doch ver-
zweifelt für die Freiheit der Städte kämpfen, wenigstens
Schwarzweißrot zu flaggen. Und schließlich große Entrüstung
bei der Deutschen Volkspartei, die seinerzeit, während der
großen Koalition in Preußen die Anweisung des Staats-
ministeriums an die Gemeinden mitbeschlossen hat, aber jetzt
mit den Deutschnationalen um die Bette diesen „unerhörten
Eingriff in die Selbstverwaltung mit flammender Entrüstung
geißelt.“ Karrenspiel!

Ministerpräsident Genosse Braun, Innenminister Ge-
nosse Grzesinski und als Redner der preussischen Land-
tagsfraktion Genosse Leinert sagten den Rechtsparteien
deutlich auf den Kopf zu, daß ihrer Abneigung gegen die
Flagge der Republik nur der Haß gegen den Volksstaat und
die heimliche Liebe zum alten Obrigkeitsstaat zugrunde liegt.
Unter wütenden Entrüstungsrufen der
Deutschnationalen bezeichneten sie die Schwarzweißrote Fahne
als das, was sie ist, als die Fahne der schmachvollen Niederlage
im Weltkrieg, die Fahne der Kapp- und Hitler-Putschisten,
die Fahne der Erzberger- und Rathenau-Mörder, die Fahne
der ewig unbelehrbaren Anhänger des ewig Gefährlichen.

Auch die Demokraten und das Zentrum blieben den
Herren von rechts nichts schuldig, und der Zentrumredner
Herr Bergmann sprach sehr kühl aus, daß die Deutsch-
nationalen, unbekümmert um alle im Reich unterzeichneten
Richtlinien, heute, wie früher, die verfassungsmäßige Reichs-
fahne würdelos schmähten. Zum großen Kummer der Rechten
erklärte er darin einen Beweis ihres mangelnden
Nationalgefühls.

Auf eine Kampfabstimmung ließen die Oppositions-
parteien es heute nicht ankommen: Angst vor Neuwahlen! —
Die Rotverordnung ging für lange Zeit in den Verfassungs-
ausschuss, d. h. sie bleibt in Kraft.

Am Freitag soll der Landtag zur neuen Befol-
dungsordnung Stellung nehmen.

Auf der Tagesordnung des Landtags stand gestern die Be-
setzung der vom Staatsministerium am 8. August 1927 mit Gehe-
kraft erlassenen Flaggenverordnung.

Innenminister Grzesinski

fährte aus: Das Staatsministerium habe seit Jahren in immer
wiederholten Verhandlungen die Auffassung vertreten, daß es not-
wendig sei, am Verfassungstage bei der Beflagung der Staats-
und Gemeindegebäude den Reichsjarben Schwarzrotgold
den ihnen gebührenden Platz einzuräumen und die nötige
Achtung zu erweisen. Auch im Jahre 1927 habe das preussische
Staatsministerium wieder einen solchen Beschluß gefaßt und ihn
in einer Anordnung niedergelegt, die sich auf einen Beschluß
vom 16. Juli 1924 stütze. Während die Anordnung von 1924
ohne weiteres passierte, ist aber der Beschluß für das Jahr 1927,
der auf diese Anordnung zurückging, angefochten worden, und zwar
einmal von der Stadt Hohenstein in Ostpreußen im Ver-
waltungsstreitverfahren, wobei es sich um die Pflicht zur Aufhängung
schwarzrotgoldener Fahnen handelte, und dann von der Stadt
Potsdam auf dem Klagewege. Der Minister recapituliert den
Verlauf der Klage und das Urteil und fährt dann fort: Die Staats-
regierung beand sich nach diesem Urteil des höchsten preussischen
Verwaltungsgerichts in einer Zwangslage. Das Interesse der
Autorität der Staatsregierung erforderte es, den
einmal eingezogenen Standpunkt durchzuhalten und zu
versuchen, die fehlende Rechtskraft nachträglich zu schaffen.
Da der Landtag nicht vorankam und die Angelegenheit
dringlich war, ist mit Hilfe des Ständigen Ausschusses
die Rotverordnung zustande gekommen. Ich habe mich ge-
wundert, daß die Mehrheit im Ständigen Ausschuss für diese Rot-
verordnung nicht größer gemeldet ist (Rechts rechts), daß insbe-
sondere die Volkspartei dieser Rotverordnung nicht zugestimmt hat.

Letzten Endes ist es doch so, daß hier ein Staatsministerial-
erlaß angefochten ist, an dem die Herren der Volkspartei, als
sie noch in der Regierung waren, mitgewirkt haben. (Beifall
hört, hört! b. d. Mehrheit.)

Es handelt sich um einen Staatsministerialerlaß, dem Sie (zur
Volkspartei) zugestimmt haben, und von dem Sie auch annehmen,
daß die Rechtskraft vorhanden sei.

Die Stadt Potsdam hat den Staatsgerichtshof angerufen. Wir
werden abwarten, wie er entscheidet. Meines Erachtens liegt die
Nachprüfung der Voraussetzungen einer solchen Rotverordnung dem
Staatsgerichtshof gar nicht ob, denn die Formulierung des Art. 155
der Verfassung ist bewußt so, daß dem Ermeßen der Staatsregierung
und des Parlaments weitester Spielraum gelassen wird. Wenn
die Staatsregierung glaubt, es sei richtig und zweckmäßig, den
Art. 155 anzuwenden, dann ist es Sache des Landtags, das später
zu beschließen oder die Verordnung aufzuheben.

Es ist behauptet worden, daß die Vorgänge bei der Beschlu-
fassung im Ständigen Ausschuss nicht der Geschäftsordnung ent-
sprächen. Darüber hat der Landtag zu entscheiden und nicht ein
außerhalb des Landtags stehendes Gremium. Die Art, wie die
Sache im Landtag erledigt werden, ist Sache der Regelung durch
die Geschäftsordnung. Es ist weiter behauptet worden, daß durch
die Rotverordnung die Staatsregierung sich einen Eingriff in
die Selbstverwaltung habe zuschulden kommen lassen. Das
ist ein nicht ernst gemeinter Einwand.

Der Minister kommt dann auf die deutschnationalen Anfragen
zu sprechen, die im Zusammenhang mit dem Flaggenkonflikt der
Stadt Berlin mit den Hoteliers eingebracht waren und sich
auch mit dem Berliner Oberbürgermeister Böß beschäftigen. Er
erklärt dazu: Ich muß sagen, daß ich eine Methode, wie sie in
der kleinen Anfrage des Hrn. Rath (Dnat.) zum Ausdruck kommt,
bisher noch nicht erlebt habe. Es wird darin ein Zeitungsartikel,
der wahrhaftig von journalistischem Anstandsgefühl sehr weit ent-
fernt ist, zitiert und gefragt, was die Staatsregierung tun wolle,
um, auf Grund dieses Zeitungsartikels, gegen die Stadt Berlin und
ihren Oberbürgermeister einzuschreiten.

Die Staatsregierung dankt es Herrn Oberbürgermeister Böß,
daß er in der entscheidenden Weise das, was von der Staats-
regierung für notwendig gehalten wurde, für Berlin durchgeführt
(Beifall links und in der Mitte.)

Herr Oberbürgermeister Böß kam dadurch in einen gewissen Kon-
flikt mit erheblichen Kreisen der Bevölkerung und hat trotzdem, ob-
wohl er das vorher nicht, seinen staatspolitischen Standpunkt durch-
geführt. (Erneuter Beifall links. — Zurufe rechts.) Die Staats-
regierung dankt ihm das und hat sich ihm ja auch durch den be-
kannnten Beschluß zur Seite gestellt. Sie wissen, daß errenlicher-
weise die Differenzen mit den Hoteliers durch eine Vereinbarung
inzwischen aus der Welt geschafft wurden. Es bleibt bemerkens-
wert, daß diese Angelegenheit nur dadurch erledigt werden konnte,
daß die Stadt Berlin und der preussische Staat mit aller Deutlichkeit
zeigten, daß die Reichsfarben schwarzrotgold und nicht anders sind.
(Beifall links und in der Mitte.)

Im weiteren Verlauf der Debatte ereignet

Ministerpräsident Braun

das Wort, dessen Ausführungen in der anhaltenden Unruhe des
Hauses auf den Tribünen kaum verständlich sind. Der Minister-
präsident verweist nochmals auf das Urteil des Oberverwaltungs-
gerichts und erinnert daran, daß dadurch die in den früheren Jahren
ergangenen Verordnungen der preussischen Regierung über die Be-
flaggung am Verfassungstage gleichfalls ihre Gesetzeskraft verloren
haben würden. Was die Flaggenfrage an sich angeht, erklärte der
Ministerpräsident weiter, so glaube ich nicht, daß es in dieser Frage
einen Ausgleich gibt. Ich habe persönlich in Weimar mich gegen
die Aufhebung der Flaggenfrage gemeldet, weil ich die idneren
Konflikte, die sich jetzt auswirken, vorausgesehen habe. Wie die
Dinge aber jetzt liegen, sind als Reichsjarben Schwarzrotgold fest-
gestellt. Es müßte daher nicht nur für die Behörden, sondern für
jedem Deutschen selbstverständlich sein, daß die
schwarzrotgoldenen Farben zu achten sind. (Beifall
links und in der Mitte.) Die schwarzrotgoldenen Farben
müssen heute ebenso geachtet werden, wie unter dem alten System
die schwarzweißroten. (Beifall Zustimmung links und in der
Mitte — anhaltende Unterbrechungen rechts.) Gewiß kann man,
wie schon von den Rednern auf der Rechten gesagt worden ist, auf
diese Weise keine Liebe zur Republik erzwingen. Das alte System
hat ebenförmig Liebe für sich erzwingen können. Aber wir können
verlangen, daß auch diejenigen, die innerlich mit ihrer Auffassung
zum alten Reich stehen, Verfassung und Gesetze achten. (Großer
Lärm rechts.)

Von den Rednern der Rechten ist gesagt worden, man müßte
auch den Symbolen der Vergangenheit Achtung entgegen-
bringen. (Sehr richtig! rechts.) Ich stimme dem zu. Diese
Dinge stellt man pietätvoll in einem Museum auf. (Belächter
und große Unruhe rechts.)

Glauben Sie (nach rechts), daß, wenn man heute in einem Museum
die kurbrandenburgische Seeflagge sieht, das vielleicht eine Achtung
der Symbole der Vergangenheit ist? (In dem anhaltenden
Lärm auf der rechten Seite des Hauses geht ein großer Teil der
Ausführungen des Ministerpräsidenten verloren.) Man kann auch
die alten schwarzweißroten Farben so als Symbol einer
endgültig verfallenen Vergangenheit achten, aber
man darf sie nicht als Symbol für die heute bestehende Staatsform
zu verwenden suchen.

Der Ministerpräsident stellt fest, daß er bereits 1922 in
einem Schreiben an den Reichskanzler entschieden gegen die Ab-
sicht eingewandt habe, eine schwarzweißrote Reichs-
dienstflagge zu schaffen. Es gibt noch der Reichsverfassung
nur eine schwarzrotgoldene Nationalflagge und die schwarzweiß-
rote Handelsflagge mit der Bösch. Was andere widerspricht dem
klaren Wortlaut der Verfassung. Die Staatsregierung wird auch

In Zukunft jeden Versuch einer anderen Auslegung entschieden entgegenzusetzen.

Die Deutschnationalen haben sich nach dem Eintritt in die Reichsregierung verpflichtet, die Reichsflagge zu achten. Die Farben ihrer Minister sind schwarzrotgold. Damit ist nicht in Einklang zu bringen, wenn einer ihrer Minister kürzlich erklärte, Schwarzrotgold sei eine Parteilacke. (Dauernde lärmende Jurujede rechts: Reichsbanner!)

Bei dieser Praxis der Deutschnationalen werden wir in der Flaggenfrage nicht zu einer Einigung kommen, denn die ganze Flaggenfrage ist ja nichts weiter als der Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regime. Deswegen werden wir die Flagge der Republik besonders hochhalten und mit unannehmlicher Schärfe gegen diejenigen vorgehen, die sie angreifen. Jedemfalls wird die preussische Staatsregierung sich in dieser Haltung nicht irremachen lassen. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte; Fischen rechts.)

(Weiterer Landtagsbericht in der 3. Beilage.)

Die rettende zweite Instanz.

Herr Marx will keine Erklärung abgeben.

Der „Jungdeutsche“ teilt mit, daß ihm offiziös mitgeteilt worden sei, daß der Reichsanwalt sich nicht zu der Angelegenheit Trescow äußere, sondern erst ein rechtskräftiges Urteil abwarten wolle. Also Frucht in die zweite Instanz!

Herr Marx hatte es seinerzeit eiliger, es genügte ihm ein Wort Reudells und einer anderen Stelle — der „Jungdeutsche“ behauptet, ein Wort Behlers — um einem Mäbinger die Ehre zu nehmen. Jetzt genügt ihm nicht einmal ein Urteil eines preussischen Gerichts, um seine rasche Behauptung nachzuprüfen.

Der „Jungdeutsche“ richtet an den Reichsanwalt die folgenden Fragen:

„Wie hat Herr von Reudell Ihnen den Sachverhalt geschildert, in welchen Punkten wich dessen Darstellung von der Ihnen seitens des Jungdeutschen Ordens gegebenen und vom Bericht als richtig bestätigten Darstellung ab?“

Sie haben die Behauptung aufgestellt: „Die Herren haben den Verkehr mit Herrn von Trescow deshalb abgebrochen, weil er einen großen Vertrauensbruch begangen hat, indem er vertraulich zu behandelnde Dinge preisgab. Bei diesen Dingen handelt es sich — ich kann das mit aller Bestimmtheit hier erklären — weder um Diktaturbestrebungen und ihre Bekämpfung, noch um irgendwelche Putschpläne. Soweit meine tatsächlichen Feststellungen.“ Ist Ihre „tatsächliche Feststellung“ durch das Gerichtsurteil nicht doch erschüttert?

Fühlen Sie nicht nunmehr die Verpflichtung in Würdigung des Gerichtsurteils, wenigstens die Bestimmtheit Ihrer Behauptung einzuschränken?

Von Ihnen, Herr Reichsanwalt, nicht von Herrn von Reudell, erwarten wir eine Antwort.“

Über Herr Marx hat Zeit. Einem ungerechtfertigt Verdächtigten die Ehre wiedergeben, das gilt nicht. Man wird ihn also dort stellen müssen, wo er zur höheren Ehre des Bürgerblods seine falsche Behauptung aufstellte — im Reichstag.

Die staatliche Elektrogesellschaft genehmigt.

Das Elektrizitätsgesetz tritt in Kraft.

Vor dem Plenum des Preussischen Landtags fanden gestern die Beratungen über den Gesetzentwurf über die Zusammenfassung der staatlichen preussischen Elektro-Unternehmungen und Beteiligungen in einer selbständigen Gesellschaft statt. Ohne große Debatte wurde mit überwältigender Mehrheit die Zusammenfassung der preussischen Elektrizitätsgesellschaften in einer Gesellschaft genehmigt.

Nach dieser Zustimmung des Landtags sind noch einige For-

malien, wie die Genehmigung der Satzungen, durch den Hauptauschuh zu erledigen. Das Elektrizitätsgesetz tritt danach mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1927 in Geltung. Das Kapital beträgt bekanntlich 80 Millionen Reichsmark. Die Frage der Befehlung der Verwaltung, Direktion und Aufsichtsrat, wird voraussichtlich schon in nächster Zeit gelöst sein. In großen Zügen steht bereits die Befehlung des Aufsichtsrates fest, die Verteilung der Mandate erstreckt sich bekanntlich auf Vertreter des Staates, des Preussen-Parlamentes und der übrigen Elektrizitätswirtschaft. Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin.

Die Krute des Auslandskapitals.

Die zwei Seiten der „Deutschen Tageszeitung“.

Bestern morgen veröffentlicht wir unter der Überschrift: „Kampf dem Bürgerblat!“ die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der gegenwärtigen Reichsregierung. Unser Vorgehen hat in der großagrarischen „Deutschen Tageszeitung“ ein Echo gefunden. Sie spricht von „demagogischer Persiflage, bei der man kaum mehr an bloßen Unverstand glauben kann,“ und fährt fort:

„Ginge es nach sozialistischen Rezept, so erdrosselte man den Innenmarkt, stellte dafür das deutsche Volk vollends unter die Krute des ausländischen Kapitals und streute dann das Geld mit vollen Händen aus.“

„Unter die Krute des ausländischen Kapitals!“

In der gleichen Nummer der „Deutschen Tageszeitung“ finden wir übrigens mit Freibeit in der Handelsbeilage diese Spigenachricht:

50-Millionen-Dollarleihe der Rentenbank-Kreditanstalt. Wie der DND. in Bestätigung anderer Meldungen erzählt, hat die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt mit der National City Company, New York, eine neue landwirtschaftliche Anleihe, also die dritte Auslandsanleihe, in Höhe von 50 Millionen Dollar unter folgenden Bedingungen nunmehr abgeschlossen: Jahreszinsfuß 6 Prozent, Auszahlungstermin 22½ Prozent, Tilgung 1 Prozent, sofort beginnend, zusätzlich ersparter Zinsen. Laufzeit 33 Jahre. Die Bedingungen entsprechen im allgemeinen denen der zweiten Amerika-Anleihe; nur ist der Auszahlungstermin diesmal 2½ Prozent höher (bei einem Zinsfuß von 95½ Prozent).

Die Rentenbank-Kreditanstalt aber ist eine rein agrarische Angelegenheit!

Die Krute des ausländischen Kapitals droht — wie das Beispiel zeigt.

Suche nach einer Regierungsmehrheit.

Die Mde der Thüringer Rechtsregierung.

Weimar, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag liegen auf des Weßlers Schneide. Die Regierungsmehrheit im Plenum beträgt 29 gegenüber 27 Oppositionellen. Hier von den Regierungstreuen und ein Oppositioneller sind Wilde, gehören keiner Fraktion an und sind deshalb nicht in den Ausschüssen vertreten. Hier hat deshalb die Opposition die Mehrheit. Das hat die Regierung in den letzten Tagen schon mehrfach gespürt. Die zwei auf der demokratischen Liste gewählten Abgeordneten sind deshalb auf der Suche nach einem dritten Mann, um wieder eine Fraktion bilden zu können. Zunächst sind sie als Gäste in den Ausschüssen aufgetaucht, hören zu und halten Umschau nach dem dritten Mann. Nun hört man, daß mit der Wirtschaftspartei verhandelt wird, um einen jetzt der Wirtschaftspartei, früher der demokratischen Partei angehörigen Abgeordneten für die Demokraten freizumachen. Dieser Abgeordnete würde sozusagen auf Kredit von der Wirtschaftspartei abgegeben werden.

Der Kestlerkongress des Reichstags ist für Dienstag, den 18. Oktober, 14 Uhr, zu einer Sitzung einberufen worden, um die Dispositionen für die am Dienstag beginnende Plenartagung des Reichstags zu treffen.

Borsig als Zeuge geladen.

Beschluß des bayerischen Untersuchungsausschusses.

München, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Ergebnis der Donnerstagssitzung des Untersuchungsausschusses ist die Annahme eines Antrages des sozialdemokratischen Mitberichterstatters, zur Ergänzung der Aussage des Justizministers Görtner nun auch den ehemaligen Innenminister Dr. Schwemer zu vernehmen. Schwemer soll darüber gehört werden: 1. Welche staatspolitischen Gründe haben für die Durchführung des Strafverfahrens gegen Hitler und Genossen gesprochen. 2. Hätten die Sicherheitsverhältnisse des bayerischen Staates im August 1923 die Durchführung eines solchen Strafverfahrens gestattet? Auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hoegner wurde ferner beschlossen, von der Regierung jenen außerordentlich wichtigen, bisher aber geheimgehaltenen Bericht einzufordern, den die bayerischen Regierungspräsidenten im August 1923 über die politische Lage an den Innenminister erstattet haben.

Schließlich kündigte der Mitberichterstatter noch eine Reihe weiterer Beweisangebote an. Vor allem sollen jene Persönlichkeiten als Zeugen vernommen werden, die in den Akten als die Geldgeber der Hitler-Bewegung des Jahres 1923 genannt sind.

darunter auch der Leiter der Borsigwerke Berlin, und weitere Zeugen sollen darüber Auskunft geben, welche Beziehungen die Kampfbünde zur Reichsregierung und zur bayerischen Regierung unterhalten haben. Unter den hier angeforderten Zeugen befindet sich auch der ehemalige Reichsanwalt Cuno. Von Bedeutung ist schließlich auch das Beweisangebot, welche Beziehungen die Arbeitsgemeinschaft der Kampfbünde zu Rupprecht von Wittelsbach unterhalten haben. Hier sollen u. a. Rupprecht selbst sowie sein ehemaliger Kabinettschef Graf Soden gehört werden.

Deutschnationalen verlangen zufolge traf dann der Ausschuh auf Grund der bisherigen Erhebungen die Feststellung, daß das Gerücht, als ob der bayerische Justizminister Görtner die Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens gegen Hitler und Genossen angewiesen habe, sich als unmaßgebend erwiesen hat. Diese Feststellung bedeutet natürlich nur eine Rettung des Justizministers Görtner nach der rein kriminellen Seite. Die Beurteilung des verfassungswidrigen Verhaltens Görtners durch Hemmung des Verfahrens (§ 69 der bayerischen Verfassungsurkunde) bleibt der Beschlußfassung des Ausschusses nach vollständigem Abschluß der bisherigen Erhebungen vorbehalten.

Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses mit der Vernehmung Schwemers findet erst in der kommenden Woche statt.

Seipels Nächstenliebe.

Nach Bedarf Bundeskanzler oder Geistlicher.

In der Jahreshauptversammlung der Christlich-sozialen Vereinigung für Niederösterreich hielt der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ein Referat, das auch folgende Sätze enthielt:

Man hat sich bei den Sozialdemokraten vielleicht vorgestellt, leichtes Spiel zu haben weil der Bundeskanzler ein Geistlicher ist und als solcher für absolute Milde sein müsse. Aber es ist ein Unterschied zwischen Milde und Schwäche und nicht alles, was wie Milde aussieht, verdient diesen Namen.

Herr Seipel mag sich beruhigen: die Sozialdemokratie kennt die Geschichte und hat daher keine Illusionen. Sie weiß, daß schon seit Jahrhunderten die Vertreter der Geistlichkeit die Gebote der Nächstenliebe und Milde mit Hilfe sophistischer Spitzfindigkeit in Grausamkeit und Strenge umgedeutet haben — genau wie es jetzt Herr Seipel tut, der sein säubersich den Bundeskanzler vom Geistlichen trennt, wenn belde auch der gleiche Prälat Seipel sind.

Der Jemeauschuh des Landtages beschloß, vom 2. bis 5. November weitere öffentliche Sitzungen abzuhalten, um das bisher beschlossene Programm, insbesondere den Fall Banner, weiter zu führen.

Peter.

Von Gustav Hugo.

Heute also habe ich Peter hinausgeworfen. Warum? fragen Sie. Ich hatte ihn vor die Wahl gestellt: entweder einen anständigen Lebenswandel zu führen, oder auf der Stelle mein Haus zu verlassen. Und da zog er seinen Lebenswandel meinem soliden Hause vor. Dieser Halunke...

Peter ist keinesfalls mein Sohn. Jemand brachte ihn einmal, vor vielen Jahren, als er noch winzig und hilflos dolog und mich freundlich und zutraulich anlächelte mit seinen schwarzen Augen. Mitleid ergriff mich, und ich nahm das Baby zu mir. Ach, wie ändern sich die Zeiten...

Peter wuchs heran, wurde groß und stark. Aber auch frech, boshaft und eigenwillig. Ich gab mir die größte Mühe, versuchte Güte, die nichts fruchtete, versuchte eiserne Strenge, die nichts fruchtete, ich ließ ihn hungern, sperrte ihn ein. Er aber schlug Lärm, tobte und veranstaftete einen Krach, daß die Nachbarn gerannt kamen, mich einen gemeinen Schinder nannten und mein Leben bedrohten. Ich war nicht so vergnügungssüchtig, um als Lynchobjekt figurieren zu wollen, und ließ den Gauner lieber heraus. Mit einem höhnischen Grinsen schritt er an mir vorüber. In meinen Häufigen zuckte es. Raum sah er die offene Tür, stugs war er im Garten. Ich ihm natürlich nach —, doch da war er schon über die fünf Meter hohe Mauer. Ich schalt, fluchte, drohte, bot, stehete. Ich verspreche ihm ein Königreich — Peter sah drüben im Stroßengraben und seigte.

Drei Tage und drei Nächte biest er verschollen. Dann kam er plötzlich wieder. Abgehirt und geschunden, beschmutzt, mit vielen Wunden und sehr ausgehungert.

Neue?

Ha! Sprach kein Wort, ging in die Küche, nahm, was gerade da war, verschlang es wie ein Wolf, ging ins Badezimmer, den starrenden Schmutz abzuwaschen.

Doch nie habe ich erfahren, wo sich der Kerl herumgetrieben hat. Ich prophezeite ihm ein Ende mit Schreden, ich malte ihm die Hölle. Ich versuchte Philosophie, drohte mit Zwangsanstalt und Erzleibschheim.

Er blieb wie ein Eisberg und zupfte gelangweilt an seinen Nägeln herum.

Berging ein Tag in Ruhe, seit dieser Auwurt in meinem Hause weilte? Daß ich keine heile Wale mehr besitze, habe ich allerdings nur ihm zu verbanen. Diese Perforierungswut scheint überhaupt pathologisch zu sein. Ich hätte ihn rechtzeitig unter ärztliche Behandlung bringen sollen, vielleicht wäre noch etwas Anständiges aus ihm geworden. So verfiel er von Tag zu Tag — nicht körperlich, o nein, aber moralisch. So geriet er in die Klauen des Satans: Eines Tages nämlich vernichte ich meine goldene Uhr. Ich

suchte, ich fragte, ich lehrte das Haus um — nichts. Bis mir der furchtbare Verdacht aufstieg: Peter! Ich nahm mir ihn vor. Er hörte mich ruhig an, tat, als wählte er nicht was ich meine, judete die Achseln und zupfte an seinen Nägeln. Da begab ich mich zu seiner Schlafstätte. Und unterm Kissen — — was lag da, meine Uhr! Meine arme Uhr. Verbeut, ohne Glas, zeigerlos...

Nun, das wird jedermann ohne weiteres einsehen, war das Maß voll. Er war alt genug, um für sich selbst zu sorgen, ich lehnte jede Verantwortung für sein Fortkommen ab. Ich stellte ihn vor das abenerwähnte Ultimatum, und er ging von mir, kühl und spöttisch, ohne Träne. Hoffentlich sehe ich ihn niemals wieder. Rabenvogel soll man nicht im Hause halten. Sie sind undantbare Wesen.

Und Peter war ja ein Rabe.

Deutscher Schriftstellertag.

Die deutschen Schriftsteller beschäftigten sich, was sie leider viel zu wenig tun, auf ihrer Tagung in Barmen und Elberfeld auch mit der sozialen Lage ihrer Mitglieder. Der Vortragende eines von ihm gegründeten und geleiteten Kariells deutscher Geistesarbeiter, Dr. Otto Everling, wollte ihnen neue Wege für Ausbau unserer Sozialpolitik zeigen. Er erklärt, daß die Unsicherheit nicht nur der Lebenslage, sondern auch des Lebensunterhalts in den letzten Jahren eine weit größere geworden sei. Dagegen könne nur helfen, wenn man die Sozialpolitik nicht auf das materielle Gebiet beschränke, sondern als Kulturpolitik erweitere. Daraus resultiere unsere Handarbeiter-Schutzgesetzgebung auf die geistigen Arbeiter gehe nicht an. Einzelne Vorschläge über Ausbau unserer Steuer- und Wirtschaftsgeetze, über das Arbeitsrecht und besonders das Urheberrecht müsse er den besonderen Vereinen überlassen. Unter Gelehrten sollte sich bei jedem Gelehrten, welche Einwirkung das neue Gesetz auf die geistige Mittelklasse haben würde. Unsere neue Verfassung erkläre: zwar im Artikel 137, die Arbeitstrotz stehe unter dem besonderen Schutz der Verfassung, aber unsere neuen Geetze scheinen die geistige Arbeitskraft verweisen zu haben, so z. B. das große Gesetz über die Arbeitsgerichte. Er bittet die Organisationen für die einzelnen Berufe um sorgfältige Angabe ihrer Wünsche. (Der eingehängers Weg erscheint uns richtig, doch steht er hiernach noch im Ansaug.)

Herbert Eulenberg sprach über die Notwendigkeit einer Spigenvereinigung des Schrifttums. In launiger Weise empfiehlt er den Kollegen zunächst persönlich unter sich mehr Einigkeit damit sie sich nicht, wie leider so oft, wie ein Haufen belgender Spagen den Mitbürgern zeigen. Eine Verschmelzung der verschiedenen Schriftstellervereine hält er für aussichtslos. Man möge versuchen, eine Zentralfstelle zu bilden, also nicht einen neuen Verein, sondern nur eine Art Vermittlungsstelle, die die gemeinsamen Angelegenheiten bearbeite. An der Spitze dürfte aber kein Dichter oder sog-

namter „Prominenter“ stehen, sondern ein geschäftsgewandter Organisator, der die durch ihre Einigkeit stark gewordenen Vereine gegen Berleger und Korrespondenzbureaus besser vertreten werde. (Als auch in dieser Frage eine Feststellung der Erlosigkeit der bisherigen Bemühungen und Empfehlung eines neuen Versuchs, der übrigens von dem tagenden Deutschen Schriftstellerverband und dem Schuhrverband schon aufgenommen war.)

Ausstellung der Manuskripte Emile Jolas. Die 25. Wiederkehr des Tages, an dem Emile Jola durch einen banalen Zufall seinen Tod fand — er erstickte in seiner Wohnung infolge von Gasauströmung — hat der Nationalbibliothek in Paris Anlaß gegeben, gemeinsam mit der Familie des großen Schriftstellers eine öffentliche Ausstellung seiner Manuskripte vorzunehmen. Die Ausstellung umfasst die eigenhändige Niederschrift einiger der besten Werke Jolas, wie „Der Fehltritt des Abbé Mouret“, „Der Zusammenbruch“ und „Der Totschläger“. Das letztgenannte Manuskript ist über und über mit roten Bleistiftmarken bedeckt, und auf jeder Seite kann man sehen, wie sehr Jola den ursprünglichen Text seiner Arbeiten veränderte und erweiterte. Auf der Ausstellung erblickt man auch ein Exemplar der „Abende von Medan“ mit einer Eintragung von Guy de Maupassant und einer eigenhändigen Niederschrift der Rede, die Anatole France am Grabe Emile Jolas hielt.

Neues aus der Krebsforschung. Die Beobachtung, daß die Arbeiter in den englischen Spinnereien einen besonders hohen Prozentsatz an Krebskranken stellen, hat jetzt zu neuen Untersuchungen Anlaß gegeben. Der Arbeitgebersverband hat gemeinsam mit der Fabrikinspektion beschlossen, eine regelmäßige Untersuchung der Arbeitskräfte, und zwar vierteljährlich, durchführen zu lassen. Es besteht die Vermutung, daß die Krankheitsursache in einer täglich vielfach wiederholten Reibung einzelner Körperteile an den Maschinenteilen zu suchen ist. Bei den Spinnereiarbeitern anderer Länder, die die gleichen Maschinen handhaben, ist zwar eine ähnliche Häufigkeit der Krebsentzündungen nicht festzustellen, doch nehmen die englischen Ärzte an, daß dies auf die leichtere Kleidung der Arbeiter in diesen anderen Ländern zurückzuführen ist.

Der künstlerische Einseitigkeit ist das Thema des zweiten Monats, das Margarete Wallmann, die Leiterin der Berliner Wigman-Schule, im Rahmen des Vortragabend „Der moderne Tanz“ für die Berliner Bühne behandelt. Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 17. Oktober, 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Klosterstr. 74, statt. Einlaßkarten kosten 70 Pf.

Das Berliner Sinfonie-Orchester veranstaltet am Sonntag im Taschen Beethoven-Braden-Abend. Die beiden Konzertmeister Lamborn (Violine), Jersander (Cello) spielen das Konzert für Violine und Beethoven von Brahms. Ferner gelangt u. a. die 5. Sinfonie von Beethoven zu Gehör.

Rudolf von Loben verliert am 15. Oktober seinen Wohnsitz nach Berlin. Das hessisch-rheinische Institut Loben, das bisher seine Präs in Würzburg hatte, übersiedelt gleichzeitig nach Berlin-Grumewald, Mittelstr. 10.

Der Hof deutscher Theaterorchester gelangen in Stralsburg. Die Präsesur in Stralsburg hat die Abhaltung von deutschen Ideenveranstaltungen in Stralsburg verboten. Dem Eden-Theater, das seit Monaten Vorstellungen deutscher Gasttruppen veranstaltet, ist ebenfalls die Beschäftigung deutscher Gasttruppen verboten worden.

Sozialpolitische Gegensätze.

Die Tagung des Internationalen Arbeitsamtes.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hatte gestern einen außerordentlich arbeitsreichen Tag. Es imponiert aber nicht so sehr die Masse der Verhandlungsgegenstände, als vielmehr die Qualität der Debatten. Dem Unergründlichen wird häufig die Tragweite der Verhandlungen nicht gleich klar. Die Beratungen drehen sich nur darum, ob die internationale Sozialpolitik vorwärtsgetrieben oder ob sie gehemmt oder gar zurückgetrieben werden soll. Mit welchem Scharfsinn und welcher Fähigkeit die Unternehmervertreter es verstehen, die einfachsten Dinge zu komplizieren, um zu verhindern, daß es in der internationalen Sozialpolitik vorwärts geht, das nötigt manchmal zur Bewunderung. Sie finden allerdings bei den Vertretern der Arbeitergruppe eine Reihe von Gegnern, die ihnen durchaus ebenbürtig sind. Hier ist jedoch ein Unterschied zu machen: während bei den Unternehmern Fraktionszwang herrscht, immer in allen Fragen einheitlich abgestimmt wird, deutsche und französische, holländische und englische Unternehmer immer sich zusammenschließen, fehlt es leider bei der Arbeitergruppe an dieser Einheitlichkeit. Und das ist eine Schwäche, die auch das überragende Talent und die nimmermüde Wachsamkeit der Mehrheit der Arbeitervertreter nicht immer auszugleichen vermögen. Die Regierungsvertreter, soweit sie nicht direkt unter dem Kommando ihres respektiven Unternehmervertreters stehen, wie das gegenwärtig bei der englischen Regierung zutrifft, schwanken oft in ihrer Entscheidung, so daß die Gruppe, die geschlossen austritt, natürlich im Vorteil ist.

Am Laufe der gestrigen Beratungen kam zunächst ein Antrag des französischen Unternehmervertreters Lambert Ribot zur Verhandlung, eine Kommission einzusetzen, die die Frage der Ratifizierung prüfen soll. Der Antrag schien ganz harmlos und man konnte den Eindruck haben, als seien die Unternehmer, in deren Namen Lambert Ribot sprach, besonders darüber besorgt, daß die Ratifizierungen der internationalen Abkommen nicht schneller vor sich gehen. In Wirklichkeit sollte die Kommission nach der Auffassung der Unternehmer, die Lambert Ribot möglichst zu verbergen suchte, Entschuldigungsgründe suchen, die die Nichtratifizierung der Abkommen rechtfertigen sollen. Die Beratung dieses Antrages wurde schließlich auf die Januartagung verlegt und dem Antragsteller aufgegeben, seinen Antrag genauer zu umschreiben.

Es kam dann die Festsetzung der Tagesordnung der Arbeitskonferenz für 1929 zur Verhandlung. Dem Widerstand des englischen Regierungsvertreters war es gelungen, die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen von der Tagesordnung der Arbeitskonferenz für 1928 abzusehen. Durch diesen Erfolg ermutigt, beantragte der englische Regierungsvertreter, daß auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz für 1929 nur die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen als einziger Beratungsgegenstand gesetzt werde. Vorgelesen war für 1929 die Frage der Arbeitslosenversicherung und mindestens eine von zwei Fragen, die besonders die Angestellten betrifft, und zwar die der Kündigungsrufen und die der Arbeitszeit der Angestellten. Es gab eine außerordentlich scharfe Debatte, in der besonders Jouhaux den englischen Regierungsvertreter scharf angriff, während von den Unternehmern der Holländer Cortis von der Linken mit möglichst harmloser Miene die Debatte zu verwirren bestracht war. Schließlich aber zog der englische Regierungsvertreter seinen Antrag zurück, mit der Begründung, daß die endgültige Entscheidung darüber, ob noch ein zweiter oder dritter Punkt auf die Tagesordnung der Konferenz von 1929 gesetzt werden soll, der Januartagung des Verwaltungsrats zu entscheiden vorbehalten werden soll.

Der holländische Unternehmervertreter beantragte, daß bis zur Januartagung das Amt einen Bericht über die Frage der Alters- und Invalidenversicherung machen soll, damit auch darüber eventuell abgestimmt werden soll. Scheinbar hatten die Unternehmer also den Wunsch, möglichst viel Sozialpolitik zu machen. In Wirklichkeit kam es ihnen darauf an, durch die Zersplitterung der Arbeit des Amtes auf eine Behandlung auf der Arbeitskonferenz von 1929 verzichten zu lassen. Der Antrag des holländischen Unternehmervertreters wurde abgelehnt.

Es kam dann der Bericht der Bergbaukommission zur Verhandlung, an der auch Coetz mitgearbeitet hat. Diese Kommission hat eine Untersuchung angestellt über die Löhne und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter, deren Zweck ein Vergleich der Arbeitszeit sowohl wie der Löhne ist. Die Kommission hat ihre Beratungen so weit vorwärts getrieben, daß nach vor Ende dieses Jahres der Bericht fertiggestellt werden kann. Es wurde dann u. a. noch ein Bericht der Kommission über die Arbeitslosigkeit, u. a. auch in Verbindung mit der Rationalisierung verlesen. Neben einer Reihe von technischen Fragen und Budgetfragen wurde schließlich die nächste Tagung des Verwaltungsrats auf den 30. Januar 1928 festgesetzt. Man hofft, daß der Verwaltungsrat heute seine Beratungen beenden kann.

Wen Horthy begnadigt.

Der Massenmörder in weißen Handschuhen.

Der ehemalige Oberleutnant Karikmetty von der ungarischen Nationalarmee hat den Redakteur Franz Falus von der Budapest-Zeitung „Est“ wegen Beleidigung verhaftet, weil das Blatt geschrieben hatte, daß Karikmetty eigenhändig in weißen Handschuhen seine Opfer gehängt habe.

Dieser Karikmetty war seiner Zeit, als die erste Hängeperiode des Horthy-Regimes abgeschlossen wurde, nach Italien gegangen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit mußte die ungarische Staatsanwaltschaft seine Auslieferung betreiben, die ebenfalls gelang, aber „nur wegen Schwere Verbrechen“, von denen die Morde ausdrücklich ausgenommen wurden. Das Militärgericht Strahlweihenburg sprach Karikmetty schuldig:

des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens, des Vergehens der schweren Körperverletzung, des Vergehens gegen eine öffentliche Institution, des Vergehens der öffentlichen Gewalttätigkeit, begangen durch Erpressung, des Vergehens der leichten Körperverletzung, der tätlichen Injultierung und der Gewalttätigkeit, begangen durch widerrechtliche Verhaftung. Die Gründe lauten: Karikmetty hat den Professorenkandidaten Hugo Gabor ermordet, den Hauptmann Josef Nagel mit dem Oberleutnanten, einem Offiziersknecht, der Wasserkanne geschlagen, an den Wagen gebunden, die Treppen entlassend geschleift, auf einen Stegelwagen geworfen; einem Kutscher, der mit dem Automobil Karikmettys zusammengefahren war, durch vorgehaltenen Revolver zweitausend Kronen zu erpressen versucht und, als der Kutscher nicht zahlen konnte, ihm die Pferde ausgespannt und weggeführt; Ferdinand Hadn in die Albrechtstierne geschleppt, ihn dort mit einem Offiziersknecht mißhandelt, ihm auf den Kopf getreten, mit einem nagelbeschlagenen Stod auf die Stirn geschlagen, seinen Unterleib

Befoldungsvorlage / Finanzausgleich

Reichsrat besteht auf 80 Proz. Ueberweisung. — Reichsregierung beschließt Doppelvorlage. — Bayern lehnt die Vorlage ab.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit der Ernennung der Gemeinderäte im Verwaltungsrat der neuen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Der Ausschuh des Reichsrats schlug vor, von den fünf Hauptvertretern, die den Gemeinden zustehen, drei dem Städtetag, einen dem Landkreistag und einen dem Landgemeindevorstand zuzuwenden, von den fünf Stellvertretern zwei dem Städtetag, drei dem Landkreistag und einen dem Landgemeindevorstand zuzuwenden.

Ministerialdirektor Fried beantragte namens der preussischen Regierung, dem Städtetag vier Hauptvertreter und den fünf dem Landgemeindevorstand zuzuwenden. Dafür solle der Städtetag einen Stellvertreter weniger, der Landkreistag einen Stellvertreter mehr bekommen.

Geheimrat Weigert (Reichsarbeitsministerium) bot, an dem Ausschuhbeschluß festzuhalten.

Preussischer Staatssekretär Weismann beantragt namentliche Abstimmung über den preussischen Antrag.

Nach weiterer Debatte wird der preussische Antrag mit 35 (fünfunddreißig) gegen 33 (dreiunddreißig) Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Niederschlesien, Oberschlesien, Hannover, Westfalen und Rheinprovinz sowie die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz.

Es blieb bei dem Vorschlag des Ausschusses.

Der Reichsrat wandte sich sodann der Beratung der neuen Befoldungsordnung zu.

Bei dem Bericht des Ausschusses ergibt sich, daß die Ausschüsse wichtige Änderungsanträge empfohlen. Der wichtigste Antrag der Ausschüsse ist der, einen neuen § 2a einzufügen:

„Das Finanzausgleichsgesetz wird geändert wie folgt: § 22 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung: Von dem Aufkommen an Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer vom 1. Oktober 1927 ab erhalten die Länder 80 v. H.“

Zur Begründung führte der Berichterstatter aus: Es wurde von fast sämtlichen Ländern darauf hingewiesen, daß sie nicht in der Lage seien, die Kosten für die neue Befoldungsordnung, die ja auch für die Landesbeamten durchgeführt werden muß, aus eigenen Mitteln aufzubringen, daß insbesondere eine neue Anspannung der Realsteuern unumgänglich, auch wesentliche Mehreinnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuern nicht zu er-

warten seien, solange die Beschränkung der Einnahme aus der Lohnsteuer in Kraft sei. Darum bleibe nur der Weg einer Änderung des Finanzausgleichs.

Als in der Einzelberatung die Änderungsanträge angenommen werden, behält sich die Reichsregierung für den Spezialfall Doppelvorlage vor.

§ 24 der Schlussvorschriften bestimmt, daß Änderungen der im Befoldungsgesetz vorgelegenen Amtsbezeichnungen durch den Reichspräsidenten erfolgen. Hierzu bemerkte Staatssekretär Dr. Weismann (Preußen): Wir erbitten von der Reichsregierung die selbstverständliche Erklärung, daß Änderungen der Amtsbezeichnungen nur im Sinne der Reichsverfassung erfolgen können.

Ein Vertreter des Ministers des Innern erwiderte: Die Reichsregierung versteht unter „Amtsbezeichnungen“ nur solche, deren sich jeder in einem Amt Befindliche ohne besondere Berechtigung bedienen darf.

Der Antrag der Länder, die durch die neue Befoldungsordnung entstehenden Mehrausgaben dadurch zu erleichtern, daß ihr Anteil an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 80 Proz. erhöht wird, stieß bei dem Vertreter der Reichsregierung auf Widerspruch. Der Antrag wurde trotzdem angenommen. Staatssekretär Dr. Poppiß vom Reichsfinanzministerium erklärte daraufhin, daß sich die Reichsregierung mit diesem Beschluß nicht abfinden könne und dem Reichstag nunmehr eine Doppelvorlage unterbreiten werde.

Bayern beantragte dann eine besondere Begünstigung für die finanziell schwachen Länder durch eine Änderung des Finanzausgleichs. Dieser Antrag wurde mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe. Der bayerische Gesandte gab daraufhin die Erklärung ab:

„daß die bayerische Regierung nach Ablehnung der von ihr beantragten Änderung nicht in der Lage sei, der Vorlage zuzustimmen.“

Die Befoldungsordnung wurde dann mit Mehrheit angenommen.

Frankreichs Angebot an Ungarn.

Die Budapest-Regierung veröffentlicht die französische Note.

Budapest, 13. Oktober.

Das ungarische Telegraphen-Correspondenz-Bureau meldet: Aus dem von dem ehemaligen Generalsekretär im französischen auswärtigen Amt Paléologue an den Pariser rumänischen Gesandten Diamandi gerichteten und von der rumänischen Regierung offiziell veröffentlichten Schreiben wird in der ausländischen Presse schließlich die Forderung abgeleitet, daß im Jahre 1920 zwischen der ungarischen und der französischen Regierung überhaupt keinerlei Verhandlungen stattgefunden haben. Da dies den Tatsachen zuwiderläuft, hält es die ungarische Regierung für notwendig, nachfolgende Note zu veröffentlichen, die der damalige französische Hohen Kommissar in Ungarn, Fouchet, im Auftrage der französischen Regierung am 24. Juni 1920 an die ungarische Regierung gerichtet hat. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister! Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Eurer Excellenz vor Kenntnis zu bringen, daß ich in Befolgung der in Paris im Ministerium des Auswärtigen geführten Verhandlungen die Ermächtigung erhielt, Eurer Excellenz nachstehende Erklärung abzugeben:

Die französische Regierung ist überzeugt davon, daß die rasche Wiederherstellung des Wohlstandes Mitteleuropas — was ein wesentliches Element der Stärkung des allgemeinen Friedens bildet — nicht anders erreicht werden kann als im Wege der gegenseitigen Mitwirkung der interessierten Staaten. Die französische Regierung ist dementsprechend geneigt, jede Verhandlung zu erleichtern, die zwischen den rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Regierung einerseits und der ungarischen Regierung andererseits eingeleitet werden, mit dem Zwecke, zwischen den genannten Staaten und Regierungen ein verständnisvolles Verhältnis zu schaffen, das die notwendige Grundlage eines derartigen Zusammenwirkens bildet.

Die französische Regierung ist, sich den von ihr unterschriebenen Friedensvertrag getreu vor Augen haltend und geleitet von der Erklärung, die in der von den alliierten und assoziierten Mächten an die ungarische Friedensdelegation gerichteten Mantelnote enthalten ist, bereit, ihre guten Dienste bei jedem auf eine freundschaftliche Einigung zwischen Ungarn und seinen Nachbarn abzielenden Schritt anzubieten, der den Zweck verfolgt, alle Ursachen der Feindschaften auszuräumen zur allgemeinen Zufriedenheit der interessierten Parteien.

Dieser Schritt wurde unter den in der erwähnten Mantelnote gestellten Bedingungen den Zweck verfolgen, einestells gewisse wirtschaftliche und ethnographische Ungerechtig-

keiten gutzumachen, andererseits die zur Sicherung des Schutzes der Minderheiten bereits geschaffenen Bestimmungen zu ergänzen.

Namentlich ist die französische Regierung bereit, der ungarischen Regierung die Aufnahme von Verhandlungen mit den benachbarten Regierungen zu erleichtern, damit in bezug auf die gegenseitige Freiheit des Verkehrs, sowie auch die Freiheit im Verkehr über Eisenbahn, Post und Telegraph, Finanzfragen, Wasserangelegenheiten usw. das gegenseitige Verhältnis eine innigere Regelung erfahre, und zwar in dem Maße, daß die Abkommen in Einklang gebracht werden können mit jenem Vertrag, an dem Frankreich als eine der alliierten und assoziierten Hauptmächte teilhat. Diese Erklärung tritt mit dem Tage in Wirkungskraft, da

Die mit Frankreich getroffenen Abmachungen,

der ungarischen Gesetzgebung entsprechend, voll und ganz Geltung erlangen haben.

Es erfüllt mich mit Freude, daß ich auf diese Weise der Dolmetsch der Regierung der Republik sein kann, und ich benutze die Gelegenheit, um den Ausdruck meiner Wertschätzung für Sie, Herr Minister, zu erneuern.

Der Hohen Kommissar der französischen Republik:

R. Fouchet.

Angesichts dieses Dokumentes ist es schlechthin unverständlich, wie der frühere Generalsekretär des Dual d'Orsay Paléologue jetzt ein Schreiben an den früheren rumänischen Gesandten richtete, um alle Behauptungen über ein derartiges Angebot Frankreichs an Ungarn zu dementieren.

Andererseits ist es auch sehr merkwürdig, daß die ungarische Regierung erst jetzt, also fast drei Wochen nach den ersten Enthüllungen des „Magyar Orszag“, mit diesem entscheidenden Dokument hervortritt. Das Budapest-Press-Auswärtige Amt hatte zunächst geschwiegen, sodann war Graf Bathien sonderbarerweise befreit, die Angelegenheit als bedeutungslos hinzustellen. Die vorstehende Note beweist, daß nicht nur unverbindliche Besprechungen zwischen nicht maßgebenden Unterhändlern stattgefunden haben, sondern daß der offizielle französische Vertreter in Budapest einen förmlichen Schritt in der Richtung einer Vertragsrevision zugunsten Ungarns unternommen hatte.

Die Note Fouchets spricht nicht ausdrücklich von den Gegenleistungen Ungarns — nämlich der militärischen Hilfe für Polen gegen Sowjet-Rußland —, deutet sie aber durch die Wendung von den „mit Frankreich getroffenen Abmachungen“ klar genug an.

mit Fuchstößen mißhandelt und ihn krummgeschossen; dem Postsekretär Ludwig Bongraz eigenhändig fünfundzwanzig Stockreize verleiht; Stephan Loth verhaftet und in die Albrechtstierne geschleppt; einen Mann namens Feder in die Kaserne geschleppt und alle diese Personen mit einer Peitsche mißhandelt; aus Anlaß einer Holzrequisition den Forstmeister des Grafen Ador Jigy verhaftet und entwaffnet. Für alle diese verbrecherischen Handlungen wurde Karikmetty vom Honvedgericht seiner Auszeichnungen und seines Offiziersranges verlustig erklärt und zu zweieinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Nach der Abhängung seiner Strafe ging Karl Ametty daran, seine durch Zeitungsartikel verletzte Ehre wieder herstellen zu lassen.

An der Budapest-Verhandlung bot Falus den Wahrscheinlichkeitsbeweis für all seine Behauptungen, vornehmlich aber dafür an, daß Ametty eigenhändig in Glochhandschuhen seine Opfer aufgehängt hat. Er verlangte, daß die Akten darüber beim Militärgericht eingehend werden. Amettys Verteidiger entgegnete, daß Ametty für die Vollstreckung dieser „Vollurteile“ von dem Reichsverweser Horthy Amnestie bekommen habe; hierüber sei ein Beweis überhaupt nicht zulässig, da die italienische Regierung seine Auslieferung wegen dieser Taten verweigert habe. Da zog Redak-

teur Falus aus seiner Tasche eine Photographie, die darstellt, wie Ametty behandschuh einen Mann auf einen Baum aufhängt. Als der Vorsitzende Ametty fragte, ob die Photographie richtig sei, erklärte er, daß er die Aussage verweigere, weil ihm aus der Verantwortung der Frage Schaden erwachsen könnte. Als der Vorsitzende in ihn drang, sich doch zu äußern, erwiderte er, man wolle in ihm die nationale Armee und deren Oberkommandanten bloßstellen und darum könne er nur in einer geheimen Verhandlung Auskunft geben. Das Gericht ordnete schließlich für kurze Zeit den Ausschluß der Öffentlichkeit an. Dann legte Falus ein Exemplar des „Est Kurir“ vor; darin war eine andere Photographie abgebildet, aber dieselbe Szene: Ametty in Handschuhen, hängt einen anderen Mann auf. Die Unterschrift lautete: „Dies ist nicht Tibor Szamuel (der kommunistische Terrorist, der sich vor Ergreifung erschossen hat. Red.), sondern Karl Ametty“ Ametty bestritt, daß das Bild ihn darstelle und rebete sich darauf aus, daß das Bild undeutlich sei. Als auch der Vorsitzende Zweifel äußerte, legte Falus die photographische Platte vor und bezeichnete den Gehängten mit seinem Namen. Schließlich trat Berling zur Herbeiführung der Militärgerichts-

Schulkampf vor dem Stadtparlament

Proteste gegen Keudells Reichsschulgesetzentwurf.

Zu dem Kampf um die Schule, der jetzt im Reichstag ausgefochten wird, hatte gestern auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung sich zu äußern. Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, der kommunistischen Fraktion und der demokratischen Fraktion wandten sich gegen den Keudellschen Schulgesetzentwurf, der in kultureller, schultechnischer und finanzieller Hinsicht verhängnisvoll für die Schule zu werden droht. Die Deutschnationalen versuchten, die Besprechung dieser Anträge zu verschleppen, aber es gelang ihnen nicht. In der Begründung des sozialdemokratischen Antrages hob Gen. Kawerau hervor, daß der Gesetzentwurf die Jugend für die Kirche zurückgewinnt und die Lehrer zu Funktionären der Kirchenorganisation machen will. Stadtschulrat Genosse Rydahl wies auf die Zerspaltung der Schulwesen hin, die von der Durchführung dieses die Konfessionsalisierung auf die Spitze treibenden Gesetzes zu erwarten ist. Der deutschnationale Altientats gegen die Schule sich auf die Verfassung der Republik zu berufen. Das darin festgelegte Bestimmungsrecht der Eltern über die Schule beanspruchte er für evangelische und katholische Eltern, die endlich — sagte er — zu der ihnen zugesicherten Gewissensfreiheit kommen müßten. Der Reaktionsär fordert Gewissensfreiheit! Man möchte lachen, wenn dieser Kampf um die Schule nicht so bitter ernst wäre.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte in der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten der Vorsteher Genosse Bah des am Mittwoch abend verstorbenen früheren Oberbürgermeisters Wermuth mit ehrenden Worten. Trauernd gedenken die Vertreter der Stadtverwaltung der Verdienste des Verstorbenen um die Stadt und ihrer Bevölkerung. Im Jahre 1912 gewählt, fiel der größte Teil seiner Amtszeit in eine Zeit der größten wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen: des Krieges. In dieser Zeit wurden große Anforderungen an kommunalpolitischen Gebiete an Wermuth gestellt und er hat besonders in der Fürsorge um die Sicherstellung der Ernährung und um die ärmere Bevölkerung außerordentliches geleistet. Im Vertrauen auf seine Mitarbeit bei der Schaffung der neuen Einheitsgemeinde Berlin blieb er Oberbürgermeister, trat dann aber 1920 zurück. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Den Platz des Vorstehers gliert ein Strauß roter und weißer Kelten, die eine Schleiße in den Stadtfarben zusammenhält. Anlaß gibt die 150. Sitzung, die der Vorsteher Genosse Bah leitet. Dem Stadtschulrat (Dem.) dem Vorsteher den Dank für seine objektive, gerechte Geschäftsführung aus. Mit Taft, Liebenswürdigkeit und viel Verständnis habe der Vorsteher sein schweres Amt verwaltet; dafür wissen ihm die Fraktionen dank. Oberbürgermeister Böß schloß sich für den Magistrat dem Glückwunsch an und rühmte besonders die tatkräftige, liebenswürdige und reibungslose Zusammenarbeit zwischen Vorsteher und Magistrat.

Ein Antrag der Deutschnationalen, die Vorlage wegen des Baues der 8000 Wohnungen bevorzugt zu behandeln, wird nach ausgiebiger Geschäftsordnungsdebatte gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Im Rahmen der Tagesordnung begründet nunmehr Stadts. Goh (Komm.) einen Antrag seiner Fraktion.

Gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

In dem Antrag wird der Magistrat ersucht, von der Reichsregierung die Zurückziehung des Entwurfs zu fordern. Der Vertreter Berlins im Reichsrat soll gehalten werden, gegen den Entwurf zu stimmen. Gemeinsam mit diesem kommunistischen Antrage werden Anträge unserer und der demokratischen Fraktion behandelt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung erhebt vom kulturellen, schultechnischen und finanziellen Gesichtspunkt aus den entschiedensten Einspruch gegen den Reichsschulgesetzentwurf, weil er die verfassungsmäßige Stellung der Gemeinschaftsschule als Regelschule beseitigt, den Weg zur allgemeinen weltlichen Einheitschule versperrt, das Schulwesen der Stadt in unheilvoller Weise zersplittert und der Stadt in einer Zeit größter finanzieller Beanspruchung und größter sozialer Verpflichtungen neue unnötige Lasten auferlegt.“

Die Demokraten betonen in ihrem Antrag, daß der Entwurf gegen die Reichsverfassung verstoße und daß er eine schwere Gefahr für die Einheit und Geschlossenheit sei. Er ist geeignet, das hochentwickelte Berliner Schulwesen völlig zu zersplittern. In einer Zeit schlimmster finanzieller Bedrängnis belaste er die Kommune in außerordentlicher Höhe. Es werde daher erwartet, daß der Berliner Vertreter im Reichsrat gegen den Entwurf stimme. — Bei Beginn der Debatte verlassen die Rechtsparteien den Saal. Nach einer ausgiebigen Polemik gegen den Entwurf als solchen wandte sich der kommunistische Redner gegen die Schulpolitik der Sozialdemokratie. Er meinte, im Reichstag könne die Sozialdemokratie das ablehnen, was sie in Preußen gutheißt. Im übrigen sei die Haltung der Sozialdemokratie katastrophal. Für das Unfängerrecht der Erziehung einzelner weltlicher Schüler vertrat die Sozialdemokratie ihr Schulprogramm (H. Goh erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Kommunisten von „Berlin als der immer noch fortschrittlichen Stadtgemeinde“ eine Ablehnung des Gesetzentwurfs erwarten. Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion begründete

Stadts. Dr. Kawerau

den Antrag. Nicht nur im Volke sei der Keudellsche Reichsschulgesetzentwurf scharf beobachtet worden, sondern der von überall kommende Protest hätte sogar den Regierungstarren erschüttert. Die Durch den Entwurf aufgeworfene Frage ist von ausschlaggebender Bedeutung für das deutsche Volk. Der Entwurf, der angeblich im Namen der Religion gemacht ist, bedeutet in Wirklichkeit nur den Versuch, der Kirche die Jugend zurückzugewinnen. Das sorgfältig abgestufte Aufstufensystem ist auf jeden Fall unerträglich, weil die Aufsichtspersonen immer nur den kirchlichen Drogen einnehmen werden müssen und die Lehrer lediglich Funktionäre der Kirche werden. Ist die Volksschule erst erobert, kommen die höheren Schulen hinterher; ist der Stein erst im Rollen, gibt es kein Halten mehr. Durch den neuen Entwurf wird der Kampf um die Schulform bis in die Familie getragen. Unterschriftenlammer werden die Frauen in Abwesenheit der Väter befragen, sie zur Zustimmung zur Errichtung von konfessionellen Schulen veranlassen und den Vater auszuschließen suchen. Legt der Vater dann nicht ausdrücklich bei der Behörde Protest gegen die Unterschrift seiner Frau ein, so gilt eben die Unterschrift eines Teiles der Erziehungsberechtigten maßgeblich für die Einschulung des Kindes. Genosse Kawerau besprach dann die Auswirkung des Entwurfs auf Berlin im einzelnen und stellte fest, daß durch die Herausnahme der andersgläubigen Kinder aus evangelischen und katholischen Schulen die Errichtung einer Anzahl neuer Schulen nötig wird, die selbstverständlich den Etat Berlins ganz außerordentlich belasten werden. In Groß-Berlin werden etwa

160 jüdische und 88 katholische Klassen neu eingerichtet

werden müssen. Das ist der Erfolg des Keudellschen Entwurfs. Wir wollen die eine, deutsche, weltliche Schule, darauf kommt es uns an! Aus der Ergrübelung vor der Seele des heranwachsenden Kindes legen die Sozialdemokraten flammenden Protest gegen den Reichsschulgesetzentwurf ein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Rede des Genossen Kawerau beantragten die Deutschnationalen durch ihren Fraktionsvorsitzenden, Stadtschulrat Lädke, die Vertagung der Debatte

über den Reichsschulgesetzentwurf und die sofortige Vornahme der Beratung des Wohnungsbauprojektes. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei abgelehnt. Für die Demokraten sprach Stadtschulrat Keudell. Auch er wandte sich mit Energie gegen den Keudellschen Entwurf, besprach seine Auswirkungen auf das Schulwesen im allgemeinen und auf die Berliner Verhältnisse im besonderen. Hildebrandt kam schließlich zu dem Ergebnis, daß aus kulturpolitischen, pädagogischen und finanziellen Erwägungen der Reichsschulgesetzentwurf untragbar sei. Die Stadt Berlin hätte alle Veranlassung, ihren Vertreter im Reichsrat anzuweisen, gegen den Entwurf zu stimmen. — Stadtschulrat Trol (Nat.) polemisierte gegen die Sozialdemokratie, die in Schuldingen, da wo sie es konnte, ihren Willen durchsetzte, und sich dabei in Widerspruch zur Verfassung brachte. (Rufen bei den Soz. — Zuruf: „Weil Sie sich dauernd gegen die Schule vergangen!“) „Wer sich so gegen die Verfassung veründigte“, erklärte Trol mit Empfinden, „hätte kein Recht, gegen den Gesetzentwurf zu protestieren!“ (Stürmisches Gelächter bei den Soz.) Der Redner brachte als besondere Gründe für den Keudellschen Entwurf die Zustimmung der im evangelischen Gemeinschaftsbund zusammengeschlossenen Elternbeiräte und — des Stahlhelms vor. Schallende Heiterkeit brachten diese Bemerkungen dem Redner ein. Trol meinte am Schluß seiner Rede, daß keine Möglichkeit bestehe, die Verfassung auszuführen, wenn der vorliegende Entwurf der Ablehnung verfallen sollte! Vom Magistrat sprach

Stadtschulrat Genosse Rydahl:

Der Vertreter Berlins im Reichsrat, Bürgermeister Scholz, habe ihn, den Stadtschulrat, beauftragt, zum Reichsschulgesetzentwurf Stellung zu nehmen und Gegenschläge auszuarbeiten, die der Bürgermeister denn auch im Ausschuss des Reichsrats vertreten habe. Der Entwurf eines Reichsschulgesetzes muß nach dem Willen der Verfassung so aussehen, daß eine zu starke Zerspaltung des Schulwesens verhindert wird. Das ist aber bei dem vorliegenden Entwurf durchaus zu befürchten, ebenso wie festzustellen ist, daß durch ihn die kulturelle Höhe unseres Berliner Schulwesens herabgedrückt wird. Der Charakter der Schulen als Konfessionsschulen braucht nicht mehr betont werden, als es jetzt schon eben durch die Konfessionsschulen geschieht, über die noch in Klagen aus kirchlichen Kreisen gekommen sind. Auch im Interesse der Lehrer wäre es zu bedauern, wenn der Entwurf Gesetz würde. Berlin, das hauptamtliche Schulaufsichtsbeamten bestellt, müßte es bedauern, wenn auch noch eine kirchliche Aufsicht dazugefügt werde. Auf jeden Fall muß eine Lösung gefunden werden, die eine Einheitlichkeit des Schulwesens sichert und die Bildung von Zwergschulen verhindert. Die Steigerung der Kosten wird ganz außerordentlich sein; es sei kaum zu glauben, daß der Entwurf in dieser Frage Gesetz werden kann. Ein Mitbestimmungsrecht der Gemeinden bei der Errichtung neuer Schulen muß gefordert werden, wie überhaupt zu fordern ist, daß Verhältnisse erreicht werden, die eine ruhige Entwicklung des Schulwesens gewährleisten. Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf besteht allerdings die Befürchtung, daß das Gegenteil erreicht wird!

Stadtschulrat Galle (Z.) war der Ansicht, daß die Stadtverordnetenversammlung eine bindende Entschließung über den Entwurf doch nicht fassen könne und daß deshalb mehr mitgearbeitet und weniger geredet werden sollte. Nachdem noch Stadtschulrat Mielke für die Volkspartei gesprochen hatte, wurde die Debatte und die Verammlung vertagt. Am kommenden Dienstag findet eine außerordentliche Sitzung statt, die um 6 Uhr beginnt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zu der Frage der Lohnverbesserung der städtischen Arbeiter folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Nach Zeitungsbereichten ist der Magistrat dem Befehle der Stadtverordnetenversammlung auf Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne um 10 Pf. die Stunde nicht beigetreten. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Magistrat wird ersucht, mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hierüber in Verhandlung zu treten.

Die sozialdemokratische Fraktion war bereit, den Antrag ohne Aussprache dem Magistrat zu überweisen. Da die Deutschnationalen aber Widerspruch erhoben, muß er den Geschäftsordnungsmäßigen Weg gehen.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Bewirrt durch den Rausch des Blutes trug er sie auf das Bett und fiel mit ihr hin, zerriß ihr Hemd und umklammerte wie eine Spinne ihren Körper, der ihm immer wieder ent schlüpfte. Sie riß sich los, schlug, ohne zu schreien, ihre Zähne fleischend, um sich, und ihr Körper, zusammengekrümmt und verkrampft, wand sich ohne Scham vor Anstrengung hin und her. Durch einen Stoß ihres Fußes schmiß sie ihn auf den Boden und sprang wie eine Katze zur Tür und sah ihn nicht an, atmete schwer und ordnete ihr Hemd.

„Lach das, Gjes, sonst wird es schlecht sein. Ich habe gelernt, für mich einzustehen. Leg dich hin und komm zur Besinnung. Solch eine Sprache paßt für mich nicht, Gjes. Bist ein Kämpfer und hast dir noch nicht einmal deinen Verstand erlärmpft.“

Ganz betäubt fühlte Gjes, wie wilder Schmerz in seiner Seele tobte, und dieser Schmerz der Seele war stärker als die Kränkung.

Man darf sie nicht schlagen. Im Krieg muß man schlagen — zu Hause gibt es andere Arbeit. Wo steckt denn in ihr der Feind, ein so starker, nicht zu fassender?

Er sah auf dem Boden, lehnte sich mit dem Rücken an das Bett und knirschte bezähmt mit den Zähnen vor Schmerzen im Hirn.

Dascha suchte mit den Augenbrauen, lächelte und ging in die Ecke zu ihrem Bett.

„Läch das Licht, Gjes, und leg dich. Du mußt dich ausruhen. Bist vor Uebermüdung toll.“

„Dascha, Täubchen, wo ist unsere Liebe? Bist du vor lauter Arbeit ganz verhext und hast aufgehört, Weib zu sein?“

„Leg und beruhige dich, Gjes. Ich bin müde geworden vor Arbeit. Morgen werde ich wieder ins Dorf kommandiert zur Organisierung der Frauengruppe, und dort in jener Gegend gibt es Räuberbanden. Sind wir denn vor dem Tode geschützt? Nach keine Dummheiten, Gjes.“

Sie ging zum Tisch, löschte die Lampe. Begte sich, raschelte mit dem Hemd und wurde still. Gjes hörte nicht einmal ihren Atem.

Er sah im Finstern und wartete. Schmerz und Kränkung. Ein Brennen in der Seele. Dascha so nah und fern.

Er wartete auf ihre Stimme, ihr Herz. Er wartete — Dascha wird zu ihm kommen, wird, wie früher, seinen Kopf an ihre Brust drücken und ihm etwas zuflüstern, wie eine Freundin, eine Mutter.

Da liegt sie, fremd, mit einer verschlossenen Seele, und er ist allein mit seiner Sehnsucht, seinem Schmerze.

Leise ging er zu ihr, setzte sich neben sie, legte seine Hand auf ihre Schulter.

„Dascha, lieblos' mich doch wie früher... Ich war doch in Feuer und Blut und habe lange keine Liebstojungen gespürt...“

Und da nahm sie seine Hand und legte sie an ihre Brust.

„Wie dumm du bist, Gjes... so stark und so dumm... nicht Gjes... jetzt nicht, ich habe keine Kraft für Liebstojungen. Beruhige dich, die Stunde wird schon kommen für dich, für mich... ich habe ein steinernes Herz für die Liebe, und du, du bist heiß und für dich habe ich noch keine Worte. Geh, schlaf...“

Er schaute, der Einsame, in das blaue Fenster. Der Himmel klang von Sternen, und irgendwo, wahrscheinlich in den Bergen, dröhnte mit töndendem Echo aus den tiefsten Tiefen der Erde ein ferner Donner. Der Wald sang in den Schluchten, im nächtlichen Nordostwind.

Er stand auf, hob seine Faust und ließ sich schwer auf das Bett fallen.

„Ich werde schon erfahren... ich werde nicht... Hüte dich... Ich habe mich noch nie ergeben, nie bis zum heutigen Tage. Denk daran!...“

Dascha schwieg, kalt, nah und fremd.

2. Das Kinderheim.

Gjes hatte in der Frühe im Schlafe das Gefühl, als ob das Zimmer kein Zimmer wäre, sondern ein leeres Loch. Von dem Fenster zur Tür und von der Tür zum Fenster wehte und wirbelte und winkte wie mit Tüchern die vom Frühling geschwängerte Luft. Er öffnete die Augen, ins Fenster sprang die Sonne. Dascha stand am Tisch und band das feurige Tuch um ihren Kopf.

Sie sah ihn an und lächelte, und in ihren Augen war ein bernsteinfarbenedes Flimmern.

„Bei uns hier kann man nicht bis ein Uhr, wenn die

Sonne schon wie eine Trommel dröhnt, schlafen, Gjes. Ich habe schon einen Bericht für die Frauengruppe und Kinderhorte ausgearbeitet und einen Kostenanschlag für Wäsche und Möbel. Hab alles schön ausgearbeitet... aber wo sollen wir das Geld hernehmen? Wir sind so bettelarm. Müßen unserem Parteikomitee einen Stoß geben, damit es der Bourgeoisie etwas abzwackt. Von heute ab werde ich mich mit allen meinen Kräften für die Sache einsetzen... Du, du hast Njurla noch nicht gesehen. Rüttle dich endlich auf, gehen wir zusammen ins Kinderheim. Es ist hier nebenan.“

„Gut, gehen wir zu Njurla... Bin schon fertig!... Dascha, komm man ein wenig zu mir.“

Dascha lächelte wieder und trat mit einer Frage in ihren Morgenaugen zu ihm.

„Run, ich komme... was weiter?“

„Gib mir deine Hand. So. Mehr brauch ich nicht — nimm sie. Die alte Dascha und die neue Dascha, aber vielleicht bin ich auch selber nicht mehr der Schlosser, nicht mehr Gjes? Run gut... wir müssen umlernen... Jetzt scheint auch die Sonne anders als früher.“

„Ja, Gjes, die Sonne und das Brot, beide sind anders geworden. Ich warte, beulte dich.“

Dascha ging bis zum Kinderheim Gjes voran, ging auf dem Weg, zwischen Sträuchern und Hecken, verschwand zwischen ihnen und loderte wieder mit ihrem roten Tuch auf. Und Gjes fühlte, daß sie mit Absicht vor ihm wegief. Wollte sie ihn reizen oder hatte sie Angst vor ihm?

Dascha, in der ein Geheimnis ruht. Weib bleibt immer wieder Weib und die Weiberseele ist eine Schildkröte.

Das Kinderheim „Krupstaza“ ist dort in der Schlucht, von Gärten umklammert. Deutlich hebt sich das rote Dach mit den Schornsteinen hervor. Die Mauern sind aus rohem Stein fest zusammengefügt, mit Zement übergossen. Die Fenster sind groß wie Türen und offen, und aus der dunklen Leere tönt ein vielstimmiges vogelartiges Geschrei. Geschrei und Gezwitscher tönt auch aus dem grünen Gebüsch. Das Haus ist zwei Stock hoch, und jeder Stock hat Balkons, massive Treppen, Veranden und attische Vasen. Und dort, auf der Veranda sonnen sich wie reife Melonen Kinderköpfchen. Die Gesichter, man sieht es schon aus der Ferne, sind mager und knochig. Sind es Mädchen oder Knaben? Man kann sie nicht auseinanderkennen. Sie tragen alle lange, grauen Hemden und die Pflegerinnen, auch grau, mit weißen Tüchern, vergehen vor Hitze unter der Sonne.

(Fortsetzung folgt.)

Lockerung der Zwangswirtschaft?

Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat dem Preussischen Staatsrat eine Verordnung über die Lockerung der Zwangswirtschaft vom 4. Oktober d. J. überfandt. Danach wird u. a. folgendes angeordnet: Werden durch Teilung einer unbenuhten Wohnung von fünf oder mehr Wohnräumen neue, räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnungen hergestellt, so finden auf die neuen Wohnungen die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes mit Ausnahme der §§ 2, 8 und 17 Nr. 1 keine Anwendung. Das gleiche gilt, wenn im Einverständnis mit dem Mieter durch Teilung einer benutzten Wohnung der gleichen Größe neue räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnungen hergestellt werden.

Mildernde Umstände wegen Dämlichkeit.

„Bergmann vom Börsenvorstand“ pumpt beim Reichsbankpräsidenten.

Die Menschen haben oft sonderbare Vorstellungen! Sehr naive Ansichten hatte zum Beispiel über den Verkehr der Finanzleute untereinander der stellunglose Kaufmann Hans Bugge, der sich gestern wegen eines plumpen Versuches, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht um 12.000 Mark zu pressen, vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte zu verantworten hatte. Der junge Mann fühlte sich seinerseits nach Mosabit, wo er oft schon als Angeklagter „mitgewirkt“ hatte, hingezogen und suchte als Kriminalstudent aus den Verhandlungen zu lernen. Eines Tages besuchte B. eine Verhandlung, bei der es sich um die Beleidigung des Reichsbankpräsidenten anlässlich des schwarzen Freitags handelte. Dort wurden die Namen verschiedener Finanzleute genannt. In der Vorstellung des Bugge mülhten das intime Freunde des Reichsbankpräsidenten sein. Am nächsten Tage schrieb er an Dr. Schacht einen Brief, den er selbst zur Reichsbank brachte:

„Herrn Dr. Schacht, Berlin (Reichsbank). In dringenden Geschäftsdingen in dem Werner-Berk wollte ich bitten, meinem Boten für mich im Brief 12.000 Mark zu übersenden. Bitte dem Boten zu sagen, daß er sich nach Siemens-Stadt (Werner-Berk), Telefonabteilung, begeben soll. Ich lasse ihn mir dort vorführen. Ferner erbitte ich gleichzeitig die Mitteilung, wann ich morgen im Laufe des Tages eine Rücksprache haben kann. Aber am Nachmittag, da ich vormittag mit Lichtscheim zusammen sein werde. Für die Hilfsbereitschaft herzlich dankend, ergebent G. Bergmann, P. S. Bitte Boten zu sagen, daß er bis spätestens 1 Uhr im Werner-Berk sein soll.“

Der „Bote“ wurde selbstverständlich sofort festgenommen. Bergmann vom Börsenaustrich und Bankier Lichtscheim waren Zeugen in dem Schacht-Prozess.

Der Angeklagte war geständig und entschuldigte sich nur damit, daß er geistig nicht ganz gesund sei. Er hätte wegen der schweren Urkundenfälschung und des verurteilten Betruges nach seinen einschlägigen Vorstrafen Zuchthaus bekommen müssen! Landgerichtsdirektor Fiebig begründete im Urteil aber, daß der Angeklagte schon wegen seiner Dummheit mildernde Umstände verdiene, weil er mit einem so plumpen Manöver an einem Mann wie den Reichsbankpräsidenten einen Betrug versucht habe. Der Angeklagte erhielt 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 1/2 Monaten Untersuchungshaft. Die Bewährungsfrist, um die der Angeklagte mit der Begründung gebeten hatte, daß das Gefängnis für ihn nicht die „richtige Gesellschaft“ sei, wurde ihm vom Gericht nicht gewährt.

Tiergartenfledderer.

Erwischt, weil sie einander betrügen wollten!

Gerade als sie die Beute verteilten, wurden gestern früh drei Fledderer, ein Paul G., ein Walter Th. und ihre Freundin Frieda K. überrascht und festgenommen. Frieda hatte sich am frühen Abend vergeblich nach einer „Bekanntheit“ umgesehen. Da besuchte sie mit ihren beiden Freunden, Seuten, die den Tiergarten unsicher zu machen pflegen, ein Lokal, in dem ein junger Mann, ein Bayer, auf ein Abenteuer zu warten schien. Man lud ihn zu einer Spazierfahrt durch den Tiergarten ein. Unterwegs stahl ihm Frieda K. die Brieftasche, dann ließ man ihn gehen. Er machte einem Kriminalbeamten der Bahnhofsache Anzeige, und dieser überraschte die drei, als sie in einem benachbarten Lokal gerade dabei waren, das erbeutete Geld zu teilen. Sie wären damit wohl schon fertig gemeint und entkommen, wenn Th. nicht versucht hätte, die beiden anderen zu „trampeln“, das heißt: um ihren Anteil zu betrügen. So waren sie in Streit geraten, und die Verteilung hatte sich verzögert. Alle drei wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Wer aber der Bestohlene ist, weiß man noch nicht. Er wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Zusammenstoß und Verkehrsstörung.

Gestern gegen 16 Uhr kam es an der Ecke Leipziger- und Charlottenstraße zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn der Linie 43 und einem Geschäftsauto. Der Anprall erfolgte mit so großer Wucht, daß der Straßenbahnwagen aus den Schienen geworfen wurde. Das Auto wurde schwer beschädigt. Der Führer, ein 34-jähriger Wilhelm Schirmer aus der Schillerpromenade 52 zu Reinickendorf und der Mitfahrer Hans Fischer aus der Alexanderstraße 11 erlitten am Kopf und an den Händen schwere Quetsch- und Schnittwunden. Sie erhielten auf der Rettungsstelle die erste Hilfe. Die entgleiste Straßenbahn konnte erst nach 20 Minuten durch einen Gerätewagen wieder flott gemacht werden. Während dieser Zeit stockte der Verkehr, was zu langen Wagenanmietungen führte. — Auf der Charlottenburger Chaussee, zwischen der Siegesallee und dem Brandenburger Tor, wurde beim Ueberfahren des Fahrdammes der 63-jährige Justizrat Adolf Blumenthal aus der Klopstockstraße 45 von einer Straßenbahn der Linie 78 angefahren, so Boden geschleubert. Der alte Herr trug eine schwere Gehirnerschütterung davon, an deren Folgen er in der Charité starb. Die Leiche wurde postleichtlich beschlagnahmt.

Ausstellung im Schöneberger Rathaus.

Wie von den Wissenschaftlern der Tierarzt oder Apotheker etwas über die Aeheln angehen wird und nicht ganz dazu rechnet, so stehen bei den Malern die Kopisten zwischen den Lagern. Sie sind nicht ganz schaffende Künstler und doch keine Kunstgewerbetler. Aus dieser Notlage haben sich die Berliner kopierenden Künstler dieses Jahr im April zusammengeschlossen und jetzt zum erstenmal eine Ausstellung veranstaltet. Diese Ausstellung ist nicht einmal so sehr auf den Verkauf angelegt, es sind z. B. auch viele Bilder aus Privatbesitz darunter, um die Lebensberechtigung dieses Kunstgebietes zu beweisen. Wer kennt sie nicht die fleißigen Maler in den Museen, die sich so ernsthaft bemühen die Farben der alten Meister wiederzufinden, nicht nur weil nicht alle Sterbliche sich Originale kaufen können, nein auch weil sie Freude haben sich in die Auffassung der Verstorbenen hineinzuversetzen. Es gehört vielleicht die verhängnisvolle Kunst des Nachahmens dazu und viel Selbstverzicht auf Originalität. Was im Schöneberger Rathaus gezeigt wird ist durchweg gute Arbeit. Man sieht Kopien von bekannten Werken von Murillo Goya, Rembrandt, Liotard, Botticelli, Raffael, Hals, Dürer usw., deren Originale teils in Madrid, Rom, München, Paris, Florenz und Berlin hängen. Technisch stellen diese Kopien oft Meisterwerke dar und der Ausdruck

„Ein typischer Wohnungswucherer.“

Wieder ein Fall Rudolph.

In unserer Sonntagsnummer berichteten wir über den Hausbesitzer Willi Rudolph aus der Koloniestraße 124, der wegen Wohnungswucher zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. „Eine Seele von Mensch“ nannten wir ihn, und das ist er in der Tat. Gestern stand er wieder vor Gericht, weil er einem seiner Mieter einen ungebührlich hohen Mietzins abgefordert hatte. Allerlei Dinge, die sicher auch die zuständigen kommunalen Behörden interessieren werden, kamen dabei ans Tageslicht. Für 25 Wohnflächen, frühere Pferdebeställe, die im ganzen von ungefähr 40 Personen bewohnt werden, sind nur zwei Klosetts und drei Wasserleitungen vorhanden. Als Rudolph am Sonnabend nach seiner Verurteilung nach Hause kam, brüllte er wie ein Wilder aus dem offenen Fenster heraus: „Ihr Wucherer, ihr Schweinehunde, ihr Lumpen, euch werde ich schon kriegen!“ und erging sich in ähnlichen Unflätigkeiten. Am Sonntagmorgen wies er das halbgelähmte Töchterchen des geizigen Klägers mit rohen Schimpfworten vom Hofe.

In dem Fall selbst, der gestern zur Verhandlung stand, befaßten beide Sachverständigen auf Grund genauerer, für den Angeklagten denkbar günstiger Berechnungen, daß Herr Rudolph für die gemietete Wohnung noch immer 16 Prozent zu viel

Miete verlangt hat. Rudolph selbst versuchte sich auf alle erdenkliche Art herauszureden. Sein Vermögen von 35.000 M., so sagte er, bräuhete ihm keine Zinsen, bei dem Haus butiere er zu, und in seinem Radiogeschäft verdiene er auch nichts. Verwundert fragte ihn der Vorsitzende: Ja, wovon leben Sie denn eigentlich? Aus der Verhandlung ergab sich freilich, daß sich sein Haus allein mit 15 Prozent verzinst. Im Gegensatz zu beiden Sachverständigen stimmte einzig die Schätzung des Rieteinigungsamtes mit der Forderung Rudolphs überein. Der Sachverständige Böhmte freilich legte an Hand von Beispielen dar, daß sehr viel bessere Wohnungen in der gleichen Gegend billiger vermietet würden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ging mit dem Angeklagten scharfes Gericht. Er nannte ihn, „wenn es auch hart klingen möge, einen typischen Wohnungswucherer“ und beantragte eine Geldstrafe von 250 M. Das Schöffengericht bedingte verurteilte Rudolph zu 150 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß, wenn auch der Fall nicht so schwer läge, wie der am Sonnabend verhandelte, doch ohne Zweifel Wohnungswucher vorläge.

Wann endlich wird solchen Vampiren der Großstadtwohnung, unter deren Treiben gerade die ärmere Bevölkerung zu leiden hat, das Handwerk wirklich gelegt werden können?

Gegen den Reichsschulgeseztwurf!

Der Sozialistische Kulturbund veranstaltet am Sonntag, dem 16. Oktober, 11 Uhr, im Berliner Rathaus, Königsstr. (Bürgeraal), eine

große Protestkundgebung

mit der Tagesordnung:

„Der Reichsschulkampf.“

Redner: Reichstagsabg. Alwin Saenger, München / Landtagsabg. Dr. Hildegard Wegscheider, Berlin / Oberstudienrat Dr. Kawerau, Ludwig Diederich. — Daneben sprechen Vertreter der Gewerkschaften, der Angestellten und Beamtenverbände, der Elternvereine, der Kinderfreunde und anderer Organisationen. — Die Veranstaltung wird umrahmt von Gesängen eines Kinderchors.

Arbeiter, Angestellte, Beamte erscheint in Massen!

Ist gut getroffen. Ein Rundgang durch die Ausstellung hat soviel Beschauliches an sich, wie man es selten heute findet. Die Not der Kopisten ist unbeschreiblich, es sind wohl viele unter ihnen, die „stempeln“ gehen, um nur die Farben kaufen zu können. Die neuen Innenarchitekten lehnen jede Bildbelleidung der Wände ab, wenn man aber nicht unbedingter Anhänger dieser Theorien ist, sollte man doch wirklich manchen Farbendruck erleben, und warum dann nicht mit Kopien alter Meister, die von Menschen unserer Zeit nachgeschaffen worden sind mit Liebe und Können.

Der Kavalier von Sansfouci.

Er wollte Geld für ein Rosenbüschchen.

Einen bösen Reinfall erlebte eine junge Hamburgerin, Frau B., auf einem Ausflug nach Potsdam, den sie am 30. Juli unternahm. Die Dame besuchte auch den Park von Sansfouci, und plötzlich erlunte es neben ihr: „Gestatten, Dr. Berg“. Der Herr erbot sich, die Schönheiten von Sansfouci genauer zu erläutern. Die Dame nahm an, und nachdem das Pärchen einige Stunden sich im Park ergangen hatte, folgte auf einer Wärmorbank ein Rosenbüschchen. Bald war der schöne Sommerabend in Sansfouci zu Ende, und beim Auseinandergehen versprach der Herr Doktor, recht bald zu schreiben.

Ein Mann, ein Wort! Schon nach einigen Tagen erhielt die junge Frau in Hamburg einen Brief, in dem sie Dr. Berg aufforderte, umgehend 300 Mark postlagernd unter H. B. nach Potsdam zu senden, andernfalls werde er ihrem Gatten von dem Schäferbüschchen in Sansfouci Mitteilung machen. Frau B. übergab die Angelegenheit klugerweise der Polizei, und diese fand einen fingierten Brief nach Potsdam. Dort wurde ein Kriminalbeamter am Schalter mehrere Tage lang aufgestellt, und dann kam ein Herr, der nach dem betreffenden Brief fragte. Der Polizeibeamte sagte zu, und der Herr Doktor entpuppte sich als ein 26-jähriger Kaufmann Max Fischbach aus Potsdam.

Gestern stand er wegen versuchter Erpressung vor dem Potsdamer Schöffengericht. Der Angeklagte gab die Tat zu, will aber aus momentaner Not gehandelt haben, zumal er Frau und zwei Kinder zu ernähren hat. Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen Gefängnis, das Schöffengericht unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Dr. Wermuth erkannte auf einen Monat Gefängnis bei einer Strafaussetzung von drei Jahren. Die Strafaussetzung wurde ausgesprochen, da das Gericht annahm, daß die Tat aus Not und Leichtsinne begangen worden sei. Dem Angeklagten wurde eine Geldbuße von 300 Mark auferlegt, die in monatlichen Raten gezahlt werden darf.

Achtet auf eure Kinder!

Das zwei Jahre alte Söhnchen des Kraftwagenführers M., der mit seiner Familie in einer Laubentlothe wohnt, hat gestern einen traurigen Tod gefunden. Frau M. lochte für das Kind Milch ab und stellte den Topf auf den Küchentisch, vor dem der Kleine am Boden saß. Während sie sich dann umwandte, um die Stubenür zu schließen, erhob sich unversehens der Kleine, sochte nach dem Topf und rief ihn um, so daß sich der ganze heiße Inhalt über seinen Körper ergoß. Trotz ärztlicher Hilfe, starb er im Königin-Elisabeth-Hospital.

Nachlese.

Man schreibt uns: Ein Waldspaziergang mit dem Durchblick auf das glühende Wasser eines unserer fließenden Seen ist gemäß köstlich. Der schöne Waldbestand hinter dem Freibad Tegeler, gegenüber der Schulinsel Scharienberg, ist jetzt eine solche Stätte des Entzückens. Rein — er könnte dies sein, wären ihm nicht die Spuren der Waldschänder nur allzu deutlich aufgezwungen! Papierreihen ohne Zahl, von Regenschauern verworfen, dann von der Sonne wieder geteilt und gebärtet, in allen Größen und Formen, wohl auch von Zeitungen aller Richtungen abgerissen — das unterbricht, deckt und schändet auf weite Strecken die stadtmüde Welt und so noch kostbarer Schönheit des Waldgrasbodens. Die Freude des Entzückens wandelt sich in Empörung und Ekel gegen solche „Mitbürger“, die jetzt noch, nach jahrelanger unangesehener Wohnung in Schule, Presse und — vernünftigen — Elternhaus immer noch nicht wissen, daß man im Walde nichts wegzumerken hat. Oder es sind Menschen, die nicht anders können, als ihre Raubart an wehrlosen Objekten auszulassen. Bildeten doch alle anständigen Berliner einen freiwilligen Waidwächter zur Bewahrung unserer Wälder vor schändlicher Verwüstung!

Sternwarte Teplitz. Karten zum Vorkaufspreise von 60 H. sind im Bureau des Vorkaufspreises auszuweisen zu haben. Die Karten gelten für alle Plätze in einem beliebigen Zim- oder Tischlootort.

Die deutschen Flieger wieder gelandet.

In Wilhelmshaven und bei Lissabon.

Ueber den Ozeanflügen scheint kein guter Stern zu stehen. Nachdem die Insassen der „American Girl“ des Flugzeugs von Mij Elders, wie an anderer Stelle des Blattes mitgeteilt, auf dem Ozean treibend, geborgen werden konnten, ist auch dem deutschen Heinkel-Flugzeug D 1220 nach der gestrigen Panne schon wieder ein neues Malheur passiert. Ein Telegramm aus Wilhelmshaven meldet:

Das Ozeanflugzeug D 1220 überflog gestern mittag kurz nach 12.30 Uhr die Inselstadt Wilhelmshaven und Küstingen. Nach einem Schlenker landete das Flugzeug an der Seefliegerabteilung. Da aber heftiger Seegang herrschte, war es nicht möglich, an dieser Stelle das Flugzeug zu halten. Daraufhin wurde den Piloten ein günstiger Platz im Binnenhafen angewiesen. Nach kurzem Aufenthalt an der Seefliegerabteilung erhob sich das Flugzeug wieder und flog an den Westhafen, wo es niederging. Die Landung erfolgte glatt. Sofort nach der Landung wurde der Anker geworfen, und die Flieger begaben sich auf das Gelände der Wilhelmshavener Schiffswerft und Marine-Bauanstalt, um sich mit Barnemünde telephonisch in Verbindung zu setzen. Kurz nach der Landung des Flugzeuges trafen zwei Marineoffiziere ein, begleitet von Mannschaften, die für die Absperzung des Geländes sorgten. Das Flugzeug liegt in einem versteckten Winkel des Hafens. An Bord war der Funker tätig, der an der Radioanlage Reparaturen vornahm. Die Flieger, die sich zurzeit noch auf dem Westgelände befinden, lehnen jede Auskunft darüber ab, wann der Weiterflug angetreten werden soll.

Wie wir erfahren, ist die Landung der D 1220 in Wilhelmshaven, darauf zurückzuführen, daß der Rührerdiesel sich als noch nicht ganz behoben herausstellte und erst eine vollständige Instandsetzung erforderlich ist.

Maschinendefekt bei D 1230.

Lissabon, 13. Oktober.

Das deutsche Flugzeug D 1230 ist heute gestartet, mußte aber nach der Ueberfliegung Lissabons wegen Maschinestörung wieder landen. Wie dazu ergäbend gemeldet wird, hat einer der Motoren schlecht gearbeitet, weil die elektrische Zündungsanlage durch die gefrigen schweren Regenschläge beschädigt ist.

Schwarzrotgold in Kopenhagen.

Von einem Teilnehmer an dem Fußballwettkampf in Kopenhagen gehen uns folgende Zeilen zu: „Mit den Ueberchriften „Sie lehnen im Ausland die Reichsflagge ab. Würdevolligkeiten bürgerlicher Sportler“ wurde (in der 1. Beilage zur Morgenausgabe des „Borwärts“ vom 3. Oktober 1927) ein sachlich nicht zutreffender Artikel eingeleitet. Es wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Vertreter des Deutschen Fußballbundes in Kopenhagen beim Länderkampf Deutschland-Dänemark ausdrücklich verlangt hätten, daß nicht die schwarzrotgoldene Fahne, sondern die grünweiße Vereinsfahne des Deutschen Fußballbundes gezeigt werde. So kam es, daß zum erstenmal in Kopenhagen ein Fußball-Länderkampf ausgetragen wurde, bei dem nicht die Farben des Landes der auswärtigen Gäste gezeigt werden, usw.“ — Ich war selbst Teilnehmer der Expedition und bin daher orientiert. Der Artikel enthält mehrere Irrtümer. 1. Am Stadionsgebäude war die schwarzrotgoldene Fahne, am Eingang die deutsche Handelsflagge aufgehangen, und nur auf dem Spielfeld selbst wehte die grünweiße Flagge des Deutschen Fußballbundes. 2. Wir am Vormittag zum Stadion kamen, war bereits gelagert — mit Ausnahme der Bundesfahne — und es ist niemand eingeleitet, irgendwelchen Anstoß daran zu nehmen. Von einer Ablehnung der Reichsflagge kann daher keine Rede sein.“

Wieder Erdstöße in Oesterreich.

Wie die meteorologische Anstalt mittelte, ist gestern um 5 Uhr 32 Minuten früh wieder ein leichtes Erdbeben festzustellen gewesen, das in einigen Bezirken deutlich wahrgenommen werden konnte. Bei der meteorologischen Zentralstelle sind auch vom Semmering Nachrichten eingetroffen, denen zufolge gegen 5 Uhr 20 Minuten früh an verschiedenen Stellen des Semmeringgebietes Erdstöße gespürt wurden, die keinerlei Sachschaden verursachten.

Eine neue Rheinbrücke.

Gestern wurde die neue Rheinbrücke Duisburg-Hochfeld-Rheinhausen in Anwesenheit des Präsidenten der Reichsbahndirektion ohne besondere Feierlichkeiten dem Verkehr übergeben. Die Brücke vermittelt den Verkehr zwischen dem Ruhrgebiet und dem linken Rheinufer nach Krefeld, Lachen und Holland. Der ursprüngliche Plan, den Personen- und Güterverkehr getrennt auf je einer zweigleisigen Brücke über den Rhein zu leiten, scheiterte an den Bestimmungen des Versailler Vertrags. Die Genehmigung zum Brückenbau wurde durch die Besatzungsmächte nur unter der Bedingung erteilt, daß die alte Brücke, die dem starken Verkehr nicht mehr gewachsen war, sofort nach Fertigstellung der neuen Brücke abgedeckt würde. Die neue Brücke hat mit der Eisenkonstruktion und den Flußbrücken eine Gesamtlänge von 935 Meter und kostete 8 Millionen Mark.

Eine tschechische Schule für ein Kind.

Während in den deutschen Schulen noch immer über 60 bis 70 Kinder in jeder Klasse sitzen, hat der deutsche Dr. Annathal bei Schüttenhofen jetzt eine tschechische Schule erhalten. Sie hat einen Lehrer und sage und schreibe ein Schulkind. Weil dieser Standa aber doch zu groß ist, hat sich der tschechische Verein nach Prag gemeldet, damit von dort Weisheitskinder der Schule überwiesen werden. Der überall sonst gelübte Versuch, deutsche Kinder der Schule zuzuführen, glückte nicht.

Streik im Delgaswerk Pintsch.

Wie schon kurz gemeldet, befindet sich die Belegschaft des Delgaswerks Pintsch, das auf dem Gelände der Deutschen Reichseisenbahn (Betriebsbahnhof Berlin-Rummelsburg) liegt, seit dem 12. Oktober im Streik.

Seit 1 1/2 Jahren betreibt die Firma Julius Pintsch, Berlin, Andreasstraße 70/71, in vierzig verschiedenen Eisenbahnknotenpunkten Deutschlands Delgaswerke. In diesen Werken wird aus Teer das Gas für die Beleuchtung und Beheizung der Eisenbahnwaggons für die Deutsche Reichseisenbahn hergestellt. Die Arbeiter dieser Werke sind an Zahl sehr gering und schwanken zwischen drei bis fünfzehn Beschäftigten. Im Delgaswerk Rummelsburg werden zurzeit dreizehn, im Winter bis achtzehn Personen beschäftigt. Solange die Arbeiter der Organisation fernblieben, herrschten hier Zustände, die jeder Beschreibung spotteten. Bis März d. J. wurden in dem Werk stündlich bis achtzig Stunden wöchentlich gearbeitet. Zwischen den Wechseln von der Nacht- zur Morgenschicht lagen nur sechs Stunden Ruhe. Das Entleeren von Reingaskästen, eine der ungesundesten und gefährlichsten Arbeiten der Gasbetriebe überhaupt, wird ausnahmslos nur Sonntags besorgt, weil man sonst mit der geringen Arbeiterzahl nicht auskommt. Alle Hinweise auf die Unfallverhütungs- und gewerbeärztlichen Vorschriften verhallen, weil das Werk auf dem Eisenbahngelände liegt und unter der Aufsicht der Eisenbahn steht, vielmehr stehen soll.

Um dieser kurz angeführten Mißstände Herr zu werden, schlossen sich die Arbeiter dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Branche Gaswerke, an. Seit April d. J. versucht nun die Organisation das Arbeitsverhältnis tariflich zu regeln. Im Laufe der Zeit waren drei Sitzungen vor dem Schlichtungsausschuß und jedesmal wurde die Angelegenheit von dem Beauftragten der Firma Pintsch, Herrn Biese unter den fadenscheinigsten Gründen verschleppt. Als nun die Arbeiter auf Grund der jetzt herrschenden Teuerung 15 Pf. Lohnzulage pro Stunde verlangten, erklärte man schiantweg, mit der Organisation nicht zu verhandeln.

Die Löhne, die augenblicklich für diese gesundheitschädliche Arbeit gezahlt werden, schwanken zwischen 80 und 95 Pf. pro Stunde. Sie liegen um 10 bis 15 Pf. unter den Löhnen gleicher Kategorien der Berliner Gasarbeiter. Am Mittwoch wurde noch einmal von der Arbeiterchaft versucht, zu Lohnverhandlungen zu kommen. Sie wurde von der Firma dahin beschieden, sich drei bis acht Tage zu gedulden. Inzwischen wollte man versuchen, hinter dem Rücken der Organisation der Arbeiter mit anderen Organisationen eine Regelung zu treffen. Diese Niederlegung führte dazu, daß die Arbeiter die Arbeit geschlossen niederlegten. Die Kolonnenarbeiten wurden solange verrichtet, bis sie von den Ingenieuren der Firma Pintsch, die jetzt Hausmeisterdienste leisten müssen, übernommen wurden.

In der organisierten Arbeiterchaft Berlins liegt es, dafür zu sorgen, daß, wenn auch die Belegschaft klein ist, der Herr-im-Haus-Standpunkt der Firma Pintsch ein für allemal überwinden wird. Es wird deshalb gebeten, Arbeitsannahme auf dem Delgaswerk zu verhindern.

Zur Lohnbewegung der Eisenbahner.

Mehr Leistung — mehr Lohn!

Die Verhandlungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit den Tarifkontrahenten zur Neuregelung der Löhne werden am kommenden Dienstag wieder aufgenommen. Die Reichsbahngesellschaft hat sich etwas lange Zeit gelassen, bis sie sich bereit erklärte, sich abermals zusammen mit den Eisenbahnergewerkschaften an den Verhandlungen zu setzen. Die Eisenbahner warten mit Ungeduld darauf, daß die Reichsbahngesellschaft in der Lohn-erhöhungsfrage endlich Laten sehen läßt.

Die glänzende Geschäftslage der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die nicht allein auf die Konjunktur der deutschen Wirtschaft zurückzuführen ist, wurde vor allem erst dadurch möglich, daß sich das Personal zu Arbeitsleistungen bereit fand, die weit über der Normalleistung lagen. Die letzte Lohnregelung im April d. J. brachte jedoch den Eisenbahner keinen Ausgleich für die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung und keine Bezahlung dieser Mehrleistung.

Im Geschäftsbericht der Gesellschaft vom Jahre 1926 kann man nachlesen, daß „der Mehrertrag in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres Höchstleistungen verlangte und an Arbeiter und Beamte hohe Anforderungen stellte. Ihrem Arbeits-eifer und ihrer Pflichtigkeit ist es gelungen, diese Anforderungen zum Wohl der deutschen Wirtschaft und damit auch unseres Unter-nnehmens zu erfüllen“. Im Juli 1926 wurden zusammen 3 475 000 Wagen gestellt und die damit direkt oder indirekt zusammenhängende Arbeit wurde von 714 066 Arbeitern und Beamten erledigt. Auf den Kopf der Belegschaft umgerechnet, ergibt sich eine monatliche Leistung, die mit der Bestellung von 4,87 Wagen zusammenhängt. Eine solche Leistung ist nach den Ausführungen der Gesellschaft nicht etwa die Norm, sondern nur durch außerordentlichen Arbeits-eifer und hohe Pflichtigkeit möglich gewesen. Im Juli des laufenden Jahres mußten 3 905 000 Wagen gestellt werden. Ein Personal von 726 250 Köpfen war für die damit verbundene Arbeit erforderlich. Das sind pro Kopf und Monat 5,38 Wagen — eine Steige-rung gegenüber dem Juli des Vorjahres von 10,5 Proz. Im

August waren noch höhere Arbeitsleistungen zu verzeichnen. Für 4 059 000 gestellte Wagen waren 727 782 Arbeiter und Beamte vorhanden. Das ist eine Arbeitsleistung von 5,58 Wagen pro Kopf und Monat oder eine Steigerung von 14,6 Proz. Waren die Leistungen des Vorjahres nach der Auffassung der Gesellschaft bereits Höchstleistungen — wie bezeichnet man dann die erheblich höheren Leistungen in diesem Jahr?

Für die Gesellschaft ist es bequem und billig, die Bereitwilligkeit des Personals zu Mehrleistungen im Geschäftsbericht lobend zu erwähnen. Damit ist jedoch den Eisenbahner nicht gedient. Zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft haben sie erheblich höhere Löhne nötig; denn die bisherigen Löhne wurden immer erst dann erhöht, wenn die Preise für Lebensmittel und die Wohnungsmieten schon längst gestiegen waren.

Die Reichsbahngesellschaft muß endlich aufhören, sich taub zu stellen, und die Empörung der Eisenbahner als Nachwert der Organisations zu bezeichnen. Die Stimmung unter den Eisenbahner ist mehr als kritisch. Die Gesellschaft hat es in der Hand, durch eine anständige Aufbesserung der Löhne, die sowohl die Teuerung als auch das erheblich gesteigerte Arbeitstempo innerhalb der Betriebe berücksichtigt, die Wogen der Empörung zu glätten. Sie ist nach dem glänzenden Abschluß-ergebnis der ersten neun Monate dazu durchaus in der Lage.

Die Lohnbewegung der Reichsarbeiter.

Der Reichsfinanzminister zur Aussprache bereit.

Der Reichsfinanzminister hat den Organisationen der Reichsarbeiter mitgeteilt, daß er bereit ist, sie zur Aussprache über die Lohnfrage zu empfangen. Ein Termin für diese Aussprache ist noch nicht festgesetzt. Hoffentlich läßt die Anderräumung des Verhandlungstermins nicht mehr lange auf sich warten. Die Verteuerung der Lebenshaltung wartet auch nicht.

Der Konflikt in den österreichischen Seisenwerken.

Die Arbeiterchaft der österreichischen Seisenwerke stimmte mit überwiegender Mehrheit einem Vermittlungsvorschlage zu und ermächtigte den Metallarbeiterverband auf dieser Basis einen neuen Kollektivvertrag abzuschließen. Auch in der Volkserammlung des Seisenwerkbundes wurde das Kompromiß angenommen, so daß Anfang der nächsten Woche die Arbeit wieder aufgenommen werden kann.

Arbeiter-sport.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin.

Eine neue Kinderabteilung eröffnet die Freie Turnerschaft Groß-Berlin heute, Freitag, 14. Oktober, in der Gartenstr. 107. Die Turnzeiten sind wegen der herrschenden Luthaltemperatur nur Freitags von 18-20 Uhr. Auch hier haben die Vorlesenden die Möglichkeit, ihre Kinder einem Verein anzuschließen, der anerkannter Weise sich der Jugend vorbildlich annimmt. In der gleichen Turnhalle turnen Männer und Jugend Montags und Donnerstags von 20-22 Uhr. Die Frauen- und Jungmädchenabteilung turnt Freitags und Sonntags von 20-22 Uhr in der Turnhalle Seidenstr. 17-18.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Samen für Sonntag, 16. Oktober. Des. 2. Ortsgruppe Neukölln: Sudow, Start 14 Uhr Bbl. Hermannstraße. — Ortsgruppe Altes Berlin: Ritten-walde, Start 13 Uhr Bismarckstr. 24. — Ortsgruppe Charlottenburg: 13. Okt., Start 18 Uhr am Couloisstr. 16. Okt. Pausen, Start Götterstr. 13. — Ortsgruppe Schöneberg: Jahnstr. 12. Start 14 Uhr Studen-tausch-str. 24. — Des. 21. Ortsgruppe Weindorfer: 1. Abt.: Durch die Jungfer-nbeide zum Waldsee. Start 13 Uhr Ruhleben-Waldsee. 2. Abt.: Fuchsjagd. Start 12 Uhr Antonienstr. 61. — Ortsgruppe Lichterberg: Fuchsjagd Wetzahn, anschließend Heringsessen bei Lohm, Jung, Ede Oberstr. Start 9 Uhr. — Ortsgruppe Pantow: Reichow-Ronnenstr. Start 8 Uhr Riffingstr. (Zugradbahn). — Ortsgruppe Weihen: Tiefensee. Start 8 Uhr Berliner Allee 264. — Ortsgruppe Stollau-Rummelsburg: Fuchsjagd im Marschner Waldsee, anschließend Heringsessen, Türschmidtstr. 40.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien.

Ortsgruppe Berlin: Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr, Capharn-Lager, Wein-meierstr. 16-17, Monatsversammlung. Vortrag: „Erfahrungen durch die Wälder und Sagenwelt nach naturgeschichtlichen Grundfragen“. Referent Hr. Wendel. Gäste willkommen. — Abt. Charlottenburg: Freitag, 14. Oktober, 20 Uhr, Eprecht, 20. Vortrag: „Eben Richter“. — Abt. Babelsberg: Freitag, 14. Oktober, 20 Uhr, Reichenberg, 14. Oktober, 20 Uhr, Berlinstr. 15. Zusammen in der Markt, mit Bildern. — Abt. Kopenick: Freitag, 14. Oktober, 20 Uhr, Eisenstr. 4. — Abt. Weid: Sonntag, 16. Oktober, Pantow-Bismarck, Treffpunkt 7 Uhr Bbl. Hermannstraße. — Photogemeinschaft: Sonntag, 17. Oktober, 19 1/2 Uhr, Götterstr. 13. — Abt. Schöneberg: Sonntag, 17. Oktober, 20 Uhr, Götterstr. 13.

Hockeyspiele am 16. Oktober.

Gruppe A. Auf dem Andreas-Hofer-Platz in Pantow um 15.30 hat der VfB Pantow 1 den VfB. Nichte Welt 1 zu Gast. Die Spielstärke der Nichte-Welt-Mannschaft hat etwas nachgelassen. Doch dürfte es bei richtig verteilter Taktik zu einem knappen Sieg über Pantow langen. Jedenfalls ist von beiden, ein äußerst schönes Tempo liebenden Mannschaften, ein schöner Kampf zu erwarten und sicher das interessanteste Spiel des Tages. Im anderen Spiel treffen sich die Freie Turnerschaft Lichterberg 2, 1. und die Freie Turnerschaft Charlottenburg 1 um 10.30 in der Normannenstraße. Wir erwarten die technisch besseren Charlottenburger als Sieger. — Gruppe B. Um 10.30 in der Schönehauser Allee Pantow 1 zu Gast 1. und dürfte Roabli einen leichten Sieg haben. Um 15.30 Nichte 12, 1. in Lichterberg Sportler 1. Herausragender Sieger Lichterberg. Schwargenhof 1 spielen in Westend gegen Charlottenburg 2

und mögliche Sieger bleiben. — Gruppe C. Andreas-Hofer-Platz Pantow 2 1 Lichterberg Sportler 2 um 13 Uhr; Gruppe D um 9 Uhr in der Normannen-straße: Lichterberg 2: Nichte 13, 2. Jugendgruppe Charlottenburg: Pantow 2 in Westend. Frauengruppe: Pantow: Schwargenhof 14.30. Andreas-Hofer-Platz. Nichte 1: Lichterberg Sportlerinnen 14.30. Ullricher Allee. Charlottenburg: Schöneberg um 18 Uhr im Friedrichshagen. Ullricher Allee. Gegen Leipziger Mannschaften finden statt in der Normannenstraße 15.30 Uhr: VfB II: Leipzig-Bueren. Im Friedrichshagen um 14 Uhr Nichte 10 II: Leipzig-Ort II um 15.30 Nichte 10, 1.: Leipzig-Ort I. Die Leipziger Sportmannschaften haben sich weiter stark verbessert und dürften den Berlinern einen heißen Kampf liefern. Gegen Nichte 10 dürften beide Mannschaften der Götze gewinnen.

Fußball am Sonntag.

Von den wenigen zum Ausstieg gelangenden Serienspielen interessieren in erster Linie die Begegnungen zwischen Berlin 13 gegen Überbög (Göglitz, Reifingstraße) und die in Ludenwalde zum Ausstieg gelangenden Treffen Ludenwalde I gegen Ludenwalde II sowie Ludenwalde III gegen Teilm. Nach den bisherigen Ergebnissen zu urteilen, dürften die Mannschaften die besten Gesamtergebnisse haben, doch besonders in Ludenwalde sind schon des öfteren Ueberraschungen zustande gekommen.

In den Gesellschaftsspielen, die diesmal stattfinden — am nächsten Sonntag beginnt wieder überall der harte Kampf um die Punkte, um den Aufstieg — haben folgende Spiele auf dem Programm. Am Bahnhof Stralau-Rummelsburg (Anhalterstraße) hat Lichterberg 1, Nichte Gesamtbeurteilung einen guten zweifelhafte Verein zu Gast, der sich nur schwer bezwingen lassen wird. Borussia weilt in Spandau und dürfte so hier genau so werden. Oranienburg spielt gegen Nichte 20, Amateure gegen Antonia 10 (Ecke Schönehauser Allee), Sportia gegen Pantow (Lichterberg, Bismarckstr.), Lichterberg II gegen VfB, Eterna gegen Antonia 10, Birken-merker gegen VfB, Bismarck, Teilm gegen Hennigsdorf (Hinterholz), Rathenow gegen Woltersdorf Ludenwalde, Union gegen Weihen (Lichterberg, Bismarckstr.), Gestal gegen VfB, 2. Minerva gegen Adler 13 (Bismarckstr.), Berlin gegen Altes Berlin, Sportia Weid gegen Pantow 08. Beginn der Spiele (von um 15.30 Uhr, vorher unsere Mannschaften). Lichterberg 1 gegen Nichte-Gesamtschau. Am Sonntag, 16. Oktober, 13 1/2 Uhr, 1. und 2. Mannschaft, VfB. Anhalterstraße in Lichterberg.

Handballspiele am 16. Oktober.

In der 1. Gruppe stehen sich Roabodorf und Neukölln 2. Abt. in Roabodorf-Schönehauser Straße, gegenüber. In der 2. Gruppe spielen Köpenick um 19 Uhr Oster in Köpenick um 11 1/2 Uhr; Lichterberg 3 gegen Roabodorf um 19 Uhr in Friedrichshagen, Treptowallee; Nichte 8 gegen Roabodorf um 18 Uhr in Luden-walde, Sommerstraße; Roabodorf gegen Roabodorf-Sportler gegen Nichte 7 um 16 Uhr in Friedrichshagen, Treptowallee; Nichte 3 gegen Neukölln 2 um 18 Uhr in Baumgartenweg. In der 4. Gruppe spielen VfB, gegen Nichte 16 um 18 Uhr in Roabodorf. Die 5. Gruppe tritt zwei der wichtigsten Spiele vor: VfB-Berlin-Weid gegen Schöneberg um 19 Uhr in Reinickendorf, Schönehauserstraße, und gegen Nichte-Roab 1 um 19 Uhr in Teigel, Graf-Röder-straße 10. In der 6. Gruppe spielen Schöneberg-Sportler gegen Weidenburg-Sportler 11 1/2 Uhr in Schöneberg, Tominiestrasse, und Nichte 2 gegen Roabod 1 um 14 Uhr in Ludenwalde, Sommerstraße. — An Frauenspielen finden statt: Ludenwalde gegen Schwargenhof in Ludenwalde; VfB, gegen Lichterberg 1 um 15 Uhr in Teilm, Kreuzallee; Lichterberg 2 gegen Neukölln 2 um 15 Uhr in Lichterberg, Götze; Spandau gegen Nichte 4 um 15 1/2 Uhr in Spandau, Falkenhagener Chaussee; Altes Berlin gegen Nichte 9 um 15 Uhr in Altes Berlin, verlängerte Heidestraße; Schöneberg gegen Roabod 1 um 15 1/2 Uhr in Teigel, Graf-Röder-straße; Groß-Berlin-Weid gegen Nichte-Roab 1 um 14 1/2 Uhr in Reinickendorf, Schönehauserstraße, und Nichte 22 gegen Nichte-Roab 1 um 15 Uhr in Ludenwalde, Sommerstraße.

Mannschaftskämpfe 1927/28.

Sonntag, 18. Oktober, 10 Uhr, nahmen die Weidmann des Berliner Arbeiter-Sportklubs in der 1. und 2. Gruppe ihren Aufbruch. Es spielen in der 1. Gruppe: Weihen 1-Ordnung 1, Seidenstr. 122 (Ede Götterstraße); Babelsberg 1-Ordnung 1, Kopenickstr. 10; Charlottenburg 1-Ordnung 1, Bismarckstr. 13; Humboldtstr. 1-Westend 1, Volkstr. 19. — 2. Gruppe: Westend II gegen Komet 1, Sophie-Charlotte-Str. 20; Köpenick II-Ordnung 1, Friedrichshagen 1, Schillerpark II-Kopenick-Roab II, Müllerstr. 20; Lichterberg III gegen Reinickendorf-Ordnung II, Götze, Ede Poststraße; Roabod II-Ordnung II, Götzestr. 20. — Westendturnier 2. Runde am Montag, 17. Oktober, im Raritätensaal, Landberger Str. 22, Hof 1. Tr.

Gemeinschaftsspiele Berlin-Weiden. Sonntag, 16. Oktober, findet der Kampf um die Gemeindefürsorge in Götze zwischen Berlin und Weiden statt. Die Berliner dürften die besseren Aussichten haben.

Westendturnier. Die Weidung veranstaltet Freitag, 14. Oktober, 20 Uhr, im Spielplatz, Landberger Str. 2, ein Propagandaspiel gegen Neukölln. Gäste willkommen.

Verchiedenes.

Begegnung. Einmal der interessantesten Spiele am Sonntag, 16. Oktober, ist das dritte Treffen des Bundesmeisters Bueren mit dem VfB. In Anbetracht der Gesamtbeurteilung heider Mannschaften ist es schwer, den Sieger festzustellen. Die Spiele finden in Lichterberg auf dem Normannenplatz statt und beginnen um 14 Uhr.

Jiu-Jitsu-Kursus. Die Sportliche Vereinigung Lichterberg-Friedrichshagen 04, e. V., eröffnet Montag, 7. November, Turnhalle Bürgerheimstr. 2, einen Jiu-Jitsu-Kursus. Rollen 5 Mk. Anmeldung an Kurt Ruth, Lichterberg, Heinrichstr. 15 II.

Arbeiter-Sport- und Kulturklub Charlottenburg. Freitag, 14. Oktober, 20 Uhr, Kartelldelegation im Heim, Leibnizstr. 2, Hof 1012.

1. Kreis, 1. Bezirk. Jubiläumsturnen des größten Sportvereins der Weidenschaft zum Vorjahrsabschluss: Dienstag, 18. Oktober, Lichterberg, Turnhalle Barlowe (Weidenstr. 10), Rabe Stadthof (Frankfurter Allee), Beginn 19 1/2 Uhr.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonnabend, 15. Oktober, 20 Uhr, Radtour Krummen See. Sonntag, 16. Oktober, 7 Uhr Krummen See-Schönehauser, 13 Uhr Spindlerfeld, Berliner Str. 15, Restaurant Bueren. Radfahrer dieses Tages. Start 1 Götze, Start Waldemarstraße, Ede Westendturnier.

Tennis-sport. Wie Freunde des Tennisports seien darauf aufmerksam gemacht, daß das kommende Wintertraining gerade den Anfangen beste Gelegenheit gibt, sich für die kommende Spielzeit theoretisch und technische Kenntnisse anzueignen. Die Tennisabteilung der Freien Turnerschaft Charlottenburg beginnt am 17. Oktober mit ihrem Wintertraining in der 13. Gemeindefürsorge, Charlottenburg, Fehlabstr. 40, 20-22 Uhr. Schriftliche Anfragen an Schulze, Charlottenburg, Schloßstr. 16.

25 Jahre Sport-Club Teufel. Aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens veranstaltet der SC. Teufel Sonntag, 16. Oktober, 15 Uhr, in den Geländebänken der „Waldstraße am Weidenbäumen“, am Friedrichshagen 20, eine große Sportvorstellung, verbunden mit Kamerewahl.

Quartiere für Kinderwettläufer. Weiden-Weiden. Sonntag, 16. Oktober, 16 Uhr, Mercedes-Platz, Neukölln, Hermannstr. 212/14. Ullricher Allee, auch solche, die sich erst nach zur Aufnahme ausmünderter Gäste entschließen wollen (Nacht vom 15. zum 16. Oktober), werden gebeten, sich am Sonnabend-abend ab 8 (20) Uhr im Sammelklub, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, sonders Abholung der Gäste einzufinden.

Der Alltag wird zum Feiertag bei einer guten, milden

SALEM

ZIGARETTE,

in allen Volkskreisen wohlbe-kannt und hochbeliebt.



Vortrefflich bis zum letzten Zug!

Von 2 Mark an wöchentlich. Teilzahlung liefert

Elegante Herren-Garderobe

fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung, nur Qualitätsware eigener Herstellung

zu konkurrenzlos billigen Preisen

Maßschneiderei J. Kurzberg

Oranienstraße 160, 1

und Chausseestraße 1 (Eingang Eisässer Str.)

Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

Zwischenbilanz zur Ferngasfrage.

Öffentliche und private Organisationskonkurrenz.

Die Ruhrzechen sind vom Programm zur Tat übergegangen. Sie suchen in ihrem Kampf für die kalte Privatisierung der bisher öffentlichen Gaswerke mit allen Mitteln den Eindruck zu erwecken, als ob sie Erfolge erzielt hätten. Die Städte stehen nicht nur auf der ganzen Linie in erfolgreicher Abwehr; sie organisieren selbst die Ferngasversorgung. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht auf eine objektive Darstellung des gegenwärtigen Standes der Dinge.

Berlin und die Gebiete an der Wasserfront sehnen die Pläne der Ruhrindustrie nach wie vor ab. Anders liegen die Verhältnisse in der

Provinz Westfalen.

Die Städte Dortmund, Bochum, Bitten, Herne, Gelsenkirchen und Münster haben schon lange keine eigenen Gaswerke mehr im Betrieb, sondern nur eigene Gasverteilungsanlagen. Das zur Verteilung kommende Koksengas wird von den Zechen Krupp, Voithring, Gelsenkirchner Bergwerks-A.G., König Ludwig, Raddob und anderen bezogen. Die Städte Hagen und Soest haben neben eigenen Gaswerken Ferngasbezug. Als Lieferant kommt hier in Frage die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H., Dortmund. Von den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen werden außerdem noch 30 Städte und Landgemeinden mit Gas versorgt. Die VEW erzeugen das Gas auch nicht selbst, sondern sind bloß Zwischenhändler und beziehen das Gas von Krupp, Voithring, Graf Schwerin, Deutsch-Luxemburg (Vereinigte Stahlwerke), Gewerkschaft Westfalen, Thyssensche Gasgesellschaft, Hamborn ufm. Die VEW sind Eigentümer der Zechen Alte Haase, Gottes Segen und Karoline. Aus diesem Grunde sind auch Verhandlungen mit der A.G. für Kohleverwertung über ein Zusammengehen eingeleitet worden. Die VEW sollen sich in einem neu abzuschließenden Vertrage verpflichten, das von ihnen für ihr Versorgungsgebiet weiter benötigte Gas, soweit es nicht schon von den genannten Zechen geliefert wird, in Zukunft nur noch von der A.G. für Kohleverwertung zu beziehen. Die A.G. für Kohleverwertung will die VEW in ihrem bisherigen Versorgungsgebiet als alleinige Verteilergesellschaft anerkennen.

Der Landeshauptmann der Provinz Westfalen hat dann den Plan gefaßt, die Provinz Westfalen zu einer einheitlichen Gasverteilungsgesellschaft zusammenzufassen. Die A.G. für Kohleverwertung sollte bei Bildung der neuen Gesellschaft ausgeschlossen werden. In einer Besprechung am 21. Juli in Dortmund ist die A.G. für Kohleverwertung von ihrem ursprünglichen Standpunkt, wonach sich die Provinz Westfalen verpflichten soll, die gesamten von der Provinz Westfalen benötigten Gas Mengen ausschließlich von der A.G. zu beziehen, abgekommen. Am 11. August 1927 ist dann auf kommunaler Basis die Gründung einer „Ferngasversorgung Westfalen G. m. b. H.“ erfolgt. Die Kapitalbeteiligung ist folgende:

Provinz	20 Proz.
Kreisfreie Städte	15 „
Kreisangehörige Städte	5 „
Landkreise	15 „
Landgemeinden	5 „
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen	40 „

Die VEW ist ein rein kommunales Unternehmen. In welchem 31 Städte und Landkreise der Provinz Westfalen, außerdem die Stadt Barmen und der Kreis Lingen zusammengeschlossen sind. Gegenstand des neuen Unternehmens ist die Beschaffung, Fortleitung und Weiterverwertung von Ferngas. Der Abschluß eines Vertrages mit der A.G. für Kohleverwertung steht bevor.

Im östlichen Teil der Rheinprovinz

liegen die Verhältnisse ähnlich wie im industriellen Teil der Provinz Westfalen. Die Städte Essen, Barmen, Mühlheim, Reuß, Remscheid, Solingen und Siertrode haben seit Jahren nur noch Verteilerwerke und sind nicht Erzeuger. Die Städte Duisburg, Elberfeld, Oberhausen haben noch eigene Gasanstalten, beziehen aber außerdem Ferngas. Als Lieferanten für diesen Bezirk gelten Gewerkschaft Victoria, Mathias, König Wilhelm, Vereinigte Helene und Amalie, Augusti-Thyssen-Hütte-Hamborn, Zeche Osterfeld, Deutsch-Luxemburg, Bergwerk-Hütten A.G. und die Zechen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks.

Am 27. Juli 1927 hat eine Besprechung der kreisfreien Städte, Landräte, kreisangehörige Städte, Landgemeinden, Oberpräsidium und Regierungspräsidenten der Rheinprovinz stattgefunden (ohne Bezirk Leier, der eine Gasversorgung vom Saargebiet plant). Der Landeshauptmann hielt die Gründung einer Gesellschaft für Ferngasversorgung der Rheinprovinz für notwendig, ohne daß die beabsichtigte Gründung der Gesellschaft keinerlei Monopol erstrebe. Es stehe den Gemeinden, welche glauben, durch unmittelbare Verhandlung besser zu fahren, frei, auch künftig ihr Gas zu beziehen, ohne Benutzung der Vermittlungsgesellschaft.

Hessen-Nassau.

Zum Studium der Gaslieferungsverhältnisse ist in Kassel vor Monaten ein Ausschuß gebildet worden. Direkte Verhandlungen mit der A.G. für Kohleverwertung sind seither nicht geführt worden. Die zwei größten Städte Kassel und Hanau wollen die Gruppengas-

versorgung auf kommunaler Grundlage ausbauen. Mit einer Reihe beteiligter Gemeinden sind die Verhandlungen zur Schaffung einer Gruppengasversorgung schon soweit gefördert, daß ein Vertragsabschluß erfolgen kann, sobald die Frage des Wegerechts geklärt ist. Es soll eine Interessengemeinschaft gebildet werden.

Für den Bezirk Nassau kommt ebenfalls eine Gruppengasversorgung in Frage. Die Verhandlungen gehen insbesondere von den Städten Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Höchst und Hanau aus. Im Rheingau ist bereits im Kleinen eine Gruppengasversorgung durchgeführt worden; ebenso hat Höchst eine umfangreiche Gruppengasversorgung ausgebaut, die schon ein erhebliches Gebiet umfaßt.

Hannover, Sachsen, Thüringen.

In der Provinz Hannover bestehen schon Gaswerke seit längerer Zeit, welche an umliegende Gemeinden Gas liefern. Von der Stadt Hannover ist eine Ferngasversorgung der engeren und weiteren Umgebung geplant. Die Provinz Sachsen hat zur Vorbereitung einer künftigen einheitlichen Gasfernversorgung Richtlinien aufgestellt, die für die Provinz und die Kommunalverbände bei der Freigabe von Straßen für Gasfernleitungen maßgebend sein sollen. Danach darf dem Unternehmer in den Verträgen mit den Gemeinden und mit Besitzern der zu benutzenden Straßen kein Ausschließlichkeitsrecht für die Durchführung von Rohren gewährt werden. Der Provinzialausschuß ist ermächtigt worden, den Provinzialverband an kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, welche der öffentlichen Ferngasversorgung dienen, zu beteiligen. Für Darlehen von derartigen Unternehmungen soll der Provinzialausschuß bis zur Höhe von 5 Millionen Reichsmark selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen. Von den bestehenden Ferngasversorgungsanlagen sind die beiden größten Rege im Besitz der Thüringer Gasgesellschaft. Weiterhin sind eine Anzahl Orte an das gemischtwirtschaftliche Gaswerk in Wittenberg angeschlossen. Der Continental-Gasgesellschaft gehört das Gaswerk Bad Sulza, an das ebenfalls eine Anzahl Orte angeschlossen sind.

Von der Stadt Erfurt, den Thüringischen Berken, der Provinz Sachsen und der Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig ist die „Großgaswerk Erfurt A.G.“ mit einem Grundkapital von 1 Million Reichsmark gegründet worden. An diesem Unternehmen ist die Stadt Erfurt mit 60 Proz. des Aktienkapitals beteiligt. Außerdem haben sich die obengenannten Unternehmungen zur Gasfernversorgung Erfurt A.G. mit einem Grundkapital von 500 000 M. zusammengeschlossen. Diese Gesellschaft soll das erforderliche Fernleitungsnetz ausbauen und die Gasabnahme übernehmen. Auf Antrag des Thüringischen Ministeriums für Inneres und Wirtschaft wurde ein Unterausschuß gebildet zum Studium der einheitlichen Ferngasversorgung Thüringens.

Bayern, Württemberg, Oberschlesien.

Der Bayerische Städtebund hebt auf dem Standpunkt, daß eine Gasfernversorgung vom Ruhrgebiet aus für die Städte und Gasabnehmer Bayerns nicht zweckmäßig ist. Der Städtebund empfiehlt den Ausbau der Gruppengasversorgung in Anknüpfung an die größeren kommunalen Gaswerke. Verhandlungen mit der A.G. für Kohleverwertung sind bisher von keiner Stadt geführt worden.

Eine rein kommunale Lösung des Fernversorgungsproblems wird in Württemberg versucht: Aufteilung in Großgasversorgungsbezirke. Gasversorgung in jedem Bezirk durch ein Hauptgaswerk, späterhin Verbindung der Hauptgaswerke untereinander durch direkte Leitungen.

Im Freistaat Sachsen wird die Gruppengasversorgung gefördert durch den Wirtschaftsverband Sächsischer Gemeinden, der neben keiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft der Gruppengasversorgung die Wege ebnet. Es besteht ein besonderer Ausschuß für Ferngasfragen, der durch Vertreter der A.G. Sächsischer Berke, des Finanz- und Innenministeriums sowie der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden zu einer staatl. kommunalen Arbeitsgemeinschaft für Ferngasversorgung ausgestaltet wurde. Daneben spielen die Thüringer Gasgesellschaft bzw. die von ihr abgezweigte Ferngasversorgung Ostschlesien A.G. eine Rolle, die aber in den letzten Jahren Staat und Gemeinden als Teilhaber aufnehmen mußten.

In Oberschlesien hat die Ferngasversorgung durch die Gruppengaswerke Fortschritte gemacht. Die Verwaltungen der Städte Beuthen und Hindenburg haben am 29. August einen Vortrag abgeschlossen, der die Gasversorgung der beiden Stadtgebiete regelt. Es ist eine Gesellschaft gegründet mit der Bezeichnung „Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg-Oberschlesien G. m. b. H.“. Es wird angestrebt, den Hindenburg aus das oberschlesische Gebiet zu einer Gruppengasversorgung zusammenzuschließen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Pläne der A.G. für Kohleverwertung bis jetzt, abgesehen von dem natürlichen Reichs-W Westfalen, nirgends durchzuführen waren. Im westfälischen Industriegebiet bestand schon vor Gründung der A.G. für Kohleverwertung keine kommunale Gasversorgung mehr. Die Arbeit der Gesellschaft dürfte sich wohl auch in Zukunft auf das Industriegebiet von Rheinland und Westfalen beschränken.

Deutsche Autos in Paris.

(Von unserem Sonderberichterstatter)

F. W. Paris, im Oktober.

Die gegenwärtig hier stattfindende 21. Internationale Automobil-Ausstellung, an der sich acht Länder, nämlich Amerika, Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Österreich und die Schweiz beteiligen, gibt einen interessanten Überblick über den internationalen Automobilbau. Am zahlreichsten ist naturgemäß die Industrie Frankreichs vertreten. Die französische Automobilindustrie erstreckt sich auf eine große Anzahl von Firmen, von denen mehrere weitaus höhere Produktionsziffern aufweisen, als man sie in anderen europäischen Ländern findet. In dieser Beziehung hat man sich auch in Frankreich die amerikanischen Herstellungskosten als Richtschnur dienen lassen, ist aber trotzdem seine eigenen Wege gegangen.

Das Automobil hat hier in Frankreich sich bereits in einem viel größeren Maße die Gunst der breiten Volksschichten erobert, als dies etwa bei uns in Deutschland der Fall ist. Das Interesse auch einfacher Volksschichten ist ein außerordentlich großes. Es drückt sich dies auch in dem außerordentlich starken Besuch des „Salons“ aus. Man hat hier erkannt, wie sehr doch das Automobil geeignet ist, ein Gebrauchsfahrzeug zu sein. Wie das Automobil immer größere Kreise anzieht, erhellt auch aus der Tatsache, daß sich der Bestand an Kraftfahrzeugen im Jahre 1926 (er wird mit etwa 580 000 Fahrzeugen zu veranschlagen sein) gegenüber dem Vorjahre (1925) um rund den vierten Teil vermehrt hat. Für das Jahr 1927 dürfte der Zuwachs noch größer sein. Wie sich der Bestand gehoben hat, so ist mit ihm gleichzeitig auch die Produktion gestiegen, die sich im Jahre 1926 auf annähernd 200 000 Fahrzeuge bezifferte. Es sind dies allerdings keine amerikanischen Zahlen; sie sind aber vor allem gegenüber Deutschland viel höher. Die Zahl der Automobilhersteller ist hier noch recht groß, dürfte aber mit der Zeit zurückgehen, da sich kleinere Firmen schließlich auf die Dauer doch nicht halten können.

Es werden hier recht gut aussehende Gebrauchswagen zu annehmbaren Preisen geliefert. Beispielsweise kommt die kleine vierstellige Limousine von Peugeot (mit etwa 4 steuerpferdigen Motor nach unserer Formel) auf etwa 3000 Fr. Citroen ist etwas teurer. Ebenso auch Renault, der hier sehr groß fabriziert und sich neuerdings auf den kleinen Sechszylindermotor verlegt hat, der schließlich doch auch unter den kleinen Wagen dem Vierzylinder den Rang ablaufen wird.

Nachdem man erstmalig auch wieder Deutschland auf dem Pariser Salon ausstellt, muß die Aufnahme die deutschen Firmen hier interessieren. Es wird den deutschen Erzeugnissen hier ein großes Interesse entgegengebracht. Wohl sind die ausgestellten Mercedes-Benz-Wagen nicht billig, aber im Hinblick auf den Namen, den diese Firma noch von der Vorkriegszeit her hier hat, werden sich auch hier wieder Liebhaber für ihre Wagen finden. Großes Interesse bringt man auch dem Hoch-Achtzylinder entgegen, der in keiner Klasse durchaus konkurrenzfähig ist und es auch ohne weiteres mit den Amerikanern seiner Klasse aufnehmen kann. Durchaus günstig steht das Geschäft für die deutsche Zubehörindustrie, die sich wieder allmählich gut einzuführen beginnt.

Wie es auf dem Gebiet des Motorrads aussieht, ist heute noch schwer zu sagen. Wohl sind die ausgestellten BMW-Motorräder hier nicht teurer als gute englische Maschinen; man darf aber nicht außer Acht lassen, daß das Motorrad in Frankreich in keiner hohen Gasse steht. Das Motorradfahren ist hier nicht entfernt so verbreitet wie in England und in Deutschland. Es haben zwar hier eine ganze Anzahl französischer Motorradfirmen ausgestellt, darunter sind jedoch nur verhältnismäßig sehr wenige neuzeitliche und vollendete Konstruktionen anzutreffen.

Bewegliche Konjunkturpolitik.

Zentralisierung und organisierte Verteilung der öffentlichen Aufträge.

Der „Vorwärts“ hat schon sehr frühzeitig, nach während des Arbeitsbeschaffungsprogramms diskutiert, auf die Bedeutung der organisierten Verteilung öffentlicher Aufträge für die Ausgleichung der Konjunkturen hingewiesen. Wie wir wissen, schweben auch im Reichswirtschaftsministerium größere Pläne, die Vergabe sämtlicher öffentlichen Aufträge in Deutschland zu systematisieren und die Aufträge, je nach der Konjunktur, einzufrieren oder zurückzuhalten.

Im Zusammenhang damit sind Nachrichten aus den Vereinigten Staaten sehr beachtlich, wonach man auch dort versucht, durch die konjunkturpolitische Bewirtschaftung öffentlicher Aufträge die Konjunkturerholung möglichst zu stabilisieren. Man kommt dazu wegen der, wie man meint, unerkennbaren Verschlechterung der geschäftlichen Lage in den Vereinigten Staaten. Dabei wird auch in den Vereinigten Staaten richtig erkannt, daß ohne eine zentralisierte Beobachtung und Verteilung der Aufträge das Ziel nicht erreicht werden kann. Wie auch in Deutschland, gehen drüben die Kommunen, Einzelstaaten und selbst die einzelnen Ressorts der Regierung bei der Vergabe der öffentlichen Arbeiten selbständig vor. Der Gedanke der konjunkturregelnden öffentlichen Auftragsvergabe ist zwar in Amerika nicht neu; man greift aber jetzt auf die früher schon vorhandenen Pläne zurück. So wird der noch nicht verwirklichte Plan zur Schaffung eines föderativen Departements der öffentlichen Arbeiten wieder aufgegriffen. Dem Departement werde eine jährliche Auftragssumme von über eine Milliarde Dollar zur Verfügung stehen, um entsprechend der Konjunkturlage die Durch-



bergen alle Energien einer gütigen Natur zu Wohlbehagen, Kraft und Schönheit, zum Aufbau aller Körperkräfte!

Sie sättigen und stärken wohlfeiler und nachhaltiger als eine essfertige Kost anderer Art und beseitigen jede geistige und körperliche Ermüdung.

Reichardt Sportkraft verjüngt und stählt den Körper!

führung der Arbeiten entweder zu beschleunigen oder sie auf einen geeigneten Zeitpunkt zu verschieben.

Auch in Deutschland können derartige Maßnahmen bald eine dringende Notwendigkeit werden, ganz abgesehen davon, daß sie eine Dauerbedeutung haben, selbst für die Preisbewegung in guten Konjunkturzeiten, die durch die zeitliche Verschiebung öffentlicher Aufträge nach unten beeinflusst werden könnte. Bei den Arbeiten, die die Reichsstellen zusammen mit den Ländern und Kommunen in Deutschland durchzuführen haben werden, wird auch ein Faktor zu beachten sein, der in den Plänen bisher vernachlässigt wurde. Das ist die Einschaltung der neugeschaffenen Arbeitsprovinzen, weil sich bei ihnen in vieler Hinsicht erst der Maßstab finden läßt, wie öffentliche Aufträge nicht nur zeitlich, sondern eventuell auch gebietlich zu verteilen sein werden.

Wieder 50 Millionen Dollar für die Landwirtschaft.

Die dritte Auslandsanleihe der Rentenbank-Kreditanstalt.

In New York wird jetzt eine 50-Millionen-Dollar-Anleihe für die deutsche Rentenbank-Kreditanstalt aufgelegt werden. Es ist das die dritte ausländische Großanleihe, die die Rentenbank-Kreditanstalt seit dem Jahre 1925 zur Finanzierung des landwirtschaftlichen Kreditbedarfs in New York auflegt. 1925 wurden 25 Millionen, später wurden 30 Millionen, jetzt werden 50 Millionen Dollar begeben. Ingesamt sind es 105 Millionen Dollar, also über 440 Millionen Mark, die die Rentenbank-Kreditanstalt vermittelt.

Die Anleihe ist mit 6 Proz. verzinslich, läuft 33 Jahre und wird mit 95 1/2 Proz. gezeichnet. 10 bis 12 Millionen Dollar werden für europäische Zeichnungen reserviert. (England, Holland, Schweden und die Schweiz.) Der Prospekt enthält auch einige Mitteilungen über die Gewinne der Rentenbank-Kreditanstalt im laufenden Jahre. Er bezieht sich in den ersten acht Monaten dieses Jahres auf 9,8 Millionen Mark gegenüber 13,6 Millionen im ganzen Jahre 1926.

Auslosungsrechte der Anleiheablosungsschuld. Am 10. Oktober fand eine Auslosung von Auslosungsrechten mit den bis Mitte August dieses Jahres ausgegebenen Nummern von 1 bis 60 000 statt. Gezogen wurden aus den beiden Serien von je 30 000 je 1000 Nummern. Bekanntlich wird der fünfsache Nennbetrag mit Zinsen für zwei Jahre abzüglich 10 Proz. Kapitalertragssteuer ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt zum 31. Dezember d. J. für Berlin bei der Reichsschuldenkasse, Dronienstraße 106/109, im übrigen bei den Reichsbankstellen. Das Ziehungsergebnis wird im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 12. Oktober und in der allgemeinen Verlosungstabelle (Grünberg-Schleifen) vom 15. d. M. bekanntgegeben, die von sämtlichen Sparkassen und Banken gehalten wird.

Allo doch nicht! Wir hatten die Meldung einer Berliner Korrespondenz wiedergegeben, wonach der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberlandhandels eine Aktion gegen die Vergrößerung der Zinsspanne durch die privaten Banken vornehmen wollten. Wir hatten uns darüber gefreut. Unsere Freude war umsonst; die Nachricht wird dementiert. Wir dürfen also feststellen, daß wir den großen Industrie- und Handelsorganisationen, obwohl sie über die Verteuerung des Kredits nicht genug jammern können, doch zuviel Vernunft und zuviel Mut zuge- traut haben. Sie mußen nicht gegen den Bankenwucher auf- sie kühnen!

„Standal im Braunkohlenbergbau“ — Berichtigung. Im vor- letzten Abschnitt unseres gestrigen Artikels „Standale im Braunkohlen- bergbau“ blieb ein störender Druckfehler stehen. Unterzeichner des mitteldeutschen Arbeitsberichts vom 20. September, der auch an den Standalen im Ostelbischen Sandbitol beteiligt war, ist nicht Herr Petzsch, sondern Herr Blaschke.

Die Frage der Strafmündigkeit.

Die Sachverständigen vor dem Strafgesetzausschuß.

Die gestrige Sitzung des Strafgesetzausschusses des Reichstages war der strafrechtlichen Behandlung der Jugend- lichen gewidmet. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Heraushebung der Strafmündigkeit auf das 16. Lebens- jahr, und die Einführung einer besonderen Altersstufe zwischen 15 und 20 Jahren. Zunächst wurden die drei Sachverständigen Professor v. Dühring, Professor Kramer und Landgerichts- direktor Franke gehört. Ihrer Vernehmung lagen die den sozial- demokratischen Anträgen entsprechenden Fragen zugrunde:

Abg. Saenger (Soj.)

nahm zu seinen Ausführungen das Wort: Heute sei undenkbar, was noch in den letzten Jahren in Preußen geschehen sei, daß ein Staatsanwalt eine Anklage wegen Brandstiftung gegen ein sechsjähriges Kind erhob. In Dänemark beginnt jetzt die volle Strafmündigkeit bei dem 21. Lebensjahr, in Finnland hore die Strafmündigkeit erst mit dem vollendeten 15. Jahre auf. Auch in Deutschland müße das Strafalter der Jugend heraufgehoben werden. Schon 1913 habe ein konservativer sich im Deutschen Reichstag für die Heraushebung des Jugendstraf- alters ausgesprochen und eine Grenze von 16 Jahren für diskutabel erklärt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen habe damals schon denselben Antrag gestellt, den die Sozialdemokraten jetzt stellen: Heraushebung des Strafmündigkeitsalters auf 16 Jahre. Mit dem 14. Lebensjahr verlässe nicht überall die Jugend die Schule. Oft geschehe das erst mit dem 15. oder 16. Jahre. Auch nach der Entlassung aus der Schule und dem Elternhause müße noch eine gewisse Zeit vergehen, bis Strafmündigkeit eintrete. Die Frage des Strafmündigkeitsalters der Jugend sei eine der wichtigsten Fragen des Strafrechts. Die Jugendlichen, die ganz besonders unter den sozialen Misländen, vor allem der Wohnungsnot und der Ausbeutung litten, müßten mindestens bis zum 16. Lebensjahr vor jeder Strafe geschützt werden.

Ministerialdirektor Bunte warnte vor einer einfachen Ueber- nahme ausländischer Gesetze, da der Reifegrad der Jugend in den verschiedenen Ländern verschieden sei, und auch die in den einzelnen Ländern möglichen Erziehungsmahnahmen nicht die gleichen seien.

Sachverständiger Professor v. Dühring:

Die Grenze der Strafmündigkeit muß auf das 16. Lebensjahr heraufgehoben werden. Das ist das mindeste, was notwendig ist. Eigentlich sei die Erhöhung auf das 18. Jahr das Gegebene. Die Frage des Strafmündigkeitsalters könne überhaupt nicht nach dem Kalenderjahre vernünftig geregelt werden. An sich sei eine individuelle Be- urteilung der Frage notwendig. Ein großer Teil der Jugend sei intellektuell nicht auf der Höhe. Es gebe geistig Zurückgebliebene, die besondere Behandlung verdienen. Gerade nach dem 14. Lebens- jahr entwickelten sich die Dinge, welche die stilsche und rechtliche Verantwortung herabsetzen. Die Zeit von 14 bis 16 Jahren sei die aller ungeeignetste, um eine volle Verantwortlichkeit der Jugendlichen eintreten zu lassen.

Professor Kramer

äußerte sich dahin, daß allerdings die Entwicklung nicht bei allen die gleiche sei, daß man aber eine bestimmte Grenze festlegen müsse und am besten das 14. Lebensjahr beibehalte, als den Zeitpunkt der Schulentlassung. Wenn die Jugendlichen erst im Be- rufstehen ständen, müßte eine Befreiung einziehen können. Er- ziehungsmahnahmen richteten nichts aus. Strafver- fahren sei auch vom erzieherischen Gesichtspunkt notwendig. Zug-

dem gebiete die erzieherische Wirkung einer Strafe das Strafmündig- keitsalter von 14 Jahren bestehen zu lassen.

Landgerichtsdirektor Franke

ging davon aus, daß alle Altersgrenzen willkürlich seien. Es handle sich aber bei der Festlegung der Grenze nicht um ein Prinzip, sondern um eine Zweckmäßigkeitsfrage und da könne man sich mit dem gegenwärtigen Rechtszustand abfinden, wenn auch anzuerkennen sei, daß sich schon bereits viele Sachver- ständige für die Heraushebung auf das Alter von 16 Jahren ausge- sprochen haben. Die Aburteilung Jugendlicher durch den Straf- richter sei seine Behandlung durch den Vormundschafts- richter. Es sei auch notwendig, daß die Jugendrichter die Vierzehn- bis Sechzehnjährigen kennen- lernten, damit sie sie besser kennen, wenn sie später wieder vor Gericht kämen. (!!) Wenn die Jugendlichen nicht bestraft werden können, würden sie nur in Für- sorgeerziehung zu nehmen sein, niemand aber könne behaupten, daß die Fürsorgeerziehung zu 100 Proz. bessere; außerdem könnten die Jugendlichen aus der Fürsorgeerziehung leicht entweichen, sie kämen eigentlich erst in den Gefängnissen zur Ruhe (!!). Allerdings sei notwendig, die Bestimmung über das Strafregister zu mildern.

Die Frage einer Zwischenstufe.

Bezüglich der Frage, ob eine besondere Altersstufe zwischen 18 und 20 Jahren eingeführt werden soll, erklärte Professor v. Dühring, daß eine solche Stufe notwendig sei, das vielmehr ausreiche, die Vierzehn- bis Zwanzigjährigen im Strafverfah- ren zu behandeln. Landgerichtsdirektor Franke schloß sich Pro- fessor Kramer an. Er hob noch hervor, daß gewisse Strafen gegen über Minderjährigen ausgeschlossen sein sollten, z. B. Todesstrafe, lebenslängliche Zuchthausstrafe und Zuchthausstrafe überhaupt.

Auf eine Frage der Genossin Pfälz, nach dem Einfluß der Pubertät auf die Willensbestimmung, erwiderte Professor Kramer, daß gerade in der Zeit der Pubertät die Jugend leicht von Trieben übermannt werde und oft nicht die freie Willensbestimmung habe. Auf weitere Fragen der Genossin Pfälz bestätigte Professor Kramer, daß die Phantasieeigenschaft bei den Jugendlichen stärker sei als bei den Erwachsenen, und daß auch Depressionen, die ein Straf- verfahren mit sich bringt, besonders bei Jugendlichen ungünstig sei. Auf Befragen der Genossin Stegmann antwortete Landgerichts- direktor Franke, daß es für den Jugendlichen ungünstiger sei, vor dem Vormundschaftsrichter zu stehen, als vor dem Jugendrichter, da der Jugendrichter größere Erfahrungen habe und auch leichtere Möglichkeit, die Anschuld zu ermitteln.

Auf Befragen des Abg. Söder erwiderte Professor Kramer, daß das Strafverfahren den Jugendlichen mehr Rechte gebe. Auf die Frage des Genossen Moses bestätigte Professor Kramer, daß bei Mädchen gerade um das 16. Lebensjahr herum eine besondere Widerstandsfähigkeit gegenüber ungünstigen Einflüssen vorhanden sei. Auf Befragen des Genossen Rosenfeld gab Professor Kramer zu, daß gerade von seinem Standpunkte aus, nach welchem die Ent- lassung aus der Schule den maßgebenden Zeitpunkt bildet, die unbe- dingte Festlegung bei Vollendung des 14. Lebensjahres vom medizinischen Standpunkte gesehen fast schon sei, daß man vielmehr das Ende der Schulpflicht zusammenfallen lassen müsse mit dem Beginn der Strafmündigkeit. Auf die Frage des Genossen Saenger, ob schon Erfahrungen darüber gemacht worden seien, ob die Heraushebung des Strafmündigkeitsalters von 12 auf 14 Jahren ungünstig auf die Kriminalität gewirkt habe, erwiderte Professor Franke, daß ihm nichts darüber bekannt geworden sei.



Sprechapparate von 1.50 M. wöchentlich
SHERLOCK-GESellschaft m. b. H., BERLIN
Hackescher Markt 2-3, Telefon Norden 4701-03

Offene Süße

Krankheitsgeschwüre, schwerhel- lende Wunden, schmerzhaft Ent- zündungen etc. unerträgliches Jucken heilt nachweislich laut tausenden Dankesagen die milde wohltuende Ortolin's Salbe, Dose M. 175 u. 3.-. In Drogh. u. Apoth. sonst bei Olla Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4

Wiew!
Ihre Einkaufsquelle für Herbst- u. Winter Garderobe auf
Das Neueste für Sie u. Ihre Kinder ist bei uns ein- getroffen u. hat Ihre Besichtigung Gleichzeitlich möch- ten wir Sie auf un- sere Riesen- Möbel-Läger in 4 Etagen auf- merksam machen. Alles gediegen u. schön.
1/6 A. seit 47 Jahren
Domit
Rosenfahler-Str. 46-47
Ecke Neue Schönhauser-Str.



Die zwei Kennzeichen der Echtheit

Vor fast 40 Jahren hielt *Palmin* seinen Einzug in die deutsche Küche. Erfahrene Hausfrauen, denen die Geheim- nisse der Kochkunst wie auch die Tugend wohlwogener Sparsamkeit zu eigen waren, erkannten schon nach den ersten Proben die vielen Vorzüge dieses naturreinen Fettes.

Seitdem fehlt es nicht an Versuchen, der Hausfrau statt des begehrten *Palmins* irgendwelche anderen Kokos-Speise- fette mit fast gleichklingenden Namen und in täuschend ähnlichen Packungen in die Hand zu stecken. Achte darum beim Einkauf genau auf



Bei Hustenreiz Heiserkeit, Verschleimung u.s.w. kaufen Sie jetzt nur noch

Hustosil Katarrh-Bonbons

Sie schmecken angenehm u. wirken schnell und sicher. Beutel 50 Pfg. Probebeutel 30 Pfg.

Wöch. Teilzahlung

Eleg. Herren- u. Damen- Moden fertig und nach Maß



zu außergewöhnlich billigen Preisen Garantie f. guten Sitz u. gute Verarbeitung
Julius Fabian
Mafschneidererei
Große Frankfurter Str. 37
Kein Laden! Nur II. Etage!

Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten!



Die Arbeiten des neuen Berlin.

Vom Innenbezirk Tiergarten.

Keinlich, wie in den anderen Innenbezirken sind auch die Aufgaben des Bezirks Tiergarten. Auch hier ist nur noch wenig Gelände umgebaut. Der Bezirk hat 1335 Hektar Grundfläche. Von diesen sind nur noch 27 Hektar bebaubar. Die Einwohnerzahl beträgt rund 290.000. Am Bezirk wird eifrig an der Umgestaltung einer Reihe kommunalpolitisch notwendiger Einrichtungen gearbeitet. Am dringlichsten sind die Arbeiten zur Erweiterung des Krankenhauses, die Schaffung eines Verwaltungsgebäudes und die Durchlegung guter Verkehrsverbindungen von Alt-Moabit nach dem Westen.

Erweiterung des Krankenhauses.

Ueber den Plan der Erweiterung des Krankenhauses in Moabit ist im „Vorwärts“ eingehend berichtet worden. Die Verhandlungen haben sich in den letzten Wochen hingezogen, weil die Grundrisse mehrfach geändert werden mußten. Zunächst war vorgesehen, den Erweiterungsbau in der bisher üblichen Art auszuführen. Das Hauptanliegen war aber gegen den Plan, nur große Säle einzurichten. Die moderne Krankenhauspflege ist in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen, den Bau kleinerer Krankenzellen zu empfehlen. In den in den letzten Wochen in Berlin gebauten Krankenhäusern sind diese Anregungen aufgegriffen und nur kleine Säle gebaut. Auch für den Erweiterungsbau in Moabit sollten diese Erfahrungen im Krankenhausbau angewandt werden. Die großen Säle wurden unterteilt. Später wurde der ganze Grundriß geändert und nach modernsten Anschauungen ein neues Projekt ausgearbeitet. Die Baukosten für das umgeänderte Projekt betragen 1,8 Millionen Mark. In dem Etat für das Jahr 1927 sind für diesen Bau 800.000 Mark Mittel eingelegt. Hoffentlich werden die noch notwendigen Verhandlungen beschleunigt, damit mit der Errichtung der Erweiterungsbauten bald begonnen werden kann. Ein anderer Plan, der den Bezirk schon seit Jahren beschäftigt, ist der Bau des *Kleinf-Kyzeums*. Diese Schule soll mit einem Filmseminar verbunden werden. Dieses Seminar ist in Deutschland das erste dieser Art. Hier sollen Lehrer ausgebildet werden, um Filmvorführungen an ihren Schulen vornehmen zu können.

Ein neues Verwaltungsgebäude.

Der Bezirk Tiergarten hat seine Dienststellen in 28 Mietshäusern untergebracht. Was an dieser Stelle über den teuren Verwaltungsapparat in Tschendorf gesagt wurde, trifft auch für Tiergarten zu. Auch hier muß ein Haer von Bötzen unterhalten werden, um die notwendigen Verbindungen der einzelnen Dienststellen aufrechtzuerhalten. Nicht nur die Verwaltungsarbeit wird durch eine derartige Zerstückelung erschwert, auch das Publikum muß oft weite Wege von einer Dienststelle zur anderen machen. So ist das Uebel, was in vier verschiedenen Mietshäusern untergebracht. Ein neues

Verwaltungsgebäude würde nicht nur die Arbeit vereinfachen, sondern auch noch wertvolle Wohnräume wieder für Wohnzwecke freimachen. Eine dringende Arbeit sieht der Bezirk in der Schaffung eines *Lehrerseminars*. Da im Augenblick nicht damit zu rechnen ist, daß für den Bau eines derartigen Gebäudes Mittel bereitgestellt werden können, soll darum zunächst ein Provisorium geschaffen werden, um den Lehrlingen, die keine Eltern haben und in Schlafstellen wohnen, ein Heim zu geben, in dem sie sich wohl fühlen. Auch die Errichtung eines *Kaninerhelms* ist geplant.

Keine Verkehrsverbindung vom Westen nach Moabit

Dringend für den Bezirk ist die Umgestaltung der Verkehrsverbindungen. In den letzten Tagen und Wochen ist in der Presse über die Vorschläge, aus der Charlottenburger Chaussee die Straßenbahn zu verlegen, berichtet worden. Der Bezirk sieht auf dem Standpunkt, daß die Straßenbahnverbindung bestehen bleiben müsse. Eine Verbreiterung der Charlottenburger Chaussee ist möglich. Allerdings müßte dann der *Reitweg* geopfert werden. Dann würde es möglich sein, für die Gleisanlage der Straßenbahn einen, vom übrigen Stadtdamm abgetrennten, Bahnkörper zu schaffen. Sehr ablehnend sieht der Bezirk den in der Öffentlichkeit gemachten Vorschlägen gegenüber, durch die Charlottenburger Chaussee eine *Untergrundbahn* zu legen. Wollte man dieses Projekt durchführen, dann müßte der Grundwasserpiegel im ganzen Gebiet von etwa zwei Meter auf sechs Meter gesenkt werden. Durch diese Senkung würde der *Bestand der wertvollen Parkanlagen im ganzen Tiergarten gefährdet*. Wichtiger als diese Untergrundbahnverbindung ist die seit Jahren geplante Verbindung von *Alt-Moabit* nach *Treptow*, mit den notwendigen Anschlüssen an das bestehende Schnellbahnnetz. Die zum Teil noch recht spärlichen fährigen Verkehrsverbindungen haben in den letzten Jahren infolge einer Verbesserung erfahren, als einige *Autobuslinien* eingerichtet worden sind. Dringend notwendig ist eine *Verkehrsverbindung vom Westen nach Alt-Moabit*. Der großzügige Plan, eine Straße am *Gleiskörper* der Stadtbahn entlang, als direkte Verbindung vom Zoo über die Charlottenburger Chaussee, nach *Alt-Moabit* zu schaffen, konnte noch nicht ausgeführt werden, weil die Mittel fehlen.

Mit dem Bericht über die Pläne im Bezirk Tiergarten findet die Artikelreihe über die Arbeiten des neuen Berlin ihren Abschluß. Zweck der Artikelreihe war, unsere Leser aufzuklären über die vielfältigen Aufgaben des neuen Berlin. Manche Einrichtung, die in einem Bezirk erst geschaffen werden soll, ist in einem anderen bereits erprobt. Die Wiedergabe der vielen Pläne und der ausgeführten Arbeiten wird zweifellos allen in der Kommunalpolitik tätigen Genossen willkommen gewesen sein.

Schulgeheimtums scharfste Ablehnung bei der fortgeschrittenen Elternschaft und auch hier beginnt man sich merklich zu rühren.

Nachdem in Charlottenburg und in Schöneberg bereits die Gründung weltlicher Schulen gelungen ist, sind jetzt im Bezirk *Wilmersdorf* unter den freigeistigen Eltern gleiche Bestrebungen im Gange. Hier handelt es sich nicht nur um das Verlangen nach weltlichen Grund- und Volksschulen, sondern auch die Schaffung einer freien höheren Schule (Ausbauhschule, Deutschgymnasium oder Oberrealschule) ist geplant. Frau *Anna Henkel* (Wilmersdorf, Hohenzollernstr. 110) nimmt Anmeldungen zur weltlichen Schule im Bezirk Wilmersdorf entgegen und gibt Auskunft. Da in Berlin in verhältnismäßig kurzer Zeit rund 50 weltliche Schulen entstanden sind, ist weitere Ausbreitung auf bisher noch wenig berührte Kreise zu erwarten. Die neuen Schulen haben simulantenen Charakter angenommen, und in mer mehr Elterngruppen, die es mit dem Grundsatze „politisch und konfessionell neutral“ halten, schließen sich der Bewegung an.

Ein neues Ambulatorium in Neukölln!

Wie schnell sich die *Kassenmitglieder* und ihre Angehörigen an die Ambulatorien gewöhnt haben, beweist am besten die große Zahl von Neuerwerbungen in allen Stadtteilen Berlins. Heute ist die übertragene Mehrzahl der Kassenmitglieder überzeugt, daß diese segensreichen Einrichtungen nicht mehr verschwinden dürfen. Die *Arbeitserschaft* weiß diese Institute zu schätzen und bringt jeder Neueröffnung das größte Interesse entgegen. Eines der ältesten Ambulatorien in Neukölln, *Weichselstraße*, erwies sich schon seit längerer Zeit als viel zu klein. Es hielt schwer, neue Räume zu bekommen. Endlich wurde dann in der *Schönstedtstr.* 13 ein Teil eines Fabrikgebäudes frei, das jetzt zu einem der schönsten Ambulatorien umgebaut wurde. Unter zahlreicher Beteiligung der Vertreter der in Frage kommenden Organisationen und der Presse wurden die Räume am letzten Sonntag ihrer Bestimmung übergeben. Was das neue Heim besonders auszeichnet, ist die *geordnete und geschmackvolle Ausstattung aller Räume*. Schon wenn der Patient in die Warterräume tritt, empfängt ihn eine anheimelnde Stimmung durch Ton und Farbe der Wände und Decken. Zahlreiche Zimmerpflanzen ergänzen nicht nur das Milieu, sondern geben dem Ganzen so recht etwas Gemütliches. Der zermürbte und gehetzte, nirgends Ruhe findende Kranke kommt hier von selbst auf andere Gedanken. Auch die einzelnen Behandlungszimmer sind dementsprechend ausgestattet. Natürlich sind all die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen verwertet worden. So hat man auch einen Operationsaal geschaffen, in dem die Patienten, die sonst dem Krankenhaus überlassen werden müßten, gleich an Ort und Stelle behandelt werden können. Der Saal ist mit den modernsten Instrumenten ausgestattet und hält jeden Vergleich mit den Operationsälen eines modernen Krankenhauses aus. Neuartig ist auch die Anlage der *Röntgenaufnahme*. Der Raum ist vollständig abgeschlossen. Die Aufnahmen können durch ein in der Wand befindliches Fenster beobachtet werden, so daß die Bestrahlung nicht mehr wie bisher den Strahlen ausgesetzt ist. Vervollständigt wird die Einrichtung noch durch ein *Laboratorium*. Unseren Lesern ist ja bekannt, daß für jeden Patienten eine *Kartiothekarte* resp. *Krankenblatt* angelegt wird, die dem behandelnden Arzt in späteren Fällen einen guten Fingerzeig gibt. Gründliche Untersuchung und dauernde Überwachung ist das Ziel aller dieser Einrichtungen. Während hier in der *Schönstedtstraße* nur innere Krankheiten behandelt werden, ist das Ambulatorium in der *Bergrstraße*, das gleichfalls besichtigt wurde, für Haut- und Kinderkrankheiten und Heilbehandlung mit Wärme- und Höhenstrahlung eingerichtet. Täglich erhalten durchschnittlich 120 Patienten, davon allein 80 bis 90 Kinder, *Höhenstrahlung*. Interessant ist, daß für alle behandelten Kinder eine *Statistik* geführt wird, natürlich in *Groß-Berlin*, so daß die nächste Generation als medizinisch beobachtet gelten kann. In diesem Zusammenhange mag gleich noch mitgeteilt werden, daß in verschiedenen Berliner Ambulatorien orthopädisches Turnen unter Leitung von vorgebildeten Turnlehrern und -Lehrerinnen abgehalten wird. Auch Sportberatungsstellen sind eingerichtet. *Herzliche Hilfe* ist jetzt auch abends, nachts und Sonntags durch telefonischen Anruf, *Am Alexander 698/84*, in dringenden Fällen zu erreichen. Doch gerade diese Einrichtung einem zwingenden Bedürfnis entspricht, beweist die Tatsache, daß monatlich etwa 800-900 Anrufe kommen. So bleibt nur noch der Wunsch, daß es dem Berliner *Rosenerband* gelingen möge, noch recht viele solcher Einrichtungen zu treffen.

Spiel- und Sportplätze in Berlin.

Die Pflege der Leibesübungen, die bereits vor dem Kriege einen beträchtlichen Umfang angenommen hatte, hat nach dem Kriege vor allem durch die erst dann einsetzende nachhaltige Förderung durch Reich, Staat und Gemeinden noch bedeutende Fortschritte gemacht. Nach einer vom Berliner Stadtmayor für Leibesübungen vorgenommenen Zusammenstellung ergibt sich, daß sich in der Reichshauptstadt außer dem „*Deutschen Stadion*“ und dem „*Sportforum*“ im Grunewald insgesamt 302 Spiel- und Sportplätze mit einem Flächeninhalt von 748,22 Hektar befinden. Die Mehrzahl dieser Sportplätze, nämlich 163, sind auf städtischem Gelände, 34 auf fiskalischem und 165 auf Privatgelände errichtet worden. Nicht gezählt sind diejenigen Privatplätze, die nur einem kleinen Kreis von Privatpersonen zugänglich sind. Die Verteilung der Plätze auf die einzelnen Verwaltungsbezirke ist naturgemäß sehr ungleichmäßig. Die alte Stadt Berlin (Bezirk 1 bis 6) weist die geringste Zahl von Plätzen auf. Die größte Zahl, nämlich 58, entfällt auf den Bezirk *Treptow*; hier vor befinden sich 24 auf städtischem Gelände. Es folgen *Reinickendorf*, *Tempelhof*, *Pantow* usw. mit 27, 23 und 22 Plätzen. Dagegen haben die Bezirke *Friedrichshagen* und *Mitte* je einen, der *Brenzlauer Berg* 3, *Kreuzberg* 4, *Tiergarten* 6 und *Wedding* 12 Plätze.

Musikaufträge
Überallt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikverbands, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Telefon 9277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Bestreuerbeleg.

Die Berliner Gewerkschaftsschule.

Ihre Aufgaben und ihre Ziele.

Die Zeit der aktiven Betätigung der Massen in der Politik ist vorüber. Das Bürgertum hat sich mit der Republik abgefunden und versucht, sie mit seinem Wesen und seinem Geist zu erfüllen. Die Hoffnung, daß sich bei entwürzelten Schichten des Mittelstandes nach ihrem Sturz ins Proletariat auch eine Aenderung des Denkens zeigen würde, hat sich als trügerisch erwiesen. Der Satz, daß das gesellschaftliche Sein des Menschen sein Denken bestimmt, scheint für das proletarisierte deutsche Bürgertum nicht zuzutreffen. Ist das eine Folge der sprichwörtlichen „*deutschen Treue*“, oder ist die Ursache in dem Fehlen jedes wirtschaftlichen Denkens und mangelnder Erkenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge zu suchen? Es scheint, als ob die Festigung der Staatsform bei den proletarisierten Schichten des Kleinbürgertums und des Mittelstandes auch eine Festigung ihres durch die Inflation erschütterten Glaubens an die herrschende bürgerliche Gedankenwelt bedeutet.

In dieser Situation, in der der Besitz der *Machtmittel* des Staates das beste Argument für die *potenzierte Herrschaft* der bestehenden Klassen über das Proletariat ist, ergeben sich klar und eindeutig die Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit für das Berliner Proletariat. Die Berliner Gewerkschaftsschule unterscheidet sich schon dadurch von allen sogenannten *Bildungseinrichtungen* für die breiten Massen, weil sie nicht ein Wissen vermitteln will an den Bildungsbürgern, die von dem fast jedem Menschen innewohnenden dumpfen Drange befeuert sind, etwas zu lernen von dem sie nichts wissen, das ihnen aber in ihrer Unkenntnis interessant und begehrenwert erscheint. Menschen, die an die Schule kommen, nur um „*etwas zu lernen*“, sind für eine Gewerkschaftsschule unbrauchbar und sollen sich an die gutgemeinten Volkshochschulen wenden. Zweck und Ziel der Berliner Gewerkschaftsschule, die aus der früheren Betriebsratsschule hervorging, ist die gründliche Schulung des Arbeiters für seine Aufgaben als Gewerkschaftler und Klassenkämpfer. Es scheiden deshalb alle Themen weltanschaulicher Prägung aus, da die Interessenten hierfür nur einen Erfolg für ihre geschwundenen Ideale suchen und deshalb eines *Serforgeters*, nicht eines Lehrers für den *Klassenkampf* bedürfen.

Das Semester läuft vom Oktober 1927 bis Juni 1928, umfaßt also ein *Dreivierteljahr*. Durch die Länge dieser Zeit ist es möglich, daß nicht, wie bei den sonst üblichen zehn Doppelstunden nur ein ganz unvollkommener Ueberblick über ein bestimmtes Gebiet gegeben wird, sondern es besteht die Möglichkeit, schon bei einer erstmaligen Bearbeitung den einzelnen Gegenstand tiefer zu behandeln. Der Unterricht gliedert sich in Lehrgänge für Anfänger und Fortgeschrittene, Seminare, Sonderkurse und Ausspracheabende; die beiden letzteren werden meistens von einzelnen Verbänden für ihre Mitglieder oder Funktionäre veranstaltet. Aufgabe der Anfängerkurse ist der *Ausbau* und die Festigung des *Klassenbewußtseins* beim Arbeiter im Betrieb und der Fähigkeit zu einer bewußten Erkenntnis seiner *Klassentage*. Dieses *Klassenbewußtsein* soll aber nicht welt-

anschaulich fundiert sein, sondern im Sinne von *Karl Marx* sich aus einer Erkenntnis der Stellung des Arbeiters im heutigen Staat und in der bürgerlichen Gesellschaft kristallisieren. Diesen *Wissenbewußten* Arbeitern ist dann die Möglichkeit gegeben, je nach ihrer Funktion im Betrieb oder in der Gewerkschaft sich die für sie notwendigen Kenntnisse in der *Volkswirtschaft*, der *Betriebswirtschaftslehre*, im *Arbeitsrecht*, im *Gewerkschaftswesen* oder der *Sozialpolitik* anzueignen. Art des Unterrichts ist die *Form der Arbeitsgemeinschaft*, also kein zweifelhafter Vortrag, sondern *Frage und Antwort*, und daß der Lehrer natürlich die Leitung der Diskussion in der Hand behält, damit nicht die große Unruhe der einzelnen Gebiete vermehrt wird. Hauptaufgabe für den Lehrer ist es, seinen Hörern in den einzelnen Wissensgebieten ein wohlgeordnetes Material so übersichtlich zu bieten, daß es jederzeit zur *Agitation* verwendet werden kann.

Dieser Aufgabe obliegen besonders die vier Seminare über *Arbeitsrecht*, *Rationalökonomie*, *Kulturpolitik* und *Sozialpolitik*. Zweck und Ziel dieser Seminare ist die in den vorgenannten Kursen erworbenen Kenntnisse durch die *Ausarbeitung von Referaten* und die *selbständige kritische Bewertung* von wissenschaftlichem Material zu vertiefen. Diese Seminare sind im Gegensatz zu den Kursen *unbestimmt*, so daß die Möglichkeit besteht, jedes Thema ohne das Drängen der Zeit zu behandeln und dadurch den Hörern die Fähigkeit zum *frühen Erfassen* der einzelnen Wissensgebiete zu vermitteln. Hier sollen die Hörer lernen, zu erkennen, daß es keine reine über den Massen stehende *Wissenschaft* gibt, sondern daß jede *Wissenschaft* der *Ausfluß* des Denkens der herrschenden Klasse ist. Nur diese Erkenntnis kann aufrechte *Klassenkämpfer* und gute *Agitatoren* für den *Sozialismus* schaffen.

Das kommende Jahr wird uns einen Kampf bringen zwischen dem Bürgertum, das sich auf seinen besten Verbündeten, die *Unwissenheit* dreier Schichten stützt, und der *organisierten Arbeiterschaft*, der *Vorkämpferin* des *Sozialismus*. Auch in diesen kommenden Kämpfen wird sich die *Berliner Gewerkschaftsschule*, die *Kriegsakademie* des Proletariats, getreu ihrer Vergangenheit als *Betriebsratsschule* als *Waffenkammer* für die *Klassenbewußte Arbeiterschaft* bewähren.

Dr. Robert Marx.

Weltliche Schulen auch für Berlin-West.

Infolge der aufsehenerregenden Bestimmungen des *Kaudeell'schen Reichsschulgeheimtums* werden auch Elternkreise, die bisher sich für das Ideal der weltlichen Schule noch nicht erwärmen wollten, jetzt mehr und mehr von der auf Schaffung solcher Schulen gerichteten Bewegung erfaßt. Sollen doch nach diesem *Schulgeheimtums* alle bestehenden evangelischen oder katholischen Volksschulen — ohne Befragung der Eltern — zu *Konfessionsschulen* gestempelt werden. Das sind, was den *Westen* Berlins anbelangt, fast alle zurzeit vorhandenen *Volksschulen* und *Grundschulen*. Der konfessionelle Charakter dieser Schulen soll sich nicht auf den *Religionsunterricht* beschränken, sondern das *gesamte Schulleben*, die *Lehrerschaft* und die *Schülerschaft* durchdringen. Auch in Berlin-West findet *Kaudeell's*

Nur Chlorodont

die Qualitäts-Zahnpaste von mehr als 5 Millionen Menschen allein in Deutschland als bestes Zahn- und Mundplegemittel im Gebrauch. Besondere Vorzüge: 1. macht die Zähne blendend weiß, 2. entfernt häßlich gefärbten Zahnbelag, 3. beseitigt unangenehmen Mundgeruch. Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf. — große Tube 1 Mk. — Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mark, für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mark. Man verlange nur Chlorodont.

Aus den Bezirken.

5. Bezirk. — Friedrichshain.

Eine außerordentliche Bezirksversammlung des Bezirks Friedrichshain hatte sich am Mittwoch u. a. mit den Unfällen beim Wintergrundbau in der Frankfurter Allee zu beschäftigen. Von allen Seiten wurde strengste Kontrolle der Baugruben verlangt, damit alle Sicherungen durch die Firmen getroffen werden. Oberbaurat Reiser betonte, daß schon jetzt eine tägliche Kontrolle durchgeführt werde. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, den Sozial- und Unsozialrentnern die zu empfangenden Kohlen frei ins Haus zu liefern, fand einstimmige Annahme. Desgleichen ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, zum Schutze des Publikums während der Nacht bis zur Eröffnung des Vorortverkehrs auf der Brücke von Stralau nach Treptow eine Polizeistreife einzusetzen. Bei der Weiterberatung eines deutschnationalen Antrags betonte Genosse Stadtrat Brückner in der Fortsetzung seiner Rede, daß die Errichtung der Baracken auf dem Stralauer Platz eine Notwendigkeit waren. Es läßt sich schon jetzt übersehen, daß das Verwaltungsgebäude des Stadtparks im Rohbau bis Mitte Dezember, in der Innenausstattung bis März nächsten Jahres fertig wird. Gemäß den Abmachungen mit dem Stadtpark wird dann bis zur Fertigstellung des geplanten Arbeitsamtsgebäudes das Arbeitsamt hier Räume beziehen können. Eine weitere Befestigung des Publikums ist also entgegen der deutschnationalen Darstellung absolut nicht zu erwarten. Genosse Pöhlung unterstrich die Ausführungen Brückners und wies auf Ungeheuerlichkeiten hin, deren sich die Deutschnationalen bei solchen Aktionen immer wieder schuldig machen. Nach längerer Debatte wurde ein Änderungsantrag der Kommunisten einstimmig angenommen, der baldige Fertigstellung der Bauten wünscht. Zur Frage des Haushalts betonte Bürgermeister Genosse Melly, daß der Haushalt im Interesse der städtischen Wirtschaft schon bis März fertiggestellt werden solle. Durch die völlige Forderung der Kapitalbezeichnungen und sonstige Schwierigkeiten konnte bisher ein Druck noch nicht erfolgen. Er bitte daher, der Vorlage des Bezirksamts zuzustimmen, damit nach der Drucklegung der Haushaltsausführung sofort in seine Beratungen eintreten könne. Der Ueberweisung wurde zugestimmt. Eine weitere Vorlage des Bezirksamts fand gleichfalls einstimmig Annahme. Danach werden für die einmaligen Anforderungen 1928 für Tiefbau 37.000 M., für das Krankenhaus 66.000 M. und einige kleinere Beträge noch nachgefordert. Eine längere Debatte entzifferte ein Antrag der Kommunisten zum Reichsschutzgesetz. Von unserer Fraktion verwies Genossin Wengels auf die Richtlinien des Magistrats, die in klarer Linie die Forderungen Berlins niedergelegt haben. Der Antrag sei deshalb überholt. Er verließ schließlich der Ablehnung, nachdem ein Verbesserungsantrag gleichfalls abgelehnt worden war. Ein Antrag der Deutschnationalen beschäftigte sich mit der geplanten Grundschulauflösung, in der auch eine Abteilung „Schreienkammer“ Lehr- und Lernmaterial der alten Schule zeigen sollte. Herr Jemke (Dnall.) fand dabei ein Loblied auf die Prügelstrafe. Stadtrat Genosse Genisch betonte, daß das Bezirksamt nur die aus den Lehrereisen für diese Ausstellung erwachsenen Anregungen für die Fortschritte der Pädagogik fördern wolle. Im übrigen arbeite die Lehrerschaft mit Unterstützung der Kreisräte durchaus selbständig. Nachdem auch Genosse John die Notwendigkeit solcher Ausstellungen unterstrichen und auf den Charakter der Schule als Klasseninstrument hingewiesen hatte, verließ der Antrag der Ablehnung.

Zur Kleinfriederfrage im Bezirk Köpenick.

Die Wohnungsnot hat viele Großstädter veranlaßt, sich in den Außenbezirken ein Stück Land zu erwerben, um sich darauf Wohnlauben und später Eigenheime zu errichten. Bestimmte Bodeninspektanten und Terratingesellschaften nahmen dies zum Anlaß, ihren vielfach zweifelhaften Besitz unter Vorpiegelung von falschen Angaben über Baumweise, Baumöglichkeiten usw. unter Berechnung von Wucherpreisen an den Mann zu bringen. Zahlreiche Siedler fielen auf die Verprechungen herein und gingen an die Ausführung von Wohnlauben und von kleinen Eigenheimen, so daß in den Außenbezirken ein regelloses Bauen begann, das allen Bauordnungen und Landermessungen Hohn sprach und den Vororten in ihren Ausläufern ein Bild-West-Ansehen gab. Die Bezirksämter waren deshalb im Interesse eines regelrechten Ausbaus vielfach gezwungen, teilweise durch drakonische Mittel, die wilde Bautätigkeit der Siedler zu verhindern, was natürlich einen Sturm der Entrüstung, der sich

in Eingaben an die Behörden, Protestversammlungen u. dgl. äußerte, auslöste. Die Behörden konnten im Interesse einer geordneten Bauweise von den getroffenen Maßnahmen nicht abgehen, und so ist in vielen Kreisen der Siedler eine bedauernde Spannung zwischen Behörden und Siedlern entstanden, die unsere Anteilnahme um so mehr hervorruft, als die Leitung der in Frage stehenden Bezirksämter in Händen unserer Parteigenossen liegt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß das Bezirksamt Köpenick aus Anlaß dieser Zweifelsfragen folgende Richtlinien herausgegeben hat:

Die zunehmende Bautätigkeit gibt Veranlassung, im Interesse der bauaufsichtlichen Grundbesitzer erneut darauf hinzuweisen, daß Wohngebäude nur an ordnungsmäßig ausgebauten Straßen bzw. auf baureifen Grundstücken errichtet werden dürfen. Daß die betr. Straße endgültig reguliert und ein Grundstück als ein baureifes anzusehen ist, kann nicht daraus geschlossen werden, daß der Fahrweg gepflastert und die Bürgersteige befestigt sind. Es kommt vielmehr noch darauf an, ob ein feststehender Bebauungsplan vorhanden, die Ruggartenfläche genügend groß und der Grundwasserstand ein normaler ist.

Die Errichtung von Wohnhäusern auf nicht baureifen Grundstücken kann aber vom Bezirksamt ausnahmsweise zugelassen werden, wenn das Baugrundstück nicht weiter als 200 Meter von der nächsten befestigten öffentlichen Ortsstraße entfernt liegt, und die unentgeltliche Auffüllung des Straßensandes sowie die Kosten des Straßenausbaues für die Stadt gesichert werden.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Errichtung von Wohnlauben, das sind Baulichkeiten mit bestimmten Abmessungen, die lediglich zum vorübergehenden Aufenthalt in der Zeit vom 15. April bis 15. Oktober jeden Jahres benutzt werden dürfen, nur in bestimmten Gebieten gestattet ist. Auch können unter bestimmten Voraussetzungen Sporthäuser, die in der Art der Ausführung und Größe begrenzt sind, zugelassen werden.

Abgesehen hiervon unterliegt die Bebauung aber noch Regeln und Vorschriften baupolizeilicher Art gemäß der Bauordnung der Stadt Berlin vom 3. November 1925, durch die eine einheitliche Bebauung des durch Eingemeindung erweiterten Berliner Stadtgebietes gewährleistet werden soll. Im Interesse der Volksgesundheit sind die Bestimmungen bezüglich Zulässigkeit der Bebauung, die Möglichkeit der Grundstücksausnutzung, die Stockwerkszahl und Gebäudehöhe gegenüber der alten Bauordnung wesentlich geändert, so daß die neue Bauordnung zum Teil ganz neue Verhältnisse schafft.

Es empfiehlt sich, schon vor dem Kauf eines Grundstücks, das über kurz oder lang bebaut werden soll, sich über alle die Möglichkeiten der Bebauung des Grundstücks betreffenden Fragen zu informieren, um Unannehmlichkeiten und Enttäuschungen vorzubeugen.

Auskunft in allen Bauangelegenheiten wird in gemeindlichen Fragen in der Bauverwaltung des Bezirksamts Köpenick, Rathaus Köpenick, Zimmer 12, über baupolizeiliche Vorschriften dagegen bei der Baupolizei, Zimmer 4, an Wochentagen in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vorm. erteilt.

Bessere Milch!

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: „Mehr Milch!“ fordern die bekannnten Anschläge mit den drei erhobenen Milchbedehern. Richtig, aber die Beschaffenheit der Milch ist dabei nicht zu vergessen. Die Berliner Bevölkerung bekommt eine ganz minderwertige Milch und diese noch unter dem Schutze der Behörden: die sogenannte Marktmilch. Das ist eine Milch, welche 27 Gramm Fett im Liter hat. Aber eine mittlere Milch hat 33 Gramm. Die bessere Landwirtschaft, z. B. in Ostpreußen, füttert sogar jede Kuh aus, welche nicht 35 Gramm Fett im Liter liefert, und schließt sie von der Nachzucht aus. Diese Uebervorteilung der Berliner, daß Milch mit bloß 27 Gramm Fett, an der also der fünfte Teil der natürlichen Fettmenge fehlt, lieferbar ist, stammt aus der guten alten Zeit, wo die Berliner Polizeibehörde ein feudal-agrarischer Vorposten war, und die Polizeipräsidenten Herr von und so hießen. Jetzt wäre es an der Zeit, den Berliner Kindern die natürliche Milch wiederzugeben. Diese 6—8 Gramm Fett, welche ihnen vorenthalten werden, sind von ungeheurer Wichtigkeit. Schon damals, als der verwerfliche Begriff der Marktmilch geschaffen wurde, wußte man, daß das Milchfett infolge seiner feinen Verteilung ungemittelt leicht verdaut wird. Die feinen Fetttröpfchen wandern ohne weiteres durch die Darmwand in den Säftestrom des Menschen. Heute weiß man, daß auch die höchst wichtigen Vitamine größtenteils an dem Fett hängen, diese Stoffe, ohne welche die kräftigste Nahrung nicht nährt, sondern zum Tode führt. Selbstverständlich ist die „Marktmilch“ kein Naturerzeugnis, sondern ein Ergebnis der Be-

arbeitung. Die Großmolkereien sagen wie die Marktmilch gemacht wird selbstverständlich nicht gern. Es ist jetzt hohe Zeit, daß die Berliner wieder unverfälschte Vollmilch bekommen. Der Begriff der Marktmilch zu beiseitigen. Feine Milch wollen die Berliner — und saubere Milch. Tief im vorigen Jahrhundert, als ich Säugling war, sah ich auf einem unserer höchsten Staatsgüter, wie unmittelbar vor dem Kellern eine Magd mit einem Eimer warmen Wassers von Kuh zu Kuh ging und das Euter wusch und hinter ihr eine zweite mit neuem sauberen Wasser, welche das Milchgefäß vom Euter abspülte. Das Sehtuch wurde trotzdem benutzt. Auf preussischen Gütern wundert man sich über diese Mitteilung. Auch wenn die Kühe nicht bloß beschmutzt sind, sondern Krusten von Kot haben, wird frisch drauf los gemolken. Wenn die Feinlichkeit weit geht, wird mit einer Handvoll Stroh abgewischt. Den Erfolg sieht man an der Milch, die einen schwarzen Bodensatz gibt. In den großen Molkereien Berlins wird sie durch Ausschleudern davon befreit. Der entstehende „Zentrifugenschlamm“ pflegt leider auf den Molkereiausstellungen zu fehlen. Er hat einen lieblichen Duft. Es ist selbstverständlich, daß alle Korbatterien, die von dem ungewaschenen Euter in die Milch gelangen, sich darin bis zur Ausschleudung des Zentrifugenschlammes massenhaft vermehren und nicht mitausgeschleudert werden. Die Berliner zuständige Behörde sollte alle Milch, welche aus ungewaschenen Eutern geliefert wird, vom Markt ausschließen. Sie kann, wenn sie will, Was für ein sächsisches Bergmannsdorf vor 60 Jahren möglich war, dürfte für die Reichshauptstadt in unserem hygienisch aufgeklärten Jahrhundert auch möglich sein. Solche saubere Milch, das wäre eine Marktmilch.

Jubiläum. Das fette Fest der goldenen Hochzeit feierte kürzlich ein alter Vater des „Vorwärts“, der tüchtige Arbeiter Friedrich Hermann und seine 73jährige Ehefrau Anna, geb. Quack, Kruckow, Hohenzollernplatz 6. Am 9. Oktober konnte Frau Berta Dehn, Schwachspitzer, 7, auf eine halbjährige Tätigkeit als Direktorin bei der Konfektionsfirma Mag. Fabisch u. Co., Schauffstr. 20-21, antreten.



ATA

Henkel's Scheuerpulver

in handlicher Streuflosche

Billige Lebensmittel

Leipziger Str. / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Str. / Brannenstr. / Kottbuser Damm / Andreasstr. / Chausseestr.

Der gute „HERTIE-MOP“ mit prima Fransen, gebrauchsbereit, mit Dose und Seife, Gr. 12 Gr. 2 375

„HERTIE MOP“ zum Nachstricken der „Hertie Mop“, Flasche 45 Pf. 90 Pf. 2 225

„Hertie Poliertuch“ imprägniert, zum Aufstrichen der Möbel, 95 Pf. in Dose.....Stück

Frisches Fleisch

Berliner Schlachthausware

Pa. Schweinebauch ohne Sallage, Pfund 96 Pf.

Pa. Schweineschinken Pfund 1,04

Pa. Schweinekamm u. -Schulter, Schwarz, 1,08

Pa. Schweinekotelett Pfund 1,16

Pa. Pökelschinken Pfund 1,08

Pa. Kassler Kamm und Speck Pfund 1,10

Pa. Eisbein mit Spitzbain Pfund 72 Pf.

Pa. Rückenfilet bratfertig Pfund 92 Pf.

Pa. Kalbskamm Pfund 84 Pf.

Pa. Kalbsknochen bis 9 Pfund schwer, Blatt ohne Haut Pfund 1,10

Pa. Schmorfleisch Knie o. Knochen, Pf. 1,28

Pa. Hammelvorderfleisch Pfund 94 Pf.

Pa. Hinterfleisch Pfund 1,08

Pa. Gehacktes Pfund 78 Pf.

Pa. Hinterohr selbst anagelassen, Pf. 58 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Ochsen-Suppenfleisch Pfund 56 Pf.

Pa. Ochsen-Gulasch Pfund 78 Pf.

Pa. Hammelvorderfleisch Pfund 80 Pf.

Pa. Hammelrücken Pfund 88 Pf.

Pa. Hinterherzen Pfund 58 Pf.

Pa. Kubeuter Pfund 30 Pf.

Pa. Schweineköpfe mit Fettback, Pfund 52 Pf.

Wurstwaren

Rot-u. Leberwurst Pf. 65 Pf.

Landleberwurst Pfund 95 Pf.

Speckwurst Pfund 95 Pf.

Sülzwurst Pfund 95 Pf.

Jagdwurst Pfund 1,20

Fleischwurst Pfund 1,20

Mettwurst, Brunschw. Pf. 1,30

Hildesheimer Pfund 1,30

Bierwurst Pfund 1,65

Leberwurst Pfund 1,50

Leewurst Pfund 1,65

Zervelatwurst Pfund 1,50

Holz, Solami Pfund 1,75

Schinkenspeck Pfund 1,75

Nusschinken Pfund 1,95

Salla

Margarine Pfund 52 Pf.

Kokosfett 1-Pfund-Paket 55 Pf.

Speiseöl 1-Pf.-Pak. 52 Pf.

Griebschmalz Pfund 85 Pf.

Grasbutter Pfund 1,80

Dän. Tafelbutter Pf. 2,16

Geflügel und Wild

Junge Gänse frisch geschlachtet, Pf. von 1,05 an

Suppenhühner frisch geschl., Pfund von 90 Pf. an

Mastenten Pfund 1,25

Hirschblätter Pfund 78 Pf.

Hirschbraten Pfund 1,30

Silfa

*Seelads o. K., l. g., Pf. 32 Pf.

*Goldbars o. K., l. g., Pf. 30 Pf.

*Schellfisch Pfund 30 Pf.

*Gr. Heringe Pfund 60 Pf.

*Leb. Korpfen Pfund 1,15

Fettbücklinge Pf. 35 Pf.

Räucherheringe Stück 10 Pf.

Bundaale getrockn., Bd. 48 Pf.

Gross-Fiudern Pfund 55 Pf.

Makrelen Pfund 60 Pf.

7. Nr. Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Kottbuser Damm

Schwarze Oliven

48 Pf.

Portugiesische Desserdinen

98 Pf.

Konfakwaren

Gemüse-Erbsen 64 Pf.

Junge Erbsen 76 Pf.

Junge Erbsen mittelgroß 93 Pf.

Jg. Wachs-Brechbohne 71 Pf.

Feine junge Schnitt- und Brechbohnen I. 74 Pf.

Jg. Erbsen mit Karotten 1,30

Berliner Allerlei 82 Pf.

Gem. Gemüse mittelgroß 1,12

Sellerie in Scheiben 1,05

Pflaumen mit Stein 66 Pf.

Melzer Mirabellen 1,20

Hawai-Ananas 1,30

Erdbeeren 1,55

Früha

Harzerkäse Pfund 55 Pf.

Allg. Stangenkäse 65 Pf.

Holländ. Edamer 82 Pf.

Tilsiter vollfett Pfund 98 Pf.

Dän. Schweizer Pfund 1,10

Edam o. No. 1 Thader, voll, Pf. 1,15

Konfitüren

Schokoladenfloccen 1/2 Pfund 25 Pf.

Vollmilch-karamellen 1/2 Pf. 45 Pf.

Kokosmakronen Pfund 30 Pf.

Fralinenschnitte Pfund 33 Pf.

Vollmilch- und Vollmilch-Voll-Schokoladen 100-120 Pf. 38, 75 Pf.

Gemüse

Weisskohl Pfund 4 Pf.

Rotkohl Pfund 5 Pf.

Möhren gewaschen Pfund 5 Pf.

Obst

Kochäpfel Pfund 10 Pf.

Kochbirnen Pfund 10 Pf.

Landsb. Reinetten Pf. 15 Pf.

Tafelbirnen Grünkauer Pf. 30 Pf.

Bananen Pfund 40 Pf.

Blaue Weintrauben

Pfund 28 Pf.

Besonders preisw. Bowlen- und Tischweine

1928 er. oberbair. Molkammerer 1/2 1 20

1924 er. Orléan. Fochberg, 1/2 1 12

1926 er. Chateau Pontet Foch 1/2 1 10

1926 er. Orléan. hervorragend 1 60

Sanseguin, roter spanischer 10 Flasch. 15,00

1928 er. köstlich Kirchsch. (Bek. Ausl.) 1/2 1 20

1928 er. Rotweinsch. (Bek. Ausl.) 1/2 2 20

1928 er. Rotweinsch. (Bek. Ausl.) 1/2 1 10

Original Oporto-Portwein 10 Pf. 21.

Extra billig!

Roter Johannisbeerwein Liter 95 Pf.

Vom Fass, servierbar, Qual. 10 Liter 9,00

Preis o. h. n. Flasche!

Die Flaggendebatte im Landtag.

Das Zentrum macht gegen die Deutschnationalen Front.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung des Landtags gab zunächst Abg. Teichfeld (Z.) eine Erklärung in der bekannten Buchmacherangelegenheit ab: er habe wiederholt Bewerbungen befürwortend weitergegeben, aber selbstverständlich niemals Gegenleistungen erhalten. Gegen den „Montag-Morgen“ habe er Beleidigungs-Klage angestrengt.

Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein und übermies zunächst ohne Debatte zwei kommunistische Urträge über den drohenden Bergarbeiterkampf in Mitteldeutschland und die Ründigung von Bergarbeitern bei der staatlichen Bergwertgesellschaft Recklinghausen dem Handelsausschuss.

Es folgt die nochmalige Beschlussfassung über das Gesetz, das die elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des preussischen Staates zu einer Aktiengesellschaft vorseht. Der Einspruch des Staatsrates wird nahezu einstimmig, also mit weit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit verworfen.

Die Rotverordnung des Staatsministeriums zur Ausführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird nach kurzer Aussprache an den bevölkerungspolitischen Ausschuss verwiesen.

Eine Rotverordnung über die Gewerbe- und Handwerkschulen wird vom Landtag bestätigt.

Es folgt die

Beratung der preussischen Flaggenverordnung.

Nach einer Rede des Innenministers Gejeffski, die wir an anderer Stelle wiedergeben, spricht

Abg. v. Winterfeld (Dnat.): Der Flaggenwechsel war lediglich ein Ausfluss der Renouationspsychose. Wir achten die verfassungsmäßige Reichsfahne entsprechend den im Reich vereinbarten Richtlinien. Aber das preussische Zentrum hat die ebenfalls vereinbarte Achtung vor der Bergangshheit verlegt, indem es der Flaggenrotverordnung zugestimmt hat. (1) Der 11. August ist überhaupt kein Feiertag. Wer begeht sich denn für den Tag, wo diese sogenannte Verfassung losgelassen worden ist? (Unruhe links.) Gewiss, an Kaisers Geburtstag war man früher begeistert. Mit dem wirtschaftlichen Boykott gegen die Hotels hat sich die preussische Staatsregierung lächerlich gemacht. Dürfen eigentlich Staatsbeamte noch in die Kirche gehen, wenn die Kirche nicht die schwarzrotgoldene Fahne zeigt, die ihr nicht paßt? Nur unter Schwarzrotgold werden wir die deutsche Zukunft gestalten. Aber wir sind bereit, den Streit in Preußen zu begraben, wenn wir uns alle vereinigen auf die schwarzweiße Preussenfahne. (Bravo rechts.)

Abg. Leinert (Soz.):

Die Rotverordnung ist im ständigen Ausschuss geschäftsordnungsmäßig zustande gekommen. Dem Zentrum stand es frei, bei dieser Abstimmung zwei seiner Abgeordneten der Sozialdemokratie abzutreten. Auch verfassungsmäßig ist die Rotverordnung nicht zu beanstanden. Aber die Rechtsgründe sind für die Deutschnationalen ja nur ein Vorwand,

um gegen Schwarzrotgold anzurennen. Sie haben Schwarzrotgold als Parteifahne bezeichnet. Aber die Reichsfahne war längst beschlossen, als das Reichsbanner begründet wurde. Um den Schutz der Reichsfahne hat sich dann allerdings das Reichsbanner und sein Vorsitzender Oberpräsident Hörling große Verdienste erworben. (Unruhe rechts.) Jedenfalls größere Verdienste als die Richter, die Beschimpfungen der Reichsfahne straflos gelassen haben. (Sehr gut! links.) Schwarzrotgold ist hingegen heute nur noch die deutschnationalen Parteifahne. (Widerspruch rechts.) Im Programm der Deutschnationalen Volkspartei steht wörtlich: „Wir wollen unter den alten Reichsfarben Schwarzrotgold dem Kaiserreich der Zukunft dienen.“ (Lebhaftes hört! hört! links.) Der jüngste Wahlausruf der Deutschnationalen zum Königsberger Parteitag schließt mit den Worten:

„Wählt deutschnational, das ist Schwarzrotgold!“

(Hört! hört! links.) So begeistert sich für Schwarzrotgold, dieselbe Partei, die das Republikanengesetz gegen die Schwarzrotgoldverlängerung hat! Dafür hält dann Herr Schäfer-Schöninggen keine schöne Reden; nur mit dem Kaiser an der Spitze und unter Schwarzrotgold wird Deutschland die verlorenen Brüder zurückholen, und Herr Vork proklamiert Schwarzrotgold als die Fahne der vaterlandslosen Gesellen. In Wahrheit ist unter Schwarzrotgold Deutschland zusammengebrochen; unter Schwarzrotgold wird es wieder aufgebaut. Alle Rot und alles Weiden, das innenpolitisch und außenpolitisch über die deutsche Republik gekommen ist, ist durch das zügellose Treiben der Schwarzrotgoldverlängerer verschuldet.

Schwarzrotgold war der Kapp-Putsch und der Hitler-Putsch. Unter Schwarzrotgold ist Erzberger ermordet worden und Walter Rathenau. (Sehr gut! links. Stürmische Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Wiemer: Diese Kritik an der früheren Reichsfahne geht wohl über das Zulässige hinaus.

Abg. Leinert (fortfahrend):

In jedem Jahr wird am Nordtore auf dem Grabe der Mörder Rathenau eine ganze Anzahl Kränze mit schwarzrotgoldenen Schleifen niedergelegt. So ist Schwarzrotgold das Symbol geworden der Monarchisten, des Krieger, des alten Obrigkeitsstaates, des gewalttätigen Angriffs gegen die Republik. Das weiß das Volk, und darum werden die Herren der Rechten es niemals wagen, den angeforderten Volksentscheid über die Reichsfahne wirklich durchzuführen. Wir werden unter Schwarzrotgold das deutsche Volk einer besseren Zukunft entgegenführen. Heraus aus der Katastrophe, in der das alte Schwarzrotgold Reich reich geendet hat! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Bergmann (Z.): Wir waren und sind mit der Rotverordnung einverstanden. (Bravo! links.)

Wir behauern, daß selbst Parteien, die an der Reichsregierung beteiligt sind, die Reichsfarben schmäheln. Das schädigt Deutschlands Ansehen auch im Ausland.

Mit der verfassungsmäßigen Fahne Schwarzrotgold kann sich keine andere Fahne vergleichen. Wer Schwarzrotgold nicht achtet und nicht liebt, vertritt damit sein mangelhaftes Nationalbewußtsein. (Große Unruhe rechts.) Wer wirklich das Vaterland über die Partei stellt, kann die verfassungsmäßige Fahne nicht beschimpfen lassen. Wir ehren Schwarzrotgold als das Symbol der Vereinigung aller deutschen Stämme und einer glücklicheren Zukunft. Der Vorwurf des deutschnationalen Redners, wir hätten durch die Vorschritt am Verfassungstage die Reichsfarben zu zeigen, die alte Fahne herabgewürdigt, ist uns einfach unverständlich. Die Deutschnationalen hätten am Tage ihres Regierungseintritts erklären sollen, was Friedrich Wilhelm IV. 1848 erklärt hat: Ich habe mein Herz und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des alten deutschen Reiches gestellt.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.): Wir wollen die plötzliche Verehrung der alten Zeit mit der lokalen Anerkennung der neuen Zeit verbinden. Deshalb weisen wir die Beschimpfungen des Abg. Leinert mit Entrüstung zurück. Jeder deutsche Soldat, der in den Krieg zog, trug schwarzrotgold im Herzen. (Lachen links!) Wir bestreiten die Zulässigkeit einer Rotverordnung und bekämpfen den Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Es folgt die im Hauptblatt wiedergegebene Rede des Ministerpräsidenten Braun.

Abg. Kaiser (Komm.): Der Flaggenstreit ist ein rein häuslicher Streit der Reaktion. Im Klassenstaat wird nichts geändert, wenn künftig die monarchistischen Beamten Schwarzrotgold zum Abortienler hinaushelfen. Wir schwingen weiter die rote Fahne. (Der Redner schwenkt eine rote Fahne.)

In der weiteren Debatte bekämpft Abg. Seelmann-Eggebert (Dnat.) die Rechtsgültigkeit der Rotverordnung, die Innenminister Gejeffski verteidigt. Abg. Naßke (Dem.) tritt für die Rotverordnung ein, Abg. Labendorff (Wirtschaftsp.) polemisiert gegen die preussische Regierung und den Oberbürgermeister Böck. Abg. Boh (Bölk.) erhält für Beschimpfung der Reichsfahne zwei Ordnungsrufe.

Abg. Leinert (Soz.): Während meiner Rede ist mir vorhin der Zurschandenverräter gemacht worden. Trotz der Frage des Präsidenten hat sich niemand dazu gemeldet. Ich stelle fest, daß der Zwischenrufer einer der Edelsten der Nation, Herr von Plewe, gewesen ist. (Hört! hört! links.)

Damit schließt die Debatte. Die Rotverordnung geht an den Verfassungsausschuss.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Die neue Befehlsordnung.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Reist härter bewölkt und im ganzen etwas milder mit einzelnen leichten Regenschauern. Nächste Woche aus westlichen bis nordwestlichen Richtungen. — Für Deutschland: Ueberall stark bewölkt, in der nördlichen Hälfte Regenschauer; im ganzen ein wenig milder.

Ein wertvolles Geschenk an die deutsche Jugend bedeuten die Palmisammelnarten, die von jetzt an jeder Tafel Palmis völlig kostenlos beigegeben werden. Jedem Pfund des naturreinen Pfandensettes Palmis mit dem Sonnenschein Dr. Schindl liegt eine „Palmis-Tafel“ (DREI) bei, die drei nussartige, bequeme braungoldene Kästchen enthält. Kästchen von Aufschluß die Silber, bekannte Füllungen und Schweißblätter schreiben den Text dieser Sammlarten. Wer seinen Kindern eine rechte Freude machen will, laufe eine Tafel Palmis — hochverehrt seit fast vier Jahrzehnten — mit der schönen „Palmis-Tafel“.

Unsern verehrten Herren und Damenmitgliedern der Familien-Gesellschaft

Richard Schreiber und Frau

die herzlichsten Glückwünsche zum 25-jährigen Ehejubiläum I. A. Der Abteilungsversamml. der 119. Abt. Lichtenberg

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeiger in der Gesamt-Anlage billig!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntags, den 15. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in Ewalds Festhölle, Stalther Straße 120

Versammlung

aller in den Kundenbetrieben beschäftigten Metallarbeiter, Galvanisierer, Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung: 1. Bericht von den Vorberhandlungen. 2. Diskussion. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Krause-Pianos zur Miete

Wid. Ansbacherstr. 1

Blumenspenden

oder ein Korb voll Blumen

Paul Golletz, vorm. Joh. bzw. Mariannenstraße 3, Ecke Baumstraße, am Nothof, 103 03



Wie fühlt sich Ihr Liebling so wohl

wenn Sie alles, worin Sie ihn kleiden und betten, nur mit den zarten Lux Seifenflocken pflegen. Dadurch bleiben die Hemdchen und Jäckchen, Kissenbezüge und Windeln so rein und weich und mollig, daß sie niemals die zarte Haut des Kindes reizen und röten können. Scharfe Waschmittel machen Wollsachen und andere Gewebe hart und rau. Nur ein so reines und mildes Waschmittel wie Lux Seifenflocken ist gut genug zur Reinigung alles dessen, was die Haut berührt. Ein klein wenig Lux-Flocken — ein Eßlöffel voll — in warmem Wasser aufgelöst, gibt Ihnen im Nu einen prächtigen weissen Schaum, der die dichtesten Gewebe durchdringt und ohne Reiben alten Schmutz löst. Wollsachen, Windeln und Wickel werden durch Lux Seifenflocken weich und locker wie neu.

Zu Ihrem Schutz: Lux Seifenflocken werden nur in Originalpaketen zu 50 und 90 Pfg. verkauft — nie lose.



LUX SEIFENFLOCKEN

«SUNLIGHT» MANNHEIM

Ein Eßlöffel voll Flocken — eine Schüssel voll Schaum.

So einfach ist das Waschen mit Lux Seifenflocken.

Für den Winter alles nach dem

Sluss System

1/3 Anzahlung Rest in 5 Monatsraten

Herren-Konfektion

Eigene Fabrikation! Billigste Preise!

Wester-Paletots schwarz und 4800
M. 110.-, 89.-, 78.-, 65.-

Anzüge 1 und 2reihig schwere 4800
M. 110.-, 89.-, 72.-, 58.-

Gesellschafts-Anzüge Große Auswahl 7200
M. 120.-, 110.-, 8.-

Damen-Konfektion

Mäntel mit Pelzbesatz in allen Größen und Farben 1900
M. 70.-, 49.-, 39.-, 29.-

Kleider für Straße u. Gesellschaft 1275
M. 49.-, 38.-, 23.-, 15.-

Ferner große Auswahl in Knaben- und Mädchen-Konfektion, Wäsche, Herren-Artikel, Schuhwaren, Gardinen, Teppiche, Eisen- und Metallwaren, sowie Stoffe aller Art.

Grosse Maßschneiderei

Winter-Katalog auf Wunsch kostenlos.

MAX Sluss

KAUFHAUS FÜR BEAMTE U. ANGESTELLTE
BERLIN · C · ROSENTHALER-STRASSE 58

Jetzt fangen wir an!

Teilzahlung in

Raten ohne Preisauflschlag



Velour-Mantel
jugendl. Form mit Bie-
sen-Garnierung u. Seal-
Kinn-Kragen **19⁵⁰**
Wochenrate 1.-



Velour-de-laine-Mantel
Kragen unten herum u.
an den Seiten mit ge-
preßt. Pinnach garniert
Wochenrate 1.50 **29⁵⁰**



Ottoman-Mantel
in schwarz u. marine, halb
auf Damassé mit
Pinnachgarnit., mo-
derne Wickelform
Wochenrate 2.50 **42⁵⁰**



Ottoman-Mantel
in schwarz u. marine, halb
auf Damassé, mit
vollem Seal-Kinn-
Pinnachgarnit. **54⁰⁰**
Wochenrate 3.-



Ottoman-Mantel
ganz auf Damassé gefüttert,
Schalkrag., Man-
schett u. nat. her.
mit epoxumthel-
lichem Wollplüsch
Wochenrate 4.50 **71⁵⁰**



Wollkleid
mit Crêpe de Chine
Weste u. Kragen,
sehr apart **18⁷⁵**
Wochenrate 1.-



Crêpe-de-Chine-Kleid
mit langen Arm, sehr
fein verarbeitet **29⁷⁵**
Wochenrate 1.50

Neu- Eröffnung

unserer weientlich vergrößerten Geschäftsräume
Sonnabend, 15. Okt. 8¹/₂ UHR

Unsere Auswahl u. Preise
werden Sie überraschen!

Wir führen:
Damen-, Back-
fisch- u. Kinder-
Konfektion.
Herren-, Bur-
schen- u. Knaben-
Konfektion.
Weißwaren
Baumwollwaren
Leib-, Bett- u.
Tischwäfche



Herren - Ulster
modernes Karo, gute
Strapazierqualit., mit
Aborte **36⁰⁰**
Wochenrate M. 2.-



Herren-Ulster
schwere Qualit., m.
angew. Fütter., ma-
rengo, gut verarb.
Wochenrate M. 2.- **52⁵⁰**



Gehrock-Paletot
auf Satinella gefüttert,
gute Paßform **58⁰⁰**
Wochenrate M. 2.-



Herren-Anzug
gut strapazierbare
Qual. in mod. Karo
Wochenrate M. 2.50 **45⁰⁰**



Herren - Anzug
Kammgarn la versch.
mod. Farb., kar. u. gest.
Wochenrate M. 2.50 **64⁰⁰**

**Neu
aufgenommen:**
Schuhe
für Damen,
Herren- u. Kinder
Teppiche
Gardinen
Decken
Wollwaren
Strickwaren
Trikotagen
Oberhemden

KAUFHAUS MODERN

IM OSTEN:
Große Frankfurter Str. 101 (Am Straußberger-Pl.)

IM SÜDEN:
Kottbuserdamm 72 Ecke Lenaustr. Hermannpl.

Die kleine Hausfrau.

Von Hans Wieland.

Hoch droben im fünften Stock, in einem düsteren, feuchten Manfarbentüchchen, zwischen Schiefer- und Ziegelbächern und qualmenden Schornsteinen, da wohnt sie, die „kleine Hausfrau“.

Die kleine Hausfrau! Die Hausbewohner haben ihr diesen Namen, auf den sie sehr stolz ist, gegeben.

Mit Recht!
Eine junge, reine Menschenblüte ist's, kaum den Schulklößern entwachsen und doch so heldenherzig und so macker die Hände rührend, die jüngeren Geschwister bemutternd und auch — dem Vater.

Der Vater!
Er ist ein Arbeiter, ein einfacher Proletarier, nicht besser und nicht schlechter wie die anderen, die unzähligen seiner Genossen. Der harte Daseinstampf hat ihm frühe die Schläfen mit silbergrauen Fäden umwoben, das Herz verbittert und jeden Schein der Hoffnung abgeblendet. Er grüßt und stucht, wenn ihm der Glanz des Lebens vor die Augen tritt, und sucht sich oft in Wirtschaften bei Schnaps und Bier den Rausch des Vergessens.

Zu herb, zu bitter ist dies Erdenlos; zu streng, zu schwer der Kampf ums Leben!

Früher, wie seine Frau noch bei ihm lebte, war's anders. Da galt er als einer der fleißigsten und nützlichsten, da plätscherte auch in seinem Herzen jener freudig strudelnde Quell der Hoffnung, der die Armen über die Rote und Sorgen ihres Lebens so erhaben stimmt.

Aber sie war ihm eine undankbare Lebensgefährtin. Eine von jenen, die sich das Eheglück nur in schönen Kleidern, in Knosphausern und Tanzsalons zur vollen Erkenntnis bringen können.

Und so hielt sie es bei ihm, dem ruhigen, pflichterfüllten Mann nicht aus. Bei Nacht und Nebel brannte sie mit einem anderen durch. Vließ ihren Mann und ihre drei unmündigen Kinder im Stich. Und alle Sorgen, und alle Mühen lasteten sich nun auf den schmalen Rücken der Erstgeborenen. Und die trat das verantwortungsvolle Amt an mit der Hoffnungslosigkeit ihrer fünfzehn Jahre. So wurde sie die kleine Hausfrau.

Frohfinn und Heiterkeit erfüllten ihr jugendfrisches Gemüt. Mit hellen Augen sah sie in das Leben hinein, als empfände sie nicht die Schwere desselben.

Sie spielt mit dem Rädchen in ihrer freien Zeit, hascht es und stiebt es, und ihre Wangen glühen gleich den Blumen am Fenster. Niemand weiß, daß ihr das Rädchen und die Blumen allein die Kraft verleiht, die schweren Lasten des Lebens mit frohlachendem Blick in die Zukunft hinüberzutragen.

Aber manchmal füllen ihre Augen auch Tränen, dann weint sie heiß und schmerzgerührt in die Stille der Nacht, wenn sie den polternden Schritt des Vaters kommen hört, und er dann in das Zimmer stolpert mit glässigen Augen und halbgeschlossenem, brandweinluchsendem Munde. Denn sie arbeitet dann meist noch: sie näht Blusen für eine große Schneiderwerkstatt, so weit ihr die Befürsorgung der kleinen Wirtschaft und die Pflege der Geschwister Zeit erübrigen.

Kein Wort des Vorwurfs richtet sie an ihren Vater, keine Träne kommt in ihre Augen, solange er noch in der Stube herumwirtschaftet; aber wenn dann seine schweren, unregelmäßigen Atemzüge an ihr Ohr dringen, dann faltet sie die schwächlichen Hände und preßt sie an das Gesicht und weint . . . weint all das drückende Weh von ihrem Herzen.

Und dann kam jener unglückselige Tag. Der 4. Mai. Es war ein Freitag. Der Dämmerung Fittiche hatten sich längst in die dunkle Nacht zusammengefasst!

Ein sternleuchtendes, mondstrahlendes Firmament lagerte sich über die Riesentäler. Und die Luft war so rein, so klar. Herbeigeweht für die maschinen- und ruhmenden Lungen.

Die kleine Hausfrau lehnte an der Fensterbrüstung und genoss mit vollen Jüngen die kostbaren Gaben der Natur.

Ringum war es still, so still! Selbst der Lärm der Straße ruhte. Alles schlief — schlief in tiefer Ruhe. Nur das Mädchen schlief nicht, aber es träumte. Sah sich hinübergeleitet in eine lichtere Zukunft, die so glücklich, so unsagbar glücklich! Ja, plötzlich war es ihr, als würde die altberbrachte Weisheit Wirklichkeit: Der dunklen Nacht folgt lichter Tag.

Da fährt sie leicht empor. Schleicht in die Mitte des Zimmers und lauscht. Und dann erhellt sich ihr Gesicht. Der Vater kommt! Sie eilt an die Türe, öffnet sie. Der liebe Vater! Wann — seit langer Zeit war er an einem Freitag so früh heimgekommen!

Sie will ihm entgegengehen — aber da ist er schon an der Tür, schließt sich schwerfällig ins Zimmer. Das Mädchen starrt ihn an — sie will ihn begrüßen, die Stimme droht zu versagen: Er ist wie immer an den Lohntagen betrunken.

„Tag, Mädchen! Du bist noch immer auf? Ja, ja — du bist 'n braves Kind, Jawohl! 'n braves Kind! Horch mal, ich hab mit dir was zu reden!“

Der Kleinen legt sich's wie eine eiserne, festgeschmiedete Kette ums Herz. Eine bange Ahnung benachdigt sich ihrer. Sie drängt sich ängstlich in die Ecke am Fenster. Sie weiß nicht, wie es kommt: Zum erstenmal fürchtet sie sich vor dem Vater.

Und wieder die hellere, kurzatmige Stimme:
„Warum verließ dich denn, Mädchen? Hast du Angst oder bist deinem Vater böse?“

„Nein — nein, lieber, lieber Vater, warum sollte ich böse sein?“

„Das mein ich auch. Na, dann komm mal her und horch zu: Ich bin nämlich gekommen, um gleich wieder zu gehen, verziehst du?“

„Das Folgende zerfällt sich in ein unverständliches Murmeln. Die Kleine zittert vor Angst und Erregung. Und da ein kurz herbeigewehtes Wort: „Geld!“

Ihre Beine drohen zu schwanken. Des Vaters Worte sind ihr unverständlich! Er will Geld? Was soll das? Er bekam doch heute seinen Wochenlohn.

Sie sagt es ihm.
Er lacht auf. Aber es ist kein natürliches Lachen. Vielmehr der angstschreckende Ton der Ueberreizung.

„Futsch ist er . . . futsch!!! futsch!!! Beim Mausche!!! Abgegounet haben sie'n mit! Jawohl, abgegounet . . . die . . . die Lumpen! Ich muß ihn wiederholen, gleich, sofort! Und dazu brauch ich Geld, jawohl, Geld! Siehst du, und darum bin ich gekommen. Du mußt mit was geben, jawohl, du hast . . .“

Er zischt die letzten Worte durch die zusammengepreßten Zähne hervor.

Das Mädchen bebt vor Angst. Von ihren Augen rollen plötzlich Tränen:

„Rein, Vater, nein, das darf ich nicht geben. Du könntest es auch noch verpfänden — und dann müßten wir hungern.“

Die Wut steigt in ihm auf. Die Wut auf jenes Mädchen, das ihm die Wiederherbeschaffung des Geldes vorenthält. Ist er der Vater oder ist er es nicht? Hat sie als sein Kind ihm nicht zu gehorchen?

Und wie das Gauseln eines deutungsgrigen Löwen leucht er hervor: „Los! Gib das Geld raus!!! Los! Los!!!“

„Vater, lieber Vater,“ hängt sie plötzlich an seinem Halse, „sei doch vernünftig, ich darf nicht, nein, ich darf ja nicht.“

Das war das letzte, was den zornbeubenden Mann treffen konnte.

Im Ministerium.



„Abbau der Lohnsteuer verlangt die Sozialdemokratie? Da können wir viel radikaler sein. Die Lohnsteuer ist doch nur ein Teil des Lohns. Bauen wir den ganzen Lohn ab!“

Er hebt sie empor, ein schriller Schrei, ein dumpfer Fall und von sich geschleudert sieht der Rasende am Boden den Körper seines wehrlosen Kindes.

Still . . . totenstill wird's dann ringsum!

Viel gibt es nicht mehr zu erzählen von der kleinen Hausfrau. Sie hatte sich in dem, was sie tat, nicht verändert, aber, in dem, wie sie es tat, war sie eine andere geworden. Fleiß und Gewissenhaftigkeit behaupteten ihren alten Platz; nur Frohsinn und Heiterkeit waren ihrem Herzen verschwunden. Ein mildes Antlitz schaute in den nebelgrauen Tag. Die Rosen auf ihren Wangen waren abgeblüht wie die Blumen am Fenster, seitdem sie sie nicht mehr pflegte. Und eines Morgens war das Rädchen verschwunden, es vermochte die Traurigkeit seiner Herrin nicht zu überwinden.

Auch mit dem Vater war seit jenem Abend eine Veränderung vorgegangen: Er war über Nacht ein milder Greis geworden. Er trank auch nicht mehr. Es schien, als habe er eine ehrwürdige Scheu vor seinem Kinde. Von jenem Unglücksabend war nichts mehr erwähnt worden. Er sah sie immer bleicher und stiller werden. Und das gebrachte an ihm. Wenn sie doch nur einmal das Wort an ihm richten wollte, nur einmal noch ein Liedchen singen, ihr Lachen seinem Ohr näherbringen.

Aber nichts — nichts!
Und der Herbst kam und ging. Der Winter zog ins Land und die Bäume standen kahl und leer.

Die Glocken kündeten den Einzug eines neuen Jahres.
Die kleine Hausfrau lag auf dem Krankenbett. Der Arzt hatte sie untersucht und den Kopf geschüttelt und wieder untersucht und dann den Alten zu sich herangerufen.

„Ein sonderbarer Fall! Ich weiß nicht, ich weiß nicht . . . Sagen Sie mal, hat die Kleine vielleicht mal einen schweren Fall getan?“

„Kischsch! lehnt der Gefragte plötzlich an der Tür, er kann nicht antworten, sein Stimmband ist wie gelähmt.“

„Rein Kind! mein armes Kind!“ kommt es dann kaum hörbar. Und wie ein Bergweiser stürzt er in seine Kammer, wirft sich mit dem Gesicht auf sein Bett und . . . weint. Zum erstenmal kommen dem harten Mann die Tränen.

Und wieder wird es Tag, und wieder wird es Abend. Er sitzt an dem Krankenbett seines Kindes. Und auf seiner Hand ruht eine mager, kinderteichte Hand. Nur Haut und Knochen noch. Aber sie lastet schwer, zentnerschwer auf ihm.

Und zwei nachgebende Lippen stammeln vorgehende Worte.
„Vater, Vater, guter Vater, sei lieb zu ihnen, zu den Kleinen, sei lieb, sei lieb, wie du's bisher gewesen . . .“

Der Morgen graute. Die Petroleumlampe war längst ausgebrannt.

Noch immer kniete der alte, müde Mann am Totenbett und weinte, weinte heiße Tränen über das junge, glückselige Gesicht seines armen Kindes — der kleinen Hausfrau.

Der arbeitende Balzac.

Von Emil Ludwig.

In den nächsten Tagen erscheint im Rowohlt-Verlag, Berlin, Emil Ludwigs neues Werk: „Kunst und Schicksal. Vier Bildnisse. Vertriebt, Verhungen, Weber und Balzac.“ Wir sind in der Lage, schon heute einen Abchnitt aus dem „Balzac“ zu veröffentlichen.

In Schwaben liegt die nächtliche Mansarde, auf dem breiten Tisch brennt die Oellampe, der gewaltige Schädel eines Mannes beugt sich hinter dem grünen Schirm auf das Papier. Kein Laut im Haus umher; nur durch das sammerlich geöffnete Fenster, aus der Tiefe da unten, hinauf ans Dach des steilen Hauses rauscht der Schloß von Paris. Der letzte Länger hat den Strahl längst neben sein Bett geworfen, die ersten Händler, die nach den Hallen laufen werden, sind noch nicht munter, denn es ist 3 Uhr, und selbst die Lebenden erwachen nur zu leichtem Flüstern, das hinter tausend Mauern, Wänden und Türen verhallt.

Nur der eine sitzt mit überwachten Sinnen an seinem Tisch und macht mit kostig sprühender Feder die weißen Bogen schwarz, die er stapelt: das ist der Türmer von Paris, der Mann, den sein Gesicht bestimmte, die Stunden des Jahrhunderts abzulesen, hoch über der Weltstadt, Nacht um Nacht, ein Wächter seiner Zeit. Nur daß er nicht an eine Glocke schlägt; er schreibt sie auf die Bogen, die Geschichte dieser menschlichen Menschen, die jetzt da unten schlafen, die Legende ihrer Seelen, wie sie lieben, laufen und leiden, wenn sie wachen, aber auch die ihrer Brüder draußen in Frankreichs Provinzen, den engen und den weiten, denn so weit reicht sein Blick aus der Mansarde. Und wie er hier sitzt, beinahe ein Menschenalter, mehrt und sammelt sich die Gestalten, und wie er sie durcheinanderschiebt, Menschen von jeder Art, bilden die Hunderte, es bilden zweitausend eine durchwimmelte Welt für sich, Abbild der Gegenwart, Mikrokosmos.

Jetzt steht er auf, seinen Kameraden aufzumeden, denn dieser ganz westliche Mensch hat zum einzigen Gefährten in den langen Nächten einen Morgenländer, ohne den kann er nicht sein, den Kaffee, der ihn immer befeht. Wenn er jetzt vor den Spiegel tritt, der beim Bett hängt, es würde ihm eine Mischgestalt entgegen-treten, kein, in weißer Kapuziermütze, die Korbart weit gelassen, denn er ist schon recht alt geworden von so vielem Sagen, auch der immer offene Hals, dieser Stiernacken ist zu fett für einen Mann von Anfang dreißig, und das Gesicht ist gerötet wie bei kurzatmigen Menschen. Eine große Nase ragt aus dem Riesenschädel, unter ihr wölben sich sinnlich dicke Lippen, alles, Doppelkinn und buschig schwarze Haare, scheint an diesem Mönch Gemütsucht zu verraten, Genüsse von großer Substanz.

„Aber nie gab es etwas,“ erzählt sein Freund, der Dichter Gautier, „wie diese Augen. Sie hatten Leben, Leuchtkraft, Magnetismus, trotz tödlicher Nachtwachen war die Sphäre rein, durchsichtig, blau durchsichtig, wie die eines Kindes oder einer Jungfrau, und sah zwei schwarze Diamanten ein, die für Augenblicke Goldreflex durchblitzten: Blicke, um durch Mauern und Herzen zu stechen, um Tiere zu zähmen, Augen eines Herrschers, eines Dompsters.“

Und doch ist die Kutte keine Verteidigung. Dieser Mann, der weder wie ein Dichter aussieht noch eigentlich wie ein Franzose, dieser gedungenen keine Mensch mit den großen Zügen eines Emporkömmlings, der nur aufwärts drängt, um oben zu tosen, dieser halbe Mönch, den selbst kein raffendes Auge zwar aus der Reihe brutaler Energisten, doch nicht in die Reihe beträchtlicher Geister zu führen scheint, verbringt in Wahrheit drei Viertel jeder vierundzwanzig Stunden, verbringt Jahrzehnte in der Klausur, die er sich auferlegt, einsam schreibend.

Denn wenn es jetzt bald Morgen wird und fäut, wenn die Seher an ihre Kästen treten, noch müde und mürrisch, dann finden sie Stöße von Bogen mit der herrlichen, aber wechselvollen Schrift von Balzac, und sie feuern; denn das ist schwer zu lesen, und doch muß es rasch sein, denn dieser Autor hat nie Zeit; ein halbes Duzend Male läuft der Junge von der Druckerlei zum Autor und zurück, nun fangen die Korrekturen an und nehmen kein Ende. Was er nachts im Haus der Stille hingeworfen, das hämmert er im lästigen Licht des Morgens neu, da werden ganze Seiten eingeschoben, angefügt, Kreuze und Sternchen, Pfeile und Tierzeichen weisen auf neue Sätze und Worte, alles wird durchgeklopft und abgehört, sechs-, acht-, selbst zehnmal geht ein Bogen zurück und alles schnell wie für einen Journalisten. Denn die Zeitungen warten meist schon auf das neue Romankapitel, die Verleger auf das Ende eines lange versprochenen Buches. Aber auch ohne dieses verlangt er das Geschriebene sofort in der Distanz des Druckes zu sehen, läßt auf seine Kosten tagelang Korrekturen machen, bis die grollenden Seher er-lären, sie arbeiten nicht länger als eine Stunde Balzac.

Um Mittag tritt ein Freund ein, ihn abzuholen: da steht er glühend, dampfend da in der Ueberhitzung des Sessels, denn jede Nacht ist eine neue Schlacht, dann hat er Kiefenlunger, ist viel und einfach, streift sich Butter mit Sardinen aufs Brot, erzählt und ist meistens guter Dinge, immer der Unterhaltende, immer in Bewegung, in Plänen, Geschäften, Projekten, in Ruhe nie, fast niemals im Gemüße.

Balzac war immer ein Begehter.

Trommelschlag seit Erschaffung der Welt.

Wie alt mag wohl die Trommel sein? Ein Mitarbeiter der italienischen Zeitschrift „Minerva“ sucht es festzustellen. Sicher ist, daß die Trommel seit uralten Zeiten bei allem, was in der Welt geschah, eine bedeutungsvolle, langweilige Rolle gespielt hat: bei kirchlichen Festlichkeiten und bei Triumphzügen, bei schmerzlichen Anlässen und bei der Verbreitung wichtiger Nachrichten, nicht zuletzt natürlich als Instrument, das der ganzen übrigen Musik den Rhythmus gab. Was nun ihre Anfänge angeht, so ist man überzeugt, daß sie das allererste Musikinstrument des Menschen war: man nimmt an, daß der Urmensch durch seinen eigenen taktmäßigen Gang auf den Trommelschlag gebracht worden sei, und daß er dann den Klang seiner Schritte künstlich nachgeahmt habe. Man weiß, daß es heute noch wilde Volksstämme gibt, die kein einziges Musikinstrument kennen; die Trommel aber kennen sie alle, und mit ihr begleiten sie in geradzue erschütternder Weise ihre Gesänge. In den uraltesten Geschichten schon wird der Trommel Erwähnung getan; aus ehrwürdigen Hieroglyphen weiß man, daß sie schon in Ägypten der Pharaonen gut bekannt war. Eine 50 Zentimeter hohe Trommel mit einem Durchmesser von 80 Zentimeter wurde im Jahre 1823 bei Ausgrabungen an der Stätte der alten ägyptischen Stadt Theben gefunden; noch heute sind in Ägypten kleine Trommeln, wie man sie schon zur Pharaonenzeit gefannt haben dürfte, in Gebrauch. Sir William Lane beschreibt eine alte ägyptische Holztrommel mit Perlmuttermembran, die bei bestimmten Gelegenheiten in den Frauengemächern geschlagen wurde. Die Äthiopier aber sind der Ansicht, daß die Trommel von einem ihrer Götter erfunden worden sei, und zwar unmittelbar nach Erschaffung der Welt. Auch in der Bibel wird die Trommel wiederholt erwähnt, und es ist bemerkenswert, daß sie bei fröhlichen Anlässen von den Frauen geschlagen wurde. Die Griechen und die Römer trommelten mit Vorliebe bei den Bacchus- und Cybelefesten; erwähnenswert ist auch eine Handtrommel, die im Jahre 336 v. Chr. die jungen Spartaner bei ihren Kriegstänzen inspizierte.

